Moskau droht ein Zweifrontenkrieg S. 2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 37 – 14. September 2018

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Opfer der Relativierer: Trauernde Köthener am Ort, an dem Markus B. attackiert wurde

Bild: action press

Hetzjagd und Herzversagen

Aufbauschen oder Kleinreden: Das Video von Chemnitz und der Tod von Köthen

Gewalttaten und Übergriffe sind völlig zum politischen Instrument geworden. Nur wo es passt, werden sie skandalisiert.

Die kurze Videosequenz zeigt wenig, und doch hat sich die gesamte Republik daran entzündet. Millionen haben die wenigen Sekunden gesehen: Beschimpfungen sind zu hören, dann rennt jemand auf andere Personen zu, es kommt schlimmstenfalls zu einem kurzen Tritt in den Hintern, die Attackierten ziehen sich rasch zurück. Schluss.

Was haben wir gesehen? Von einer „Hetzjagd“ ist die Rede, selbst das Schreckwort „Pogrom“ fällt. Deutschland ist in Aufruhr, und dieser Aufruhr wird weidlich geschürt, von der Spitze des Staates bis in die letzten Winkel.

Vergangenes Wochenende wurde ein junger Mann schwer verletzt, nachdem er sich, so sagen Zeugen, in den Streit zwischen einer Frau und einigen Afghanen eingemischt hatte. Die Afghanen sollen den 22-jährigen Deutschen mehrfach geschlagen und schließlich heftig gegen den Kopf getreten haben. Laut Augenzeugen soll der Deutsche dabei gerufen haben: „Hört auf, ich kriege keine Luft mehr!“

Sie traten weiter zu. Kurz darauf ist ihr Opfer gestorben. Gegen einen der Afghanen wird wegen des Verdachts auf Körperverletzung mit Todesfolge ermittelt. Dennoch heißt es, der Deutsche sei nicht an den Tritten gegen den Kopf, sondern an Herzversagen zugrunde gegangen. Der junge Mann habe einen Herzschrittmacher getragen.

Es scheint, also solle der Eindruck verbreitet werden, die Tritte hätten mit dem Tod nichts zu tun. Wäre der 22-Jährige auch so an jenem Abend gestorben? Absurd!

Es wird alles versucht, den öffentlichen Eindruck von einer weiteren Tötung abzulenken, während der vergleichsweise harmlose Videovorfall von Chemnitz zum Anlass zu einem politischen und medialen „Aufstand der Anständigen“ hochstilisiert wird.

> Wer bei dieser Farce nicht mitmacht, der bekommt Druck

Der Kontrast zwischen Aufbauschen und Kleinreden ist so grotesk groß, dass seine spalterische Wirkung auf die Gesellschaft kaum tiefer sein könnte. Alarmieren muss die Rolle, welche hohe und höchste Stellen der Republik, bis hin zur Bundeskanzlerin und zum Bundespräsidenten, in dieser Farce spielen: Sie machen nicht nur mit, sie dirigieren diesen Sturz ins Chaos der Realitätsverwirrung sogar nach Kräften.

Bis Redaktionsschluss ist nicht klar, was Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen vorlegen konnte. Doch sagen die massiven Attacken auf ihn vor allem eines: Jeder, der bei diesem Feldzug nicht mitmachen will, bekommt Druck. Die Grünen träumen schon davon, den Bundesverfassungsschutz ganz auflösen und völlig neu aufstellen zu können.

Heraus käme vermutlich ein politisch willfähriger Geheimdienst als Instrument gegen oppositionelle Bürger und Gruppen. Noch ist es nicht soweit, doch die Richtung ist gesteckt. Und oft schon hat Kanzlerin Merkel grüne Forderungen nur allzu gern in die Tat umgesetzt. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Ziel verfehlt

Groß ist die Aufregung über Horst Seehofers Satz, die Migrationsfrage sei „die Mutter aller Probleme“. Er sei populistisch, gewissenlos, habe jedes Maß verloren, fische am rechten Rand und nutze nur der AfD, die er zu bekämpfen vorgäbe. So tönt es aus Mund und Feder von Kommentatoren und Politikern aller Couleurs, mit Ausnahme von denen der CSU und AfD. Zweifellos stellt Seehofers Äußerung die Lage der Nation verkürzt dar. Zutreffend ist sie dennoch. Wer sehen will, kann es sehen: Hunderttausende Zuwanderer drängen auf den ohnehin umkämpften Wohnungsmarkt, kaum einer von ihnen ist für einen Arbeitsplatz qualifiziert, Abermilliarden Euro fließen in die Sozialleistungen und allgemeinen Asylkosten. Und schließlich gibt es die alltäglichen Gewalttaten durch angeblich Schutzbedürftige. Es gibt in diesen Zeiten tatsächlich kaum ein Problem, das sich nicht auf die eine oder andere Weise auf die Asylantenflut zurückführen ließe.

Seehofer hat also recht. Eine aktuelle Umfrage mit dem Titel „Die Ängste der Deutschen“ weist in dieselbe Richtung (s. S. 3). „Überdurchschnittlich hoch“ ist demnach die Besorgnis der Deutschen, die in diesem Jahr eindeutig von politischen Themen dominiert wird. Dabei stehen die Zuwanderung und die mit ihr einhergehenden Missstände ganz weit oben. Bedenklich stimmt, dass die Befragten den Politikern nicht mehr zutrauen, diese Probleme zu bewältigen. Der Umfrage zufolge bewerten 48 Prozent der Befragten die Arbeit der Politiker mit den Schulnoten „mangelhaft“ oder „ungenügend“ („sehr gut“ und „gut“: sechs Prozent). Die Politik hat das Klassenziel also klar verfehlt. Das allerdings ist auch gerade für den Bundesinnenminister alles andere als schmeichelhaft.

Zurück zur Landes- und Bündnisverteidigung

Verteidigungsministerin mit neuem Plan zu Fähigkeiten und Modernisierung der Bundeswehr – Kritiker sprechen von unfinanzierbarer Wunschliste

Der Generalinspekteur der Bundeswehr hat ein umfassendes Gesamtkonzept zur Modernisierung der Bundeswehr unterzeichnet. Das sogenannte Fähigkeitsprofil ist ein Planungsdokument, „das der Organisation der Bundeswehr die Zukunftsplanung ermöglichen“ soll und „ein bisher nicht gekanntes Maß an Vorausschau und Transparenz gegenüber dem Haushaltsgesetzgeber schafft“, lobt Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen das Papier. Es zeige, wohin die Reise geht. Nach 25 Jahren „des Schrumpfens in der Bundeswehr“ sei langsam die Talsohle durchschritten. Das Papier zeigt recht konkret auf, wie die Truppe in den kommenden Jahren ausgestattet und aufgestellt sein soll. „Aber es liegt noch ein langer Anstieg vor uns, den wir bewältigen müssen“, dämpft die Ministerin Hoffnungen auf einen allzu schnellen Wandel. Anders als das Weißbuch, das die sicherheitspolitische Lage analysiert, und die Konzeption der Bundeswehr, welche deren Aufgaben definiert, ist das Fähigkeitsprofil kein öffentliches Dokument.

Es beschreibt die Fähigkeiten nach Personal, Material, Infrastruktur, Betrieb, Organisation und Ausbildung. Ziele sind laut Bundesverteidigungsministerium „das Modernisieren bereits existierender Fähigkeiten, das Füllen ‚hohler Strukturen‘ sowie die Entwicklung neuer Fähigkeiten“. Zudem wird festgelegt, welche Fähigkeiten beziehungsweise wie viele Kräfte und Mittel die Bundeswehr bereitstellen soll. Dies soll in drei Zwischenschritten erreicht werden: 2023, 2027, 2031. Beim ersten Zwischenschritt liegt der Schwerpunkt auf der Very High Readiness Joint Task Force, der sogenannten Speerspitze der Nato. Deutschland will dafür als Rahmennation einen modernisierten und komplett ausgestatteten Truppenteil in Brigadestärke stellen. Dazu gehören auch ein „gemischter Einsatzverband Luft“ sowie maritime Kräfte. Daneben sind laufende Einsätze und Verpflichtungen für Nato und EU in den Planungen berücksichtigt. Die im aktuellen Dokument angelegten Zwischenschritte 2027 und 2031 sollen im Rahmen jährlicher Fortschreibungen konkretisiert werden.

Neu ist der Ansatz im Fähigkeitsprofil, dass es das Handlungs- und Leistungsvermögen der Bundeswehr über eine sogenannte Grundaufstellung sowie Missionspakete definiert. Die Grundaufstellung der Bundeswehr enthält dabei Fähigkeiten, Kräfte und Mittel für folgende Aufgaben: Landes- und Bündnisverteidigung im Rahmen der Nato und gemäß den Vorgaben der EU, Cybersicherheit, nationales Risiko- und Krisenmanagement, Heimatschutz und die Aufnahme alliierter Truppen im Land sowie „Basis Inland“. Diese Aufgaben seien jederzeit und gleichzeitig wahrzunehmen, heißt es aus dem Ministerium.

Hinzu kommen „Missionspakete“ wie die Ölüberwachung oder die Luftraumsicherheit. Diese Missionspakete sollen aus Personal, Ausrüstung, Leistungen Dritter, Infrastruktur oder Mischformen aus allen Bereichen geschnürt werden. Alle Aufgaben der Bundeswehr sollen übergreifend durch das Zusammenwirken aller Organisationsbereiche, die Bildung sogenannter Systemverbünde, erfüllt werden. Als Beispiel führt das Ministerium aus: „Der Systemverbund Land umfasst als Nukleus die Brigaden des Heeres, benötigt jedoch medizinische Unterstützung aus dem Bereich Sanitätsdienst, die Flugabwehr der Luftwaffe, Unterstützungsleistungen der Streitkräftebasis. Die IT-/Führungsunterstützung muss durch Kräfte des Cyber- und Informationsraumes gestellt werden.“

Von der Leyen versichert, „dass sich alle Planungen innerhalb der Finanzziele, die die Bundesregierung im Sommer der Nato angezeigt hat“, bewegten. Danach will sie für die Verteidigungsausgaben im nächsten Jahr 1,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erreichen. Im Jahr 2024 sollen es 1,5 Prozent sein. Ihr Ziel ist ein Jahresetat von 60 Milliarden Euro. Oppositionspolitiker und Wehrexperten halten den Modernisierungsplan für eine unrealistische, weil nicht finanzierbare Wunschliste einer Ministerin, die am Niedergang der Bundeswehr erhebliche Mitschuld trägt. *Jan Heitmann*

MELDUNGEN

IS-Chef meldet sich zu Wort

Damaskus – Fast ein Jahr lang war es ruhig um Abu Bakr al-Baghdadi, den Anführer der Terrororganisation IS. Viele vermuteten, dass er längst tot sei. Als Indiz dafür werteten sie, dass er sich während der Hochphase des gegen seine Terrorgruppe gerichteten Kampfes nicht zu Wort gemeldet hatte, um sie zum Durchhalten zu ermutigen. In einer jetzt über die IS-Propagandakanäle verbreiteten, knapp 55 Minuten langen Sprachnachricht soll es der selbsternannte „Kalif aller Gläubigen“ sein, der die USA, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate für ihren Kampf gegen die Extremisten attackiert. Israel blieb diesmal unerwähnt. Es blieb unklar, von wann die Aufnahme genau stammt, aber sie enthält Anspielungen auf Entwicklungen der vergangenen Wochen. Baghdadi räumte Gebietsverluste in Syrien und dem Irak ein, sagte seinen Anhängern aber, sie sollten sich nicht sorgen, weil der IS auf keinen Ort beschränkt sei. Die Gebietsverluste seien eine Prüfung Allahs für die Anhänger der Terrorbruderschaft. Der Irak hat den Krieg gegen den IS für siegreich beendet erklärt. Allein in Syrien, wo es keine konzertierte Aktion gegen den IS gegeben hat, hält dieser noch einige Gebietsfetzen. Wo sich Baghdadi aufhält, ist unbekannt. Seine letzte Videobotschaft hatte der Terrorkalif in der großen Moschee von Mossul aufnehmen lassen. Da der Großteil der Stadt wie auch die Moschee seit der Vertreibung des IS im Herbst vergangenen Jahres in Trümmern liegt, wird er in Syrien vermutet. *B.B.*

Sonneborn tritt wieder an

Straßburg – Der EU-Abgeordnete und Vorsitzende der Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative (Die Partei), Martin Sonneborn, tritt bei der EU-Wahl im kommenden Jahr wieder an. Der Mitherausgeber des „Titanic“-Magazins war 2014 mit 0,63 Prozent der Stimmen überraschend ins EU-Parlament eingezogen, nachdem das Bundesverfassungsgericht die Sperrklausel gekippt hatte. Jetzt erklärte Sonneborn, 2019 sogar zwei Prozent erreichen zu wollen. Neben ihm wolle der Kabarettist Nico Semsrott als zweiter Spitzenkandidat antreten. Der 32-Jährige ist aus der ZDF-Sendung „heute-show“ bekannt und war für die Satirepartei bereits bei der letzten Bundestagswahl angetreten. In Internet-Videos forderte er zuletzt eine Frauenquote sowie ein Tempolimit auf Autobahnen. Das erklärte Hauptwahlziel der Partei, die auch zu den Landtagswahlen in Bayern und Hessen – hier mit einem Spitzenkandidaten, der sich nach dem amtierenden Ministerpräsidenten Bouffier nennt – antreten wird, besteht darin, der CDU/CSU und der AfD Wähler abzujagen. Für die EU-Wahl werde sie, so Sonneborn, ihrem Bundesparteitag Anfang September eine Liste mit folgenden Kandidaten vorschlagen: Sonneborn, Semsrott, Bombe, Krieg, Goebbels, Göring, Speer, Bormann, Eichmann, Keitel. Diese Kandidaten sollen dann namentlich auf dem Wahlzettel stehen. Das sei ein probates Mittel, um „verwirrte CSU-Wähler und „demente CDU- und AfD-Wähler einzufangen“. Ferner will Sonneborn weiterhin die EU entlarven und ihre Vertreter öffentlich brüskieren. Bisher hat er in Straßburg und Brüssel kaum eine Gelegenheit ausgelassen, um mit Spott und Zynismus die etablierten Parteien durch den Kakao zu ziehen. *B.B.*

Moskau droht ein Zweifrontenkrieg

Wie gegen Syrien bereiten die USA mit Verbündeten auch in der Ostukraine einen Angriff vor

Es scheint die Strategie des Pentagon zu sein, Russland gleichzeitig an zwei verschiedenen Orten zu einem Waffengang zu zwingen: in Syrien (siehe vorangegangene Nummer der *PAZ*) und im Donbass. Die Höhe des Risikos, das Washington dabei eingeht, zeigt, dass man das als einzigen Weg betrachtet, eine endgültige Niederlage in Syrien zu verhindern.

Das tödliche Attentat auf den politischen Führer der der selbstproklamierten und international nicht anerkannten Volksrepublik Donezk, Alexander Sachartschenko, hat die Lage in der von Kiew abtrünnigen Region dramatisch zugespitzt. Nichtsdestoweniger war das Attentat in den westlichen Medien schnell abgetan. Es gab in Deutschland keinen Originalton aus Donezk. Und für die Bundesregierung beließ es deren Sprecher Steffen Seibert bei der Mahnung, die Erfüllung des Minsker Abkommens voranzutreiben. Keine Bekundung des Abscheus oder Beileids.

In Russland sah das naheliegenderweise anders aus. Präsident Wladimir Putin betrachtet die Mordtat nicht als Aufruf zu Verhandlungen, sondern wirft den Tätern vor, sie versuchten „das Volk vom Donbass in die Knie zu zwingen“. An dieses wandte sich Putin mit der Versicherung: „Ich möchte mein Beileid der Familie und den Freunden von Alexander Sachartschenko zum Ausdruck bringen, allen Bewohnern von Donbass. Russland wird immer mit Ihnen sein.“



Am Ort des Attentats auf den politischen Führer der international nicht anerkannten Volksrepublik Donezk, Alexander Sachartschenko: Blumen mit einem Bild des Opfers

Bild: Imago

Dabei kann es sein, dass die Menschen im Donbass sehr bald Hilfe brauchen werden. Denn in eben der Zeit, als der Mord geschah, wurde bekannt, dass ausländische Söldner, hauptsächlich aus den USA und Kanada, in die östliche Ukraine eindringen. Dies teilte Daniil Bessonow mit, der Leiter des Pressedienstes des Operativkommandos Donbass. Bislang schon haben die USA der Regierung in Kiew groß Mengen an Munition geschickt und in zunehmendem Maße auch Waffensysteme, in letzter Zeit auch solche der schweren Art. Außerdem arbeiten dort schon seit geraumer Zeit US-amerikanische und kanadische Militärinstrukteure. Dies bestätigte vor Kurzem Russlands Außenminister Sergeij Lawrow.

Jetzt also Söldner. Die USA greifen vor allem bei ihren „Regime Changes“ (Regimewechseln) dort, wo sie gewaltsam vonstattengehen, mehr und mehr auf private Firmen zurück, die Kriegsdienste anbieten. Das hat für die US-Regierung den Vorteil, dass sich die Sache nicht so im Lichte der Öffentlichkeit abspielt und dass, falls doch etwas ruchbar wird, sie selber sich auf die Behauptung zurückziehen kann, nicht dafür verantwortlich zu sein, was private Unternehmen tun und lassen. Außerdem läuft die Finanzierung nicht über öffentlich kontrollierte Haushaltstitel.

Bessonow fürchtet: „Wir schließen nicht aus, dass die eingetroffenen Angehörigen von fremden Streitkräften an der Planung und der Durchführung einer Angriffsoperation teilnehmen werden.“ In der Tat werden Vorbereitungen auf ukrainischer Seite für eine Offensive beobachtet. Die Söldner, so Bessonow, würden der 56. Ukrainischen Panzergrenadier-Brigade und der 406. Artillerie-Brigade im Raum der Ortschaft Ursuf sowie dem Stab der Vereinten taktischen Gruppierung „Wostok“ zugeordnet.

Der Vizechef des Donbasser Operativ-Kommandos, Eduard Bassurin, erwartet um die Mitte des Monats die ukrainische Offensive: „Unsere Quellen in den Stäben der ‚vereinten Kräfte Kiews‘ und der operativ-taktischen Gruppierung der ukrainischen Streitkräfte ‚Wostok‘ nennen den 14. September als möglichen Zeitpunkt der Offensive.“ Dieser Tage hat Kiew Truppen vor die strategisch wichtige Stadt Mariupol verlegt, in Rosowka, das von Kiew kontrolliert wird, ist Artillerie eingetroffen. Für die Kiewer Seite hätte die Ermordung von Alexander Sachartschenko zu keinem günstigeren Zeitpunkt kommen können.

Der Chef des russischen Zentrums für Systemanalyse, Rostislaw Ischtschenko, sieht durch eine groß angelegte Militäroperation der Kiewer Regierung Gefahren für diese und den Präsidenten der Ukraine, Petro Poroschenko: „Sollte Poroschenko zu Wahlzwecken auch versuchen, eine Offensive im Donbass einzuleiten, so werden es vielmehr lokale Zusammenstöße sein.“ Bei einem großen Krieg würde der ukrainische Staatschef Gefahr laufen, diesen Krieg innerhalb einiger Wochen zu verlieren. Allerdings – um das zu verhindern, hat er jene transatlantischen Instrukteure und Söldner ins Land geholt.

Was den ideologischen Hintergrund des Zwistes betrifft, so hat Andrij Parubij, der Vorsitzende der Werchowna Rada, des Kiewer Parlaments, zu erinnern gegeben, gegen welche Art von Regime sich die Menschen im Donbass und in Lugansk zur Wehr setzen. Er, der zweite Mann eines Staates, mit dem die Bundesregierung enge Verbindungen pflegt, nannte Adolf Hitler den „größten Demokraten“ und mahnte, man solle Hitlers Beitrag zur direkten Demokratie nicht unterschätzen. „Ich bin selbst ein eifriger Anhänger der direkten Demokratie“, sagte er dem Sender ICTV. „Der größte Mann, der je die direkte Demokratie praktiziert hat, war Adolf Hitler in den 1930ern.“

Eine Kiewer Offensive Mitte September könnte in einem Augenblick geschehen, an dem die Vereinigten Staaten im Levantinischen Becken einen Großangriff gegen Syrien starten. Dazu wurde in Idlib, dem letzten Rückzugsort der radikalen Moslems in Syrien, von den Weißhelmen ein Giftgasanschlag unter falscher Flagge vorbereitet. Käme es dazu, so wäre das der Vorwand für die USA, mit der geballten Macht ihrer 6. Flotte, derzeit mehr als 60 Schiffe, gegen Damaskus loszuschlagen. Es liegt für das Pentagon nahe anzunehmen, dass Russland einen solchen Angriff auf seinen Verbündeten nicht widerstandslos hinnähme. *Florian Stumfall*

Semantik

Was »Flüchtlinge«, »Fremdarbeiter« und »Gastarbeiter« von »Migranten« unterscheidet

Einst sprach man, wie etwa Winston Churchill, von DPs oder „Displaced persons“ – auf Deutsch etwas wie „Zwangsausgesiedelte“. Als aus den Ostprovinzen des zusammenbrechenden Deutschen Reiches Zehntausende in das vom Krieg weniger hart getroffene Bayern einwanderten, nannte man sie „Flüchtlinge“. Sie waren Fremde, notgedrungen Habenichtse (wofür sie nichts konnten), kannten Ackerbau und Viehzucht (wie die Bayern), sprachen Deutsch (wie die Bayern), auch wenn sie etwas fremd klangen – und scheuten keine Arbeit (wie die Bayern). Dass sie Protestanten waren, mussten der Herrgott, die Jungfrau Maria und der hochwürdige Herr Pfarrer in Kauf nehmen. Die Einheimischen oder „Hiesigen“ nannten sie „Zuag'roaste“; sie suchten Arbeit – und fanden sie.

Dann kamen Italiener – auch zu Zehntausenden – und suchten Arbeit. Sie radebrechten, sprachen alsbald brauchbar Deutsch mit einem Akzent, der Anlass zu allerhand Komik gab, sie waren willig und fleißig, bekreuzigten sich und gingen Sonntags in die Messe.

Innerhalb von fünf oder zehn Jahren hatten sie Tausende von Espressomaschinen importiert, Eisstände, Cafés, Restaurants und Autowerkstätten eröffnet und importierten Obst, Olivenöl, Vespas, Lambrettas, bald auch Fiats, Lancias und Alfa Romeos – vor allem aber ihre Küche. Die „Zuag'roasten“ waren „Fremdarbeiter“ geworden, die sich niederließen und einordneten – der Schwerpunkt lag auf „Arbeit“ und auf „Ordnung“.

Dann kamen die Spanier und Portugiesen, die auch Arbeit suchten und fanden, auch fleißig waren, sich auch bekreuzigten und oft (wie die Bayern) einen Herrgottswinkel für Christus oder die Heilige Jungfrau mit einem Strauß Blümchen einrichteten.

Auch sie lernten Deutsch, arbeiteten viel auf dem Bau und in allen möglichen Werkstätten, importierten Obst, Wein und ihre Küche. Die „Fremdarbeiter“ waren „Gastarbeiter“ geworden, wurden zusehends häufiger eingebürgert und schickten ihre Kinder auf die Grundschule, alsbald auch in die Lehre oder – seltener – aufs Gymnasium.

Dann kamen Menschen aus dem Balkan – anfangs Fußballer, gefolgt von weiteren nach dem gleichen Prinzip: Arbeit, bessere Arbeit, Existenz, kleine Handwerksfirmen. Man wusste nicht recht, woran sie glaubten, aber das störte kaum. Sie waren Jugoslawen, heute spräche man von Slowenen und Kroaten.

Der Weg war offen für die Griechen. Sie arbeiteten bei Mercedes, Audi und BMW und sparten Milliarden auf den deutschen Banken.

Ein Freund in München erzählte, wie ein Junge aus Kabylien (in Algerien) namens Ben Chedid mit 16 eingewandert war, in einer Werkstatt für Lastwagen gelernt und sich dann (mit Hilfe aus der Heimat) selbstständig gemacht und eine eigene Werkstatt eröffnet hatte.

Fünf Jahre später besaß er mehrere, handelte auch mit Lastwagen und hatte „im Bled“ seine Frau gefunden; sein ältester Sohn ging auf die Grundschule. Dann hatte er seinen Namen von Ben Chedid auf Benschedl geändert – das war leichter für die Kinder. Musterhaft und ein Ausnahmefall, zugegeben – aber symptomatisch. So geht's auch.

Es folgten weitere Tausende von Türken, die heute mancherorts die Mehrheitsbevölkerung stellen und nicht selten Parallelgesellschaften bilden.

Und dann begann der Strom der „Migranten“, der alle Dämme brach, bevor man sich bewusst wurde, was da geschah. „Migranten“ sprechen keine europäische Sprache, kennen keine europäischen Religionen, Gebräuche und Normen des Verhaltens. Sie sind zu einem kleinen Teil Menschen aus Syrien und derartigen Ländern, die Asyl suchen, überleben wollen und zumeist mit Weib und Kind kommen ...

Die meisten kommen alleine, sind zwischen 16 und 35 Jahre alt und Analphabeten, die einem der im größten Teil Afrikas endemischen Stammeskriege entkommen wollen – von denen zu sprechen man tunlichst vermeidet.

Es würden Jahre vergehen, bevor sie irgendwo in Westeuropa brauchbar angestellt und auch den bescheidensten Lebensunterhalt sichern können – was Frau Merkel übersehen hat oder nicht zugeben will.

Abgesehen von der Unterstützung durch Hilfsorganisationen – die selbst von Spenden leben und zum Teil schleierhaft finanziert werden – und den sozialen Leistungen der europäischen Staaten, die für keines der Länder weiterhin erschwinglich sind oder von ihnen verlangt werden können, besteht für sie nicht die geringste Zukunft.

Europa hat DPs, Flüchtlinge, Zugereiste, Fremdarbeiter, Gastarbeiter und Eingebürgerte miterlebt und verkraften können und kennt den Unterschied zwischen diesen Menschen, die Asyl suchen und Immigranten, die auf die Rahmtöpfe des friedvollen Europas zählen, das immer weniger Zeit, Mittel und Geduld für sie erübrigen kann. Und wieder andere sickern verschwiegen als Dschihadisten ein, um Terror zu säen; im Geheimdienst nennt man sie „Schläfer“ – in Frankreich gibt man gegenwärtig offiziell 400 bis 500 zu, die bereits im Lande sind – von ihrem Nachwuchs ganz zu schweigen. *Ludwig von Bomhard*

Staats- oder Parteiinteresse?

Was Politiker und Medienvertreter eine Überwachung der AfD durch den Verfassungsschutz fordern lässt

Zahlreiche Politiker und Medienvertreter fordern eine Überwachung der AfD durch den Verfassungsschutz. Geht es dabei wirklich um einen Schutz der Demokratie oder vielmehr um den Schutz anderer Parteien vor Konkurrenz?

„Die AfD hat sich offen zu rechtem Gedankengut bekannt. Wenn jemand diesen Staat bedroht, muss er beobachtet werden“, sagte SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“. Die Bundesregierung teilte hingegen mit, sie sehe derzeit keinen Anlass für eine Beobachtung der Partei als Ganzes durch den Verfassungsschutz. Regierungssprecher Steffen Seibert erklärte, die Voraussetzungen seien gesetzlich festgeschrieben. Die Sicherheitsbehörden müssten entscheiden, „wann was getan werden muss“.

Nachrichtendienste wie der Verfassungsschutz sind laut Selbstbeschreibung zur Abwehr von Gefahren für die freiheitlich-demokratische Grundordnung unerlässlich. Sie sind aber strikt von der Polizei getrennt: „Der Verfassungsgeber wollte aus den Erfahrungen der Vergangenheit gerade keine Geheimpolizei“, heißt es in einer Erklärung des Bundesinnenministeriums.

Die Polizei hat demnach die staatlich verordneten Aufgaben, Straftaten aufzuklären sowie Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren. Sobald die Polizei Hinweise auf Straftaten erhält, muss sie eingreifen (Legalitätsprinzip). Hierbei darf die Polizei sogenannte Zwangsbefugnisse ausüben. Sie darf außerdem Wohnungen durchsuchen und Gegenstände beschlagnahmen.

All diese Zwangsbefugnisse hat der Verfassungsschutz nicht. Er darf niemanden durchsuchen oder festnehmen und er darf keine Beschlagnahmen oder Verhöre durchführen: „Er ist ein reiner Nachrichtendienst, der frühzeitig Informationen über Gefahren für unsere Demokratie und Sicherheit sammelt“, heißt es. Im Gegensatz zur Polizei unterliegt der Verfassungsschutz dem Opportunitätsprinzip, dem strafrechtlichen Grundsatz, nach dem die Erhebung einer Anklage in das Ermessen der Anklagebehörde gestellt ist.

Das Verfassungsschutzgesetz definiert dabei auch den Rahmen, in dem eine Partei beobachtet werden darf. Für die Behörden ist die Frage wesentlich, ob Extremisten einen steuernden Einfluss auf die Gesamtpartei haben. Und das sei momentan nicht der Fall, so ein Sprecher des Inlandsgeheimdienstes. Verfassungsschützer dürfen laut Gesetz nur Bestrebungen beobachten, die „extremistisch“ sind beziehungsweise „kämpferisch“ gegen die hiesige Demokratie agitieren. In Bremen und Niedersachsen haben die zuständigen Innenministerien Materialien und Aussagen von Funktionären ausgewertet und nun eine Beobachtung der AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative“ (JA) angeordnet.

Erlaubt ist dem Inlandsgeheimdienst nun der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel. Dazu gehören das unbemerkte Beobachten von Personen und Veranstaltungen, wobei auch Foto- und Filmaufnahmen gemacht werden können. Auch der Einsatz von V-Leuten, den wichtigsten Hinweisgebern des Verfassungsschutzes, ist möglich. Der Verfassungsschutz darf zudem seine Fahrzeuge mit Tarnkennzeichen und seine Beschäftigten mit Ausweispapieren mit Tarnnamen einsetzen, um sie bei der Nachrichtenbeschaffung zu schützen. Auch das Abhören von Telefonaten ist dem Verfassungsschutz nun erlaubt. „Nach allgemeinem Sprachgebrauch sind Bestrebungen alle auf ein Ziel gerichtete Aktivitäten. Extremistische Bestrebungen im Sinne des Verfassungsschutzgesetzes sind demzufolge Aktivitäten mit der Zielrichtung, die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie zu beseitigen“, heißt es in einer Erklärung des Dienstes. Die Gesinnung politisch Andersdenkender, die sich darin äußern kann, dass jemand mit Begeisterung kommunistische Literatur lese oder die Bundesregierung kritisiere, berühre den Aufgabenbereich der Verfassungsschutzbehörden nicht.“

Bild: Junge Alternative für Deutschland Landesverband Niedersachsen

Sollen vom Verfassungsschutz beobachtet werden: JA Landesverband Niedersachsen

Der AfD-Parteivorsitzende Alexander Gauland sagte der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, vor einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz habe er keine Angst. Das werde der AfD nur noch mehr Stimmen bringen. Dass die AfD-Parteijugend in Niedersachsen und Bremen durch den Verfassungsschutz beobachtet wird, bezeichnete er als parteipolitisch motiviert. Die AfD werde die Entscheidungen juristisch anfechten. Der JA-Bundesverband kündigte allerdings an, die beobachteten Landesverbände aufzulösen. „Eine Abgliederung der JA von der AfD in Niedersachsen ist denkbar, bedarf aber einer genauen Überprüfung. Wir gehen jetzt der Frage nach, ob es sich um Einzelfälle innerhalb der JA Niedersachsens handelt oder ob es da ein strukturelles Problem gibt, wovon ich nach jetzigem Stand nicht ausgehe“, erklärte die niedersächsische AfD-Vorsitzende Dana Guth. Sie räumte allerdings auch indirekt ein, dass es innerhalb des Landesverbandes offenkundig Probleme durch personelle Überschneidungen mit der Identitären Bewegung gäbe, die vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft wird. „Wir nehmen das nicht auf die leichte Schulter, aber wir möchten auch die Gelegenheit haben, im Einzelfall zu prüfen, welche Mitglieder der Jungen Alternative es betrifft und ob es eventuell Verbindungen zur Mutterpartei gibt“, sagte Guth.

Dennoch gibt es auch Vermutungen, eine AfD-Beobachtung durch den Verfassungsschutz habe ausschließlich parteipolitische Motive. Die „Süddeutsche Zeitung“ zitierte einen hochrangigen Verfassungsschützer, der erklärte, ihm sei unwohl dabei, wie von manchen Bundespolitikern nach dem Geheimdienst gerufen werde, um das politische Unheil der AfD wieder zu beseitigen. Eine „Instrumentalisierung“ sei das.

Peter Entinger

MELDUNGEN

BfV unterdrückt Medienberichte

Berlin – Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Hans-Georg Maaßen, hat frühzeitig versucht, Medienberichte über Spitzel im Umfeld von Anis Amri zu unterdrücken. Das berichtet der Berliner „Tagesspiegel“. Wie das BfV dem Blatt bestätigte, hat die Behörde nach Berichten über vermeintliche V-Leute im Umfeld des Attentäters vom Breitscheidplatz Anfang 2017 „anwaltliche Korrekturbitten“ versenden lassen. Die Redaktionen hätten den Bitten entsprochen. Zur Begründung der ungewöhnlichen Maßnahme hieß es in dem Schreiben an die Redaktionen, „Falschberichterstattungen“ schädigten das Vertrauen in die Presse und diskreditierten die Sicherheitsbehörden. Maaßen wird vorgeworfen, den V-Mann-Einsatz im Fall Amri seinerseits falsch dargestellt zu haben. *J.H.*

Mehr Geld für Bundesbeamte

Berlin – Die Bundesregierung hat ihren Entwurf für das „Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2018/2019/2020“ vorgelegt. Danach sollen die Dienst- und Versorgungsbezüge im Bund rückwirkend zum 1. März 2018 sowie zum 1. April 2019 und zum 1. März 2020 linear angehoben werden. Damit werde das Ergebnis der Tarifverhandlungen für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes vom 18. April 2018 zeitgleich und systemgerecht übernommen, heißt es zur Begründung. Damit erhöhen sich die Bezüge zum 1. März 2018 um 2,99 Prozent, zum 1. April 2019 um 3,09 Prozent und zum 1. März 2020 um 1,06 Prozent. Die Empfänger von Dienstbezügen bis einschließlich Besoldungsgruppe A 6 erhalten 2018 ergänzend eine einmalige Zahlung in Höhe von 250 Euro. Die Anwärterbezüge erhöhen sich zum 1. März 2018 um 50 Euro und zum 1. März 2019 um weitere 50 Euro. *J.H.*

Braunkohle statt Windkraft

Brandenburgs Landtagswahlen werfen ihre Schatten voraus

Brandenburgs Landesregierung hat in einer Kabinettssitzung am 4. September einen Maßnahmenplan zur Windkraft beschlossen. Teil des Pakets ist eine Sonderabgabe auf Windkraftanlagen, welche die Betreiber von neuen Anlagen künftig an die betroffenen Kommunen zahlen sollen. Je nach Leistung der Anlage soll die Sonderabgabe etwa 5000 Euro pro Jahr ausmachen. Die Abgabe soll helfen, die Akzeptanz in der Bevölkerung für die Anlagen zu steigern. Neben Niedersachsen und Schleswig-Holstein nimmt Brandenburg bei der Windkraftnutzung eine führende Stellung im bundesweiten Vergleich ein. Im Land sind etwa 3750 Windkraftanlagen mit einer Leistung von knapp 7000 Megawatt installiert. Allerdings stößt der Bau weiterer Anlagen auf zunehmenden Widerstand von Anwohnern.

Der brandenburgische Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) kündigte zudem eine Bundesratsinitiative an, durch die das bisherige Privileg für Windkraftanlagen im Baugesetz gestrichen werden soll. Nach der bisherigen Gesetzeslage gelten die Anlagen als sogenannte privilegierte Vorhaben, wenn dem keine öffentlichen Belange entgegenstehen. Durch eine Änderung der Regelung könnten Gemeinden mehr Mitspracherecht beim Bau von Windkraftanlagen erhalten.

Die Landesregierung kündigte des Weiteren ein zweijähriges Moratorium beim Bau neuer Windkraftanlagen an. Gelten soll der Stopp nach jetzigem Stand für zwei von fünf Planungsregionen, in denen derzeit kein gültiger Regionalplan vorliegt. Das Moratorium soll einen Wildwuchs beim Bau neuer Anlagen verhindern.



Bild: Staatskanzlei des Landes Brandenburg

Dietmar Woidke

Beobachter werten die angekündigten Schritte als Versuch der rot-roten Landesregierung, aus der Defensive zu kommen. Gut ein Jahr vor den Landtagswahlen hat die märkische SPD in Umfragen keinen Vorsprung mehr. Die rot-rote Koalition steckt in einer Krise, nachdem kürzlich erst der bisherige Wirtschaftsminister Albrecht Gerber (SPD) und wenige Tage später dann auch noch die Gesundheitsministerin Diana Golze (Linke) ihren Rücktritt erklärt hatten.

Woidke hat vor Kurzem gegenüber dem „Tagesspiegel“ die Befürchtung geäußert, dass ein hohes Tempo beim Kohleausstieg die Alternative für Deutschland im Osten weiter stärken würde. Er sagte, dass schon bei der Bundestagswahl die AfD in allen drei mitteldeutschen Braunkohlerevieren „sehr stark“ gewesen sei. Im Fall Brandenburgs würde ein Ausstieg aus der Braunkohleverstromung vor allem die Lausitz betreffen, die schon jetzt als eine Hochburg der AfD gilt. Woidke war vor Kurzem selbst zu Besuch in der Lausitz, um sich über den Strukturwandel in der Bergbauregion zu informieren. Dabei bekräftigte der Ministerpräsident seine skeptische Haltung zu einem schnellen Kohleausstieg. Laut Woidke sei verlässlicher Kohlestrom unverzichtbar, so lange Energiespeicher für erneuerbare Energien nicht entwickelt seien. *Norman Hanert*

Die Deutschen haben Angst

Studie: Politische Themen dominieren

Eine katastrophale Zuwanderungspolitik, die unser Land verändert, Staatsversagen auf allen Gebieten, die noch immer nicht überwundene Eurokrise – das alles macht den Deutschen Angst. Seit 1992 befragt die R + V-Versicherung für ihre Studie „Die Ängste der Deutschen“ alljährlich eine repräsentative Gruppe der Bevölkerung nach ihren politischen, wirtschaftlichen, persönlichen und ökologischen Sorgen. Erstmals werden die Ängste in diesem Jahr von den großen politischen Problemen dominiert.

Die Sorge um die Gefährdung der internationalen Lage durch die Politik des US-Präsidenten Donald Trump steht mit Abstand auf Platz eins. Mit 69 Prozent erreicht sie einen der höchsten Werte, die jemals in der Ängste-Studie gemessen wurden. Mit 63 Prozent folgt die Sorge, dass die Deutschen und ihre Behörden durch die große Zahl der Zuwanderer überfordert sind. Im Vorjahr kam dieses Thema mit 57 Prozent auf Platz sechs. Ganz knapp 63 Prozent haben Angst davor, dass es durch den weiteren Zuzug von Ausländern zu Spannungen zwischen Deutschen und hier lebenden Ausländern kommt. Das sind zwei Prozentpunkte mehr als im Vorjahr und Platz drei der aktuellen Studie.

Auf Platz vier kommt die Befürchtung, dass die Politiker mit ihren Aufgaben überfordert sind. Sie steigt um sechs Prozentpunkte und überspringt damit die 60-Prozent-Marke. Im Vorjahr waren es noch 55 Prozent und damit Platz acht. Im Vergleich mit den Vorjahren deutlich gesunken ist die Angst vor Terroranschlägen. Lag sie nach den dramatischen Attentaten in Europa mit Werten von über 70 Prozent unangefochten auf Platz eins der Ängste-Skala, sackte die Terrorangst in diesem Jahr um zwölf Prozentpunkte auf Platz fünf ab, bleibt mit 59 Prozent aber weiterhin überdurchschnittlich hoch. Nicht mehr auf dem Spitzenplatz wie in den Jahren 2011 bis 2015, aber mit 58 Prozent weiterhin groß und auf Platz sechs ist die Angst, dass die Schuldenkrise einiger EU-Staaten für den deutschen Steuerzahler teuer wird. Die Angst vor Extremismus – im Vorjahr noch auf Platz zwei im Ranking – ist um fünf Prozentpunkte gesunken und rutscht mit 57 Prozent auf Platz sieben der Ängste-Skala.

Wie im Vorjahr befürchten 56 Prozent der Befragten, dass die Zahl der Naturkatastrophen weiter zunimmt (Platz acht). Erstmals sollten sich in diesem Jahr die Befragten zu ihrer Angst vor dem sogenannten Klimawandel äußern. Mit 48 Prozent zeigte sich fast die Hälfte der Befragten besorgt, dass dieser dramatische Folgen für die Menschheit hat. Im Fokus steht auch ein weiteres Umweltthema: 55 Prozent der Deutschen sorgen sich um die Schadstoffe in Nahrungsmitteln (Platz neun).

Neben der großen Politik bewegen die Deutschen auch andere Sorgen, die für die Studie abgefragt wurden. So sorgen sich 52 Prozent darum, im Alter pflegebedürftig zu werden. Die Angst vor steigenden Lebenshaltungskosten fällt mit 49 Prozent erstmals aus dem Ranking der Top 10. Bis 2010 lag diese Sorge vielfach unangefochten auf Platz eins. Lediglich jeder vierte Deutsche fürchtet sich davor, den Arbeitsplatz zu verlieren – so wenige wie nie zuvor. Und schließlich befürchten nur 39 Prozent einen Abwärtstrend der Wirtschaft.

Fazit der Studie: Die großen politischen Probleme schüren die Ängste. Der Angstindex – der Durchschnitt der abgefragten Sorgen – ist im Vergleich zu 2017 um einen Prozentpunkt gestiegen und bleibt mit 47 Prozent überdurchschnittlich hoch. Das untermauert ein Blick auf den Langzeitvergleich. 2018 überspringen zehn der abgefragten 21 Sorgen die 50-Prozent-Marke – deutlich mehr als in den meisten Studien zuvor. *J.H.*

Zeitzeugen


Bild: United States Air Force

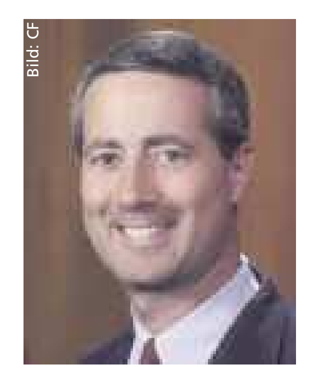
David Lee Goldfein – Der Vier-Sterne-General ist zurzeit Stabschef der US-Luftwaffe. Er ist Pilot mit über 4200 Flugstunden auf Typen wie der General Dynamics F-16 „Fighting Falcon". Er geht davon aus, dass es früher oder später zu Kämpfen im All kommen wird: „Wir müssen Überlegenheit im All genauso anstreben wie Überlegenheit in der Luft", sagte er auf einer Tagung in Orlando/Florida.

Mark Kelly – Der Marineflieger und Astronaut auf vier Space-Shuttle-Missionen flog Erdkampfflugzeuge vom Typ Grumman A-6 „Intruder" und nahm 1991 am Ersten Irakkrieg 1991 teil. Während seiner Dienstzeit wurde er mehrfach ausgezeichnet. Außerdem ist er ausgebildeter Testpilot und kommandierte zwei Shuttle-Missionen. Er sieht in der United States Space Force nur ein Mehr an Bürokratisierung.


Bild: Jim Greenhill

Deborah Lee James – Die heute 59-Jährige war von Dezember 2013 bis Januar 2017 unter Präsident Barack Obama US-Luftwaffenministerin und damit die Verwaltungschefin der United States Air Force. Sie war für ein Budget von 110 Milliarden US-Dollar verantwortlich. Vorher hatte sie andere Verwaltungsposten innegehabt. Sie hält die United States Space Force für einen Kostentreiber: „Jedem, der denkt, das sei billig, sage ich, dass ich noch nie erlebt habe, dass so etwas billig zu haben ist."

Bill Nelson – Der demokratische Senator aus Florida will die United States Space Force im Kongress aufhalten, der die Gründung einer neuen Teilstreitkraft per Gesetz beschließen muss. Er verweist darauf, dass viele Generäle dagegen sind. „Jetzt ist nicht die Zeit, die Air Force zu zerreißen. Zu viele wichtige Missionen stehen auf dem Spiel", schrieb er auf Twitter.


Bild: CF

William McClellan „Mac" Thornberry – Der Republikaner vertritt den 13. Bezirk aus Texas im Kongress. Der 60-jährige gebürtige Texaner gilt als moderater Konservativer. Er leitet den Streitkräfteausschuss des US-Repräsentantenhauses und unterstützt die Initiative für eine US-Raumwaffe. „Wenn man diese Briefings darüber hört, was unsere Gegenspieler tun, ist klar, dass wir besser werden müssen", sagte er.

Eine fünfte Teilstreitkraft

Das US-Militär dehnt ab 2020 seine Aktivitäten im Weltraum aus

US-Präsident Donald Trump hat am 18. Juni angekündigt, Raumstreitkräfte als gleichberechtigte Teilstreitkraft neben Armee, Marine, Marinekorps und Luftwaffe aufzustellen. Ab 2020, so die gegenwärtigen Pläne, soll die United States Space Force (USSF) alle Aktivitäten des US-Militärs im Weltraum übernehmen.

Nach Trumps Ankündigung präzisierte Vizepräsident Mike Pence die Pläne. Die USA wollen ihre Dominanz im erdnahen Weltraum bewahren. Sie reagieren damit auf die neue Generation strategischer Waffensysteme Russlands und die wachsenden militärischen Weltraumfähigkeiten der Volksrepublik China.

Zurzeit sind die Aktivitäten des US-Militärs im Weltraum zu 90 Prozent Aufgabe eines eigenen Kommandos der US-Luftwaffe, des Air Force Space Command (AFSC). Es betreibt den einzigen militärischen Raumgleiter der Welt, die relativ kleine und unbemannte Boeing X-37, die aus einem NASA-Programm hervorgegangen ist. Aber seine Hauptaufgabe sind die Navigations-, Aufklärungs- und Kommunikationssatelliten, militärische Raketenstarts und die Kriegsführung im sogenannten Cyberspace, also im Internet. Hinzu kommen Entwicklungsaufträge für Anti-Satelliten-Waffen. Primäres Ziel ist die Unterstützung der US-Truppen bei ihren Einsätzen überall auf der Welt. Das jährliche Budget des Air Force Space Command liegt bei rund elf Milliarden US-Dollar. Das ist der Löwenanteil aller im offenen Teil des Verteidigungsbudgets vorgesehenen Mittel für den Weltraum. Aber es verfügt über keine klassischen Kampfverbände. Im Juli 2016 stellte es eine Space Mission Force auf, die wohl Operationen in Übersee durchführen soll.

Trumps Ankündigung entspricht einem Wahlversprechen

Neben dem Space Command gibt es noch bei der US-Armee die Missile Defense Agency, zu Deutsch etwa Amt für Raketenabwehr. Die ist für die bodengestützte Raketenverteidigung von Heeresverbänden gegen ballistische Raketen verantwortlich. Außerdem hat die United States Navy eine eigene Organisation für Satellitenoperationen. Die Geheimdienste betreiben eigene Aufklärungs- und Kommunikationssatelliten.

Trump hat bereits während des Wahlkampfes eine eigene Teilstreitkraft für den Weltraum gefordert. Dabei ist die Forderung selbst weder neu noch originell. Es gab bereits zwischen 1985 und 2002 ein United States Space Command, das dann aber im Zuge einer Streitkräftereform aufgelöst wurde. Seitdem sind immer wieder Stimmen laut geworden, die eine Space Force oder etwas Vergleichbares forderten. Viele Verantwortliche sind wegen der wachsenden russischen und chinesischen Fähigkeiten besorgt. Beide könnten US-Satelliten und ballistische Raketen stören oder abfangen und die satellitengestützte Kommunikation der US-Streitkräfte unterbrechen.

Aber im Moment unterscheiden sich die militärischen Weltraumkapazitäten Russlands oder Chinas nicht wesentlich von denen der USA. Sie sind nur nicht so groß. Die UdSSR stellte 1982 ein Weltraumkommando auf, das zur Luftverteidigung gehörte, damals eine eigene Teilstreitkraft neben Heer, Marine und Luftwaffe. Im heutigen Russland gehört sie zur Luftwaffe. Chinas gesamte Raumfahrt untersteht dem Militär. Indien hat nicht nur eigene strategische Raketentruppen, sondern auch militärische Satelliten und arbeitet an einer eigenen Raketenabwehr. Großbritannien, Frankreich, die Bundesrepublik und Israel unterhalten eigene militärische Aufklärungssatelliten.

In den USA fehlt es nicht an Kritikern einer Space Force. Hohe Luftwaffenoffiziere sind dagegen, weil sie den Verlust wichtiger Fähigkeiten fürchten. Die frühere US-Luftwaffenministerin Deborah Lee James meint, man sollte das Geld lieber für echtes Kriegsmaterial ausgeben. Und der frühere Navy-Pilot und Ex-Astronaut Mark Kelly hält das alles für „eine dumme Idee". „Die Air Force macht das schon. Dafür ist sie da", schrieb er auf Twitter. In den Fernsehnachrichten legte er nach: „Es ist sinnlos, einem unglaublich bürokratischen Verteidigungsministerium noch eine bürokratische Ebene einzuziehen." *Friedrich List*

Deutschland ist seit 2008 dabei

Zu Zeiten des Kalten Krieges verließen sich beide deutsche Staaten auf die Satellitenaufklärung ihrer Besatzungsmächte. Nach dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes änderte sich zunächst nichts. Für Deutschland blieben die USA die einzige Quelle von Aufklärungsergebnissen aus dem Weltraum. Allerdings zeigte sich während der Krisen auf dem Balkan besonders drastisch, dass die USA ihre Erkenntnisse keineswegs brüderlich teilten. Immer wieder kamen Satellitenfotos und andere Daten zu spät oder in schlechter Qualität. Gelegentlich faxten US-Militärs ein Foto mehrmals hin und her, bevor sie es an die Verbündeten weitergaben.

Anfang des dritten Jahrtausends unserer Zeitrechnung folgte Deutschland dann dem Beispiel Frankreichs und Großbritanniens und gab eigene Aufklärungssatelliten in Auftrag. Die Bundeswehr bestellte 2001 beim in Bremen und München ansässigen Raumfahrtunternehmen OHB System fünf Radarsatelliten, die ab 2006 ins All geschossen wurden. Das

Schlüsselerlebnis Balkankrisen

System ist seit 2008 in Betrieb. Die fünf Satelliten kreisen in 500 Kilometern Höhe und liefern Radarbilder von den Krisenregionen der Erde. Radar hat den Vorteil, auch durch Wolken und Nebel blicken zu können. Eine Bodenstation in Gesdorf bei Bonn steuert die Satellitenkonstellation. SAR-Lupe, so der Name des Satellitenaufklärungssystems, wird wahrscheinlich bis 2020 in Betrieb bleiben.

Außerdem arbeitet OHB System seit 2013 am Nachfolge-System SARah, einer verbesserten Version, die dann aus drei Satelliten bestehen wird. Der erste Satellit soll noch dieses Jahr starten.

Auch der Bundesnachrichtendienst wird eigene Satelliten bekommen. Für etwa 400 Millionen Euro hat die Bundesregierung zwei weitere Spähflugkörper in Auftrag gegeben.

Im zivilen Bereich baut die EU gerade das Satellitennavigationssystem Galileo auf. Es soll 2020 voll ausgebaut sein und dann 30 Satelliten umfassen. Das System ist zwar zivil, bietet aber auch militärische Dienste. *F.L.*


Der einzige militärische Raumgleiter der Welt: Die Boeing X-37

Bild: pa

Noch nur Zukunftsmusik

Echte Waffenträger im All

Das Militär stand bereits an der Wiege der Raumfahrt. So förderte die Reichswehr die Raketenexperimente des jungen Wernher von Braun in den frühen 1930er Jahren. An die heutzutage selbstverständliche zivile Nutzung der Weltraumtechnik dachte damals außer Zukunftsschriftstellern kaum jemand. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg standen zunächst Raketen als Träger der neuen Atomwaffen auf der Tagesordnung.

Experten schlugen aber immer wieder auch Waffensysteme für den Weltraum vor. Schon Braun skizzierte während des Zweiten Weltkrieges eine bewaffnete Raumstation, die mit einem riesigen Hohlspiegel Ziele auf der Erde bekämpfen sollte. In den 1950er und 1960er Jahren planten die US-Streitkräfte sowohl eigene Raumstationen als auch Basen auf dem Mond. Sie sollten entweder die Erde beobachten oder sogar als Raketenbasen dienen. Andere Pläne sahen nuklear bewaffnete Satelliten vor, militärische Raumstationen und eigene Gemini-Raumkapseln. Die ersten sowjetischen Raumstationen dienten der

Schon Wernher von Braun interessierte sich für sie

militärischen Aufklärung, und eine von ihnen, Saljut 3, war sogar bewaffnet. Sie hatte eine 23-mm-Kanone an Bord.

Jedoch sahen die Großmächte auch die Risiken eines Wettrüstens im Weltraum. 1967 schlossen sie unter dem Dach der UN den Weltraumvertrag, der Massenvernichtungswaffen ächtete, ebenso die militärische Besetzung des Mondes oder anderer Himmelskörper. Allerdings dürfen Soldaten an zivilen Weltraumflügen teilnehmen. Auch konventionelle Waffen sind erlaubt. Jedoch ist es bis heute bei Versuchsträgern geblieben.

Mitte der 1980er schoss ein US-Jagdflugzeug mit einer Rakete einen stillgelegten Satelliten ab. Aber die US-Pläne für ein Raketenabwehrsystem im Weltraum aus dieser Zeit wurden nie verwirklicht. 2007 und 2008 zerstörten China und die USA jeweils einen Satelliten durch kontrollierte Kollision mit einem anderen Flugkörper. Aber bislang sind alle Waffensysteme, die Ziele im erdnahen Weltraum treffen können, auf der Erde stationiert. Echte Waffenträger im All gibt es nicht. *F.L.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Siemens ganz groß in Berlin

»Siemensstadt 2.0«: Der Großkonzern plant umfangreiche Investitionen in der Hauptstadt



Wo Tradition und Fortschritt verschmelzen: Hauptverwaltung von Siemens in der Berliner Siemensstadt

Bild: Imago

Der Technologiekonzern Siemens will mehr als eine halbe Milliarde Euro in die Hand nehmen, um in Berlin einen „Innovations-Campus" zu gründen. Mehrere Gründe sprechen für die Hauptstadt als künftigen Standort des Campus, allerdings ist das Verhältnis zwischen der Siemens-Geschäftsführung und dem rot-rot-grünen Senat seit einiger Zeit nicht frei von Spannungen.

Wie seit einem Spitzengespräch zwischen dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD) und dem Siemens-Konzernvorstand Cedrik Neike feststeht, sind bei Siemens sogar zwei Projekte in der Planung. Bei dem einen Vorhaben, das unter der Bezeichnung „Labor" oder „Hub" firmiert, geht es um eine Investitionssumme von bis zu 60 Millionen Euro. Siemens will dabei zusammen mit der TU Berlin, der Fraunhofer-Gesellschaft und der Bundesanstalt für Materialforschung (BAM) einen Industrie- und Wissenschaftscampus etablieren. An diesem könnten die beteiligten Partner innovative Fertigungsmethoden entwickeln.

Bei Siemens wird allerdings noch über ein wesentlich größeres Vorhaben mit einer Investitionssumme von bis zu 600 Millionen Euro nachgedacht. Dabei geht es um die Entwicklung eines ganzen Stadtteils mit moderner Produktion, Wohnungen, Kitas und Studentenwohnungen. In Anspielung auf die historische Siemensstadt ist die Rede von einer „Siemensstadt 2.0". Tatsächlich ist es naheliegend, dass Siemens dieses Projekt in Berlin, dem Gründungsort und historischen Hauptsitz des Unternehmens, ansiedelt. Der Konzern verfügt an der Spandauer Nonnendammallee noch immer über einen umfangreichen Grundstücks- und Gebäudebesitz. Mit mehr als 11700 Beschäftigten ist Berlin zudem auch nach wie vor der größte Siemens-Standort.

Die Spree-Metropole bietet durch ihre Hauptstadtfunktion zudem einen großen Vorteil. Für Siemens als weltweit tätigen Technologiekonzern spielen staatliche Aufträge eine wichtige Rolle. Eine „Siemensstadt 2.0" in Berlin könnte ein ideales Schaufenster bilden, mit dem sich das Unternehmen ausländischen Staatsgästen präsentierte, wenn diese zu Besuch in der deutschen Hauptstadt sind.

> Gesprächsklima mit Rot-Rot-Grün nicht immer günstig

Teile der Siemens-Geschäftsführung, etwa der gebürtige Berliner Neike, scheinen auch nicht abgeneigt, sich für Berlin zu entscheiden. Aus der Konzernzentrale in München heißt es bislang allerdings, der Riesencampus für 600 Millionen Euro könnte überall auf der Welt entstehen. Das Verhältnis zwischen dem Münchener DAX-Konzern und dem Berliner Senat ist schon seit einiger Zeit von Spannungen gekennzeichnet.

Siemens hat im Jahr 2001 das Magnushaus am Kupfergraben gekauft. Im Garten des denkmalgeschützten barocken Stadtpalais wollte das Unternehmen einen Neubau für seine Berlin-Repräsentanz errichten. Noch zur Amtszeit von Klaus Wowereit (SPD) als Regierendem Bürgermeister und seines damaligen Stadtentwicklungssenators Michael Müller hatte das Projekt im Jahr 2015 einen positiven Vorbescheid erhalten.

Vor Kurzem hatten Kultursenator Klaus Lederer (Linkspartei) und Bezirksstadtrat Ephraim Gothe (SPD) jedoch mitgeteilt, dass die Verlängerung eines positiven Vorbescheids versagt worden sei. Für das Gesprächsklima nicht förderlich war zudem, dass Michael Müller und Wirtschaftssenatorin Ramona Pop (Grüne) im Herbst vergangenen Jahres an einer Protestaktion der IG Metall teilgenommen haben. Damals ging es um Pläne zum Stellenabbau bei Siemens, die Müller als „Schande" und als „nicht hinnehmbar" bezeichnet hatte.

Mittlerweile ist das Campus-Projekt beim Senat offenbar Chefsache. In der Senatskanzlei wurde eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe für das Thema geschaffen. Anfang September traf Müller sogar persönlich mit Vertretern von Siemens zusammen. Ein wichtiger Punkt bei den Gesprächen war erneut der Denkmalschutz. Das Unternehmen wünscht laut Medienberichten vom Land Berlin eine „konstruktive Handhabung" bei Umbauten. Offenbar gibt es bei Siemens auch schon sehr konkrete Vorstellungen für das Gelände an der Nonnendammallee: Das eigentliche Innovationszentrum soll 940000 Quadratmeter umfassen. Geplant ist weiterhin, das alte Siemens-Schaltwerk und das Dynamowerk als Produktionsstätten zu nutzten. Bei beiden Werken handelt es sich um Baudenkmale. Der Konzern will darüber hinaus aber auch Wohnhäuser, ein Hotel, eine Schule und Flächen für den Einzelhandel schaffen.

Erwartungen hat Siemens an den Senat auch bei der Infrastruktur. Mit der geplanten Schließung des nahegelegenen Flughafens Tegel würde sich die Erreichbarkeit des Zukunftscampus deutlich verschlechtern. Verbessern ließe sich die Verkehrsanbindung, wenn ein 1980 stillgelegter Abzweig der Berliner S-Bahn, die sogenannte Siemensbahn, wieder aktiviert würde. Ob der rot-rot-grüne Senat die Siemens-Geschäftsführung von Berlin als Standort des Zukunftscampus überzeugen kann, wird sich möglicherweise schon bald herausstellen. Verlaufen die Verhandlungen erfolgreich, könnten Senat und Siemens bereits in diesem Herbst eine Absichtserklärung unterzeichnen. *Norman Hanert*

Mauer-Absichten mitten in Berlin

Von Vera Lengsfeld

In Berlin besteht tatsächlich die Absicht, dort, wo es am schönsten ist, wieder eine Mauer zu bauen. Was wie eine Verleumdung der verantwortlichen Politiker klingt, ist leider wahr. Jedenfalls geht aus den öffentlich zugänglichen Unterlagen der Berliner Festspiele GmbH hervor, dass ein Projekt des russischen Regisseurs Ilja Chrschanowskij unterstützt werden soll, im Rahmen der Berliner Festspiele im Herzen von Berlin temporär eine Mauer zu errichten (siehe *PAZ* vergangener Woche).

Deshalb hat sich der Bürgerrechtler und Regisseur Konrad Weiß mit einem offenen Brief an die Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) und den Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD) gewandt. Er schreibt: „Der Gedanke, dass ein Stück Berlin neuerlich von einer Mauer geschändet wird, und sei es auch nur für einige Tage, ist für mich unerträglich. Ich denke, dass dies viele, die in der DDR oder in Ost-Berlin gelebt haben, so empfinden werden. Allein die Vorstellung, an der Staatsoper, gegenüber der Hedwigskathedrale oder Unter den Linden – mitten im freiheitlichen Berlin – Wachtürme und Beton und Grenzposten sehen zu müssen, lässt bitterste Erinnerungen und Gefühle wach werden."

Weiß verweist darauf, dass die geplante Installation keine künstlerische Provokation wäre, sondern eine ungeheuerliche Verharmlosung der kommunistischen Verbrechen. Die wirkliche Mauer war kein harmloses Symbol, sondern eine tödliche Grenze, an der viele Menschen ihr Leben gelassen haben bei dem Versuch, sie zu überwinden und die Freiheit zu erlangen.

Die angedachte Installation ähnelt einem Gruselkabinett auf dem Jahrmarkt, nur dass es auf dem Rummel um eine Fiktion geht, die anders als bei Chrschanowskij keinen Bezug zur Realität hat.

Weiß: „Natürlich wird es Menschen geben, die sich ein ‚Visum' für sein Mauerland kaufen und sich für alles nur Denkbare gebrauchen und benutzen lassen. Aber sie werden die Schrecken einer Diktatur dennoch nicht nachvollziehen können."

Gleichzeitig wird der großartigste Moment der deutschen Geschichte entwertet, indem man ihn zum harmlosen Spiel degradiert. Weiß gibt zu bedenken: „Wenn Sie Ilya Chrschanowskijs Projekt zulassen … würde mitten in Berlin eine No-Go-Area geschaffen, in der … das Grundgesetz nicht oder nur noch bedingt gilt."

Das wäre eine unverantwortliche Beschränkung der bürgerlichen Freiheit.

Krach um Ratskeller

Charlottenburger Wirtin gekündigt – Waren es politische Gründe?

Das Bezirksamt Berlin-Charlottenburg-Wilmersdorf hat den Pachtvertrag mit der Betreiberin des Ratskellers des Rathauses nicht verlängert. Zum Jahresende 2018 muss Pächterin Angelika Scholtz raus. Sie und ihre acht Angestellten werden dann vermutlich arbeitslos sein.

Hinter der Maßnahme vermutet die Pächterin politische Motive. Der zuständige Stadtrat Oliver Schruoffeneger (Grüne) spricht stattdessen von einer „Neuausrichtung und Weiterentwicklung" des Ratskellers. Die Qualitätsvorgaben des 2003 geschlossenen Vertrags seien überholt. Neue Standards, etwa was die Zusammenstellung des Essens betrifft, sollten ermöglicht werden.

Der Ratskeller und dessen Pächterin waren in der Vergangenheit im Blickpunkt des öffentlichen Interesses, weil dort auch Veranstaltungen der AfD stattfanden. Laut „Tagesspiegel" soll vornehmlich Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann (SPD) hinter der Nichtverlängerung stecken. Scholtz scheint diesen Ärger vorhergesehen zu haben. Sie sei laut Pachtvertrag dazu verpflichtet, ihre Räume den in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV)

> Die AfD wurde in dem Lokal bewirtet

vertretenen Fraktionen zur Verfügung zu stellen, solange diese nicht als verfassungswidrig gelten. Im Juli wandte sie sich über ihren Rechtsanwalt an das Bezirksamt und bat um eine Vertragsveränderung.

Der Anwalt verlangte eine Vertragsänderung, um auch Bezirkspolitiker fernhalten zu können, sofern diese durch „antidemokratische" oder „rassistische" Äußerungen aufgefallen seien. Stadtrat Schruoffeneger behauptet, die entsprechende vertragliche Verpflichtung (zur Vermietung) existiere nicht.

Bei der Neuausschreibung soll nun aber „Demokratieförderung" vom Pächter gefordert werden, was immer das heißen mag. In der BVV fand ein Antrag der AfD, den Vertrag mit der Pächterin zu verlängern, keine Mehrheit. Die AfD kritisiert, der Stadtrat verwechsle „Parteipolitik mit Verwaltungshandeln". Ähnlich sieht dies die örtliche FDP, die den AfD-Antrag unterstützte.

Der FDP-Verordnete Felix Recke: „Wenn eine politische Entscheidung ausschlaggebend war, muss das auch politisch ausgetragen werden." Er forderte „mehr Transparenz" und warf dem Stadtrat einen „politisch motivierten Eingriff" vor. Schruoffeneger will ein anderes Image des Ratskellers: „Die Atmosphäre ziehe ein bestimmtes Publikum an." *Frank Bücker*

Rolle rückwärts

Wohnungsmangel: Berlins Senat will Plattenbauten aufstocken

In Berlin zeichnet sich im Kampf gegen den Wohnungsmangel eine bemerkenswerte Kehrtwende ab. Noch unter dem ersten rot-roten Senat waren vor rund 15 Jahren elfgeschossige Plattenbauten zu drei- bis sechsgeschossigen Wohnhäusern zurückgebaut worden. Dadurch verschwanden 5000 Wohnungen.

Der heutige rot-rot-grüne Senat hat dagegen ein Konzept zur Aufstockung von Plattenbauten vorgelegt. Laut Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher (Linkspartei) kommen für eine Aufstockung fünf- bis sechsgeschossige Häuser, aber auch zehn- und elfgeschossige Plattenbauten in Frage. Die Wohnungsbaugesellschaften streben offenbar eine Aufstockung um zwei Geschosse an.

Wegen der Statik sollen die Wohnungen vorzugsweise in Leichtbauweise entstehen. Das Potenzial für Aufstockungen ist in den östlichen Bezirken riesig. Allein die städtische Gesellschaft Howoge nennt für ihren Bestand ein Potenzial von 320000 Quadratmetern. Laut Lompscher hat die Landesregierung mit der Howoge bereits ein Pilotprojekt vereinbart. Die Opposition ist skeptisch. Ein großer Teil der neuen Wohnungen könnte in Siedlungen

> Noch vor 15 Jahren wurden die Gebäude sogar zurückgebaut

entstehen, die bereits mit sozialen Problemen zu kämpfen haben.

Zum Rückbau von Plattenbauten unter dem ersten rot-roten Senat sagte Lompscher: "Ich habe nichts abgerissen, ich fand das auch nicht gut." Inzwischen sieht sich allerdings auch Lompscher dem Vorwurf eines „Zurückruderns" ausgesetzt. Die Senatorin war in der Vergangenheit kritisiert worden, sie habe durch ein Rundschreiben zur Anlage eines zweiten Rettungsweges bei der Aufstockung von Altbauten den Ausbau von Dachgeschossen durch private Bauträger unnötig erschwert. Im neuen Konzept sind nun Regelungen angekündigt, die etwas praxistauglicher erscheinen.

Der Senat kündigte zudem eine Änderung bei der Baumschutzverordnung an. Die Fällung von Bäumen soll auch schon dann möglich sein, wenn noch keine Baugenehmigung vorliegt.

Diese Neuregelung soll verhindern, dass sich Projekte durch einen unglücklichen Zeitablauf verzögern, weil in der Vogelbrutzeit von März bis Oktober keine Bäume gefällt werden dürfen. Der Senat will nicht nur durch Dachaufstockungen bei Plattenbauten und Ausbau von Dachgeschossen den Wohnungsbau ankurbeln: Senat und Bezirke sollen 100 neue Mitarbeiter erhalten, um die Verwaltungsabläufe zu beschleunigen. *N.H.*

MELDUNGEN

Venezuela blutet aus

Caracas – Hunderttausende Venezolaner verlassen wegen der anhaltenden politischen und wirtschaftlichen Krise ihr Heimatland. Insgesamt sollen seit 2013 fast drei Millionen Venezolaner, das entspricht 30 Prozent der Bevölkerung, das Land verlassen haben. Mittlerweile wird Ecuador zum Hauptaufnahmeland. Es sollen bereits eine halbe Million Menschen allein in diesem Jahr dort angekommen sein. Deshalb hat Ecuador in drei Provinzen den Notstand ausgerufen. Nach Angaben der UN ist dies der größte Massenexodus in der Geschichte Lateinamerikas. *B.B.*

Muslim trickst Kopenhagen aus

Kopenhagen – Der algerischstämmige und in Frankreich lebende muslimische Multimillionär Rachid Nekkaz hat angeboten, alle sich aus dem seit 1. August in Dänemark geltenden Burkaverbot ergebenden Bußgelder zu übernehmen. Wo immer in einem europäischen Land die Vollverschleierung verboten wird, tritt der Immobilienhändler auf den Plan. Für diese Zahlungen hat er eine eigene Organisation mit dem Namen „Touche pas à ma constitution" („Rühr' meine Verfassung nicht an") gegründet. Bezahlt hat er nach eigenen Angaben bis jetzt 315 000 Euro. Dänische Politiker werfen ihm Untergrabung der Rechtsprechung vor und fordern härtere Strafen für Gesichtsverhüllungen. Die konservative Regierungspartei Venstre und die Dansk Folkeparti forderten die Regierung auf, über Gefängnisstrafen oder Arbeitsauflagen nachzudenken. „Man kann vielleicht Bußgelder für andere bezahlen, aber man kann nicht für andere einsitzen", sagte der integrationspolitische Sprecher der Dansk Folkeparti. Sein Kollege von Venstre bezeichnet die Initiative Nekkaz' gar als einen „Angriff auf die dänische Demokratie". *B.B.*

Libyenkrieg vor der Entscheidung?

Feldmarschall Chalifa Haftar könnte als Sieger aus der Auseinandersetzung hervorgehen

Eine der streitenden Mächte scheint den Bürgerkrieg in Libyen für sich entscheiden zu können. Sie ist personifiziert in der Gestalt des Feldmarschalls Chalifa Belqasim Haftar.

Seit dem Jahre 2011 herrscht in Libyen Krieg. Zunächst zertrümmerte die NATO das Land, um zu verhindern, dass es weiterhin eine eigenständige Außenpolitik betreibt und dass seine Wirtschaft sich soweit entwickelt, dass sie – wenn auch nur auf einigen Gebieten – zur Konkurrenz wird. Vor allem aber galt es, dem Versuch einen Riegel vorzuschieben, in der Region einen Golddinar einzuführen, der von der Weltbank und anderen westlichen Institutionen so unabhängig gewesen wäre.

Als diese Ziele erreicht waren, zog sich die NATO zurück, der Krieg aber dauerte an. Er setzte sich fort in der Form einer der unseligen Stammesfehden, die den Fortbestand der westlichen Kriegsziele garantierte, nämlich das Land im Mittelalter zu halten. Jetzt aber scheint eine der streitenden Mächte den Bürgerkrieg für sich entscheiden zu können. Sie ist personifiziert in der Gestalt des Feldmarschalls Chalifa Belqasim Haftar.

Im Gegensatz zu den meisten anderen Staaten dieser Erde hat Libyen gleich zwei offizielle Armeen: die Nationale Libysche Armee (LNA) im Nordosten und die Libysche Armee (GNA) im Westen. Deren militärischer Befehlshaber ist Fayiz as-Sarradsch. Die vom Westen und den UN eingesetzte Marionette, kann, wenn sie in Tripolis auf ein hohes Minarett steigt, fast das ganze Gebiet überschauen, in dem man auf ihre Stimme hört. Nicht einmal die Hauptstadt gehört zur Gänze dazu.

Gegenspieler von as-Sarradsch ist der militärische Befehlshaber der LNA, Haftar. Der von deutschen Medien in diesem Frühjahr bereits Totgesagte stammt aus dem libyschen Osten, wo sich einst der Widerstand gegen Muammar al-Gaddafi organisierte, nicht ohne entscheidende Hilfe von außen. So hatte sich denn auch Haftar zunächst beim Sturz des Machthabers vom Westen einvernehmen lassen, jedoch nicht auf Dauer. Schon bald trieb er sein eigenes Spiel und kontrolliert heute mit der LNA in absehbarer Zeit womöglich das ganze Land.

Doch muss man hierbei Abstriche machen. Das wirtschaftliche und politische Geschehen spielt sich im Wesentlichen in Libyens Norden ab, in einem Streifen, der sich der Küste entlang zieht. Er teilt sich in Tripolitanien, das stark berberisch geprägt ist, und in den rein arabischen Osten um die Cyrenaika. Der Süden, dünn besiedelt von den hamitischen Tubu, nimmt wenig Anteil an den Auseinandersetzungen, wenn man von einem zurückliegenden Gemetzel der Berber an den Wüstenstämmen absieht. So bezweifelt ein Kenner des Landes, der russische Botschafter Weniamin Popow, denn auch die 90 Prozent, die Haftar laut manchen Quellen vom libyschen Territorium kontrolliert: „Libyen ist ein riesiges Territorium, dessen größter Teil in der kaum besiedelten Wüste liegt. Im Süden kann überhaupt niemand etwas kontrollieren – dort gibt es andere Kräfte und andere Stämme." So entscheidet sich die Frage nach dem Besitz der Macht in Libyen zwischen den Regionen und Stämmen an der Küste.



Kontrolliert angeblich bereits neun Zehntel des Landes: Chalifa Haftar *Bild: Imago*

Doch selbst wenn es Haftar mit seiner LNA gelingen sollte, as-Sarradsch aus der Hauptstadt Tripolis zu vertreiben, so steht er dann vor dem Problem der internationalen Anerkennung. As-Sarradsch ist zwar ohne jede Beteiligung libyscher Autoritäten von außen inthronisiert worden, doch gilt er international als anerkannt. Haftar dagegen darf vielleicht für sich beanspruchen, die Mehrheit der Libyer zu vertreten, aber das interessiert bei den Vereinten Nationen nicht.

Doch die internationale Gemeinschaft wäre, gesetzt der Fall, er hätte seinen Widersacher in Tripolis endgültig besiegt, noch nicht einmal das drängendste Problem Haftars, gibt es doch noch einen dritten Anwärter auf die Macht im Lande, der keinem der beiden anderen nahesteht: Saif al-Islam al-Gaddafi, einer der Söhne des ermordeten Obersten Gaddafi. Der heute 46-Jährige war vom Internationalen Strafgerichtshof mit der konturenlosen Anklage des Verbrechens gegen die Menschlichkeit angeklagt worden, doch eine der libyschen Milizen nahm ihn gefangen, ohne ihn nach Den Haag auszuliefern. Später kam er wieder frei. Und er hat sich geschworen, den Tod seines Vaters zu rächen. Dazu sieht er es als seine Aufgabe an, Libyen als einheitlichen, friedlichen Staat wiederherzustellen, wie es das zur Zeit seines Vaters gewesen ist.

Gegebenenfalls kann er dabei auf Hilfe aus Moskau rechnen. Der Präsident der russischen „Gesellschaft für die Freundschaft und Zusammenarbeit mit den arabischen Ländern", Wjatscheslaw Matusow, sagt: „Für Russland ist es wichtig, dass die politische Macht wiederhergestellt wird, damit sich das Land nicht in ein Nest von Terroristen verwandelt, die gerade von Syrien nach Libyen flüchten. Am Ende werden das sowohl die Italiener als auch die Franzosen und die Amerikaner einsehen."

Mag sein, doch damit ist eine Rivalität zwischen Haftar und Gaddafi vorgezeichnet. Zu lösen wäre diese nur, indem man Politik und Militär voneinander trennt. Matusow schlägt vor: „Die politische Basis bildet das Parlament, und die militärische Basis die LNA." Freilich stellt sich die Frage, ob an der Spitze eines Landes wie Libyen mit seinem islamischen und afrikanischen Selbstverständnis Platz für zwei starke Männer ist. Die Erfahrung jedenfalls spricht dagegen.

Was Europa angeht, so gilt mehr denn je die Prophezeiung, die Gaddafi senior unter dem westlichen Bombenhagel vor seinem Tod gemacht hat: „Hört, ihr Völker der NATO. Ihr bombardiert eine Mauer, die bisher der afrikanischen Migration nach Europa und den Terroristen der al-Kaida standgehalten hat. Diese Mauer ist Libyen und ihr seid dabei, sie zu zerbrechen. Welche Narren ihr seid! Ihr werdet dafür in der Hölle schmoren, dass ihr diese Lawine von Migranten aus Afrika zugelassen und al-Kaida unterstützt habt!" *Florian Stumfall*

Franco soll umziehen

In Spanien entbrennt ein Streit um die Umbettung des Diktators – Neue Regierung spaltet

Eine der ersten Entscheidungen der neuen sozialistischen spanischen Minderheitsregierung unter Pedro Sanchez war der Beschluss, die Gebeine des 1975 verstorbenen Generals Francisco Franco nach fast 50 Jahren aus seinem Mausoleum im Valle de los Caidos (Tal der Gefallenen) nahe Madrid, welches zugleich Gedenkstätte zu Ehren der Gefallenen des Spanischen Bürgerkriegs ist, umzubetten. Das schon lange gehegte Vorhaben war bislang immer an juristischen Fragen und dem Widerstand der Familie Francos gescheitert.

Es gilt aber als wahrscheinlich, dass Sánchez diesmal mit Hilfe kleinerer Regional-Parteien die nötige einfache Mehrheit erhält. Allerdings erklärte die Familie Francos, dass sie bis zur letzten Instanz juristisch für die Beibehaltung des Grabes kämpfen werde. Sie drohte Premier Sanchez im Falle einer Umbettung mit einer Klage wegen Störung der Totenruhe und Leichenschändung.

Ein 150 Meter hohes Kreuz überragt das Mausoleum nordwestlich von Madrid. Franco war ein erzkonservativer Katholik, und er wollte dies durch sein Mausoleum, welches eine katholische Kirche ist, ausdrücken. Francos Grab befindet sich in einer Basilika, welche Zwangsarbeiter gleich nach seiner Machtergreifung ab 1940 in den Fels zu hauen begannen. 1959 war das Mausoleum fertig, danach entstand das gigantische Betonkreuz. In den Seitenwänden fanden die Überreste von 37 000 Toten des Bürgerkriegs ihre letzte Ruhestätte.

Der Bürgerkrieg zwischen 1936 und 1939 war nicht nur eine Konfrontation zwischen Rechts und Links. Neben dieser Front gab es vor allem in der Endphase einen anderen, nicht weniger blutigen Konflikt innerhalb der linken Kräfte. Die aus Moskau dirigierten Kommunisten hatten im Bürgerkrieg im Auftrag Stalins andere linke Gruppierungen angegriffen: Sozialdemokraten, Sozialisten, Anarchisten. Stalin wollte, wie im eigenen Land, die alleinige Macht und keine geeinte Volksfront.

> Das Land hat sich zu spät der eigenen Vergangenheit gestellt

Auch viele der internationalen Brigadisten wurden Opfer der eigenen Leute. In Barcelona richteten die Kommunisten unter den Anarchisten ein grausames Blutbad an, anstatt gemeinsam gegen Franco zu kämpfen. Auch die Gegner Francos haben im Bürgerkrieg Kriegsverbrechen begangen. Deren Opfer haben ihre Gedenkstätte in Paracuellos, auch unter einem hohen Kreuz, in der Nähe des Madrider Flughafens Barrajas. Hier hatten kommunistische Milizen im Bürgerkrieg etwa 2500 Vertreter der bürgerlichen Elite, darunter viele Politiker, Professoren und Priester, erschossen.

Von marginalen Stimmen abgesehen, verteidigt heute niemand mehr Franco, der Spanien zwar mit harter Hand und mit Hilfe der Kirche regiert hat, aber seine Herrschaft nicht auf Terror und Unrecht errichtet hatte. Als Premier Sánchez die Umwidmung des Tals der Gefallenen zu einer Gedenkstätte für alle Opfer und einem Dokumentationszentrum ankündigte, gab es im Parlament kaum Widerspruch.

Auch die Konservativen um die Volkspartei (PP), obwohl aus einer franquistischen Gruppe hervorgegangen, leisten keinen Widerstand mehr. Ihr langjähriger Vorsitzender Mariano Rajoy hat die Partei kräftig zur Mitte gerückt und dabei die Alt-Franquisten in den eigenen Reihen an den Rand gedrängt. Der neue Chef der PP, Pablo Casado, nannte es allerdings „unverantwortlich, bereits geheilte Wunden wieder aufzureißen".

Ob die Wunden bereits verheilt sind, ist jedoch die Frage. Bislang hatte das nach dem Tod Francos verabschiedete Amnestiegesetz eine Aufarbeitung der wirklichen Geschehnisse im Bürgerkrieg blockiert. König Juan Carlos war nach Francos Tod 1975 der Verwalter dieses Gesetzes, welches dafür sorgte, dass Franco-Anhänger nach seinem Tod die Demokratisierung nicht behindert haben. Die Täter des Repressionsapparats blieben straffrei, der Staat ignorierte die Opfer und die Täter des Regimes weitgehend.

Die mentalen Gräben quer durch die Gesellschaft bestehen seit dem Bürgerkrieg weiter. Vielerorts hat man die im Krieg in Massengräbern verscharrten Gefallenen noch nicht ausgegraben, sie harren noch ihrer Exhumierung. Die Toten des Tals der Gefallenen waren da eine Ausnahme.

Viele Spanier glauben bis heute, dass Franco das kleinere Übel gegenüber der drohenden Herrschaft der von Moskau bewaffneten Kommunisten und ihrem „roten Terror" gewesen sei. Auch wird es Franco als Verdienst angerechnet, dass er dem vielfachen Druck Hitlers widerstanden und Spanien aus dem Zweiten Weltkrieg herausgehalten hat, der einen noch größeren Blutzoll gefordert hätte. *Bodo Bost*

Dollars für Terror?

Trump stellt Zahlungen an Palästinenser ein

Die USA stellen ihre millionenschweren Hilfszahlungen an die Palästinenser ein. Die Autonomiebehörde würde dieses Geld nicht nutzen, um den Terror, sondern die US-Politik in der Region zu bekämpfen. Damit sei jetzt Schluss, kündigte US-Präsident Trump an. Das Geld solle in sinnvollere Projekte gesteckt werden. Es gebe finanzkräftige arabische Bruderstaaten, die im Geld schwimmen und die jetzt einspringen können.

Die Mittel von 200 Millionen Dollar aus dem Haushaltsjahr 2017 waren ursprünglich für Hilfsprogramme im Gazastreifen und im Westjordanland vorgesehen. Auf Anweisung von Trump habe das Außenministerium eine Überprüfung vorgenommen. Dieses gab der radikal-islamischen Palästinenserorganisation Hamas die Schuld für die schlechte humanitäre Lage im Gazastreifen. Die Gelder seien der notleidenden Bevölkerung nicht zugutegekommen, sondern vielmehr für die Versorgung von Familien von Terroristen ausgegeben worden.

Die USA hatten bereits im Januar ihre Zahlungen an das UN-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge (UNRWA) stark gekürzt. In diesem Jahr soll es nur noch 60 Millionen Dollar erhalten – 360 Millionen Dollar waren es noch im Vorjahr. Trump änderte die diplomatischen Gepflogenheiten mit vielen muslimischen Ländern, die laut Trump „ein doppeltes Spiel treiben und mit doppelter Zunge" reden, nämlich zu den Westlern anders reden als mit ihren eigenen Leuten. Damit hatte er vor allem Pakistan gemeint, das sich in den letzten Jahren von einem Verbündeten zu einem Gegner der US-Politik entwickelt habe. Mit diplomatischen Rücksichtnahmen sei es nun vorbei, wenn die Palästinenser wirklich weiterhin noch US-Hilfen haben wollten, müssten sie mehr tun als rhetorische Flachheiten.

> Kein Respekt, kein Geld

Trump hatte bereits 2017 den Palästinensern mit einem Zahlungsstopp gedroht, wenn sie nicht zu Friedensverhandlungen mit Israel bereit sind. „Wir zahlen den Palästinensern hunderte Millionen von Dollar im Jahr und erhalten weder Anerkennung noch Respekt. Wenn die Palästinenser nicht mehr bereit sind, über Frieden zu sprechen, warum sollten wir in der Zukunft irgendwelche dieser massiven Zahlungen an sie leisten?", twitterte Trump. *B.B.*

Daimler wird elektrisch

Weltpremiere des ersten Modells der neuen Elektrowagenmarke EQ in Stockholm

Experten sprechen von einer Zeitenwende in der deutschen Automobilbranche. In der vergangenen Woche stellte Daimler sein erstes E-Mobil vor, den EQC.

Mit der Weltpremiere des ersten Modells seiner neuen Elektrowagenmarke EQ in Stockholm habe Daimler eine Aufholjagd eingeläutet, heißt es aus Experten-Kreisen. Auch BMW und Audi wollen mit iNext und Audi e-Tron in Kürze Neuheiten in diesem Marktsegment vorstellen. Und Porsche soll mit dem Taycan zumindest ein neues E-Modell in der Planungsendphase haben.

„Der Stuttgarter Autobauer hat sich viel vorgenommen. Unter dem Dach der Marke EQ soll in den kommenden Jahren eine ganze Produktfamilie vom Kompaktwagen bis zum Luxusauto entstehen. Die Milliarden, die Daimler dafür investiert, sind der Einsatz in einem Spiel, von dem noch keiner so genau sagen kann, wie es ausgehen wird", schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung".

„Mit Elektroautos ist es wie mit Windrädern", hatte Daimler-Chef Dieter Zetsche noch im November 2015 gestöhnt: „Jeder findet die Idee toll, aber keiner will sie vor der eigenen Haustür haben." Mittlerweile ist dies ganz anders. „Mit dem EQC als erstem vollelektrischen SUV von Mercedes-Benz legen wir den Schalter um", erklärte Zetsche gegenüber den „Stuttgarter Nachrichten". Der Elektroantrieb sei ein wichtiger Baustein der Mobilität der Zukunft. „Daher investieren wir in den nächsten Jahren mehr als zehn Milliarden Euro in neue EQ-Produkte und über eine Milliarde in die Batterieproduktion", sagte der Daimler-Chef. Viereinhalb Jahre Entwicklungszeit habe Daimler in den EQC gesteckt. Die Geländelimousine ist das erste Modell der EQ-Reihe, die der Konzern neben den Reihen AMG, Maybach und der Kernmarke Mercedes-Benz etablieren will. EQ soll dabei für „Electric Intelligence" stehen und „progressiven Luxus" signalisieren, teilt das Unternehmen mit.

Die Nachfrage nach Stromkarossen sei mittlerweile riesig, „aber die Autohersteller können einfach nicht liefern", beschreibt das „Handelsblatt" die Lage. Elektro-Smart und e-Golf seien überall vergriffen. Dass quer durch die Republik gerade einmal 54 000 rein mit Strom betriebene Personenkraftwagen rollen, liege längst nicht mehr am Desinteresse der Deutschen, sondern an der geringen Produktion der heimischen Fahrzeughersteller.



In Stockholm präsentierte der Vorstandsvorsitzende der Daimler AG, Dieter Zetsche, ihn der Öffentlichkeit: Der EQC

Bild: pa

„Die Wartezeit für die wenigen erhältlichen Fahrzeuge beträgt mehrere Monate, teilweise sogar ein Jahr. Und im Premiumsegment gibt es zu den Angeboten von Tesla de facto keine Alternative. Der Elektroautopionier düpiert damit seit Jahren die deutschen Edelmarken", schreibt das Fachblatt weiter.

Bisher dominiert der US-amerikanische Konzern den Elektroauto-Markt. Seit der Gründung im Jahr 2003 hat sich Tesla quasi aus dem Nichts zu einem weltweit führenden Anbieter von rein batterieelektrischen Personenwagen entwickelt. Mit dem sportlichen Oberklassefahrzeug Model S (seit 2012), dem Luxusgeländewagen Model X (2015) sowie der Limousine Model 3 (2017) hat Tesla derzeit drei Fahrzeuge im Angebot. Im Jahr 2017 erwirtschaftete der Konzern aus Palo Alto mit rund 37 500 Mitarbeitern einen Umsatz von 11,8 Milliarden Dollar. Doch zuletzt schrieben mehrere Experten übereinstimmend, dass Tesla dabei sei, seinen strategischen Vorteil zu verspielen. „Es ist noch nicht zu spät", sagte Autoexperte Stefan Bratzel, der Leiter des Center of Automotive Management in Bergisch Gladbach, dem „Manager Magazin". Mit dem EQC und dem, was die anderen deutschen Hersteller im Köcher hätten, wachse ernstzunehmende Konkurrenz für Tesla heran. Die Marktchancen für Daimler und Co. schätzt Bratzel als durchaus gut ein. „Es ist nicht so, dass da schon alle Züge abgefahren sind", sagt er.

Denn die Probleme beim Marktführer wachsen offenbar. Die „Neue Züricher Zeitung" berichtete kürzlich von „einem massiven Kapitalbedarf". Der Geldfluss sei seit Jahren negativ, auf eine Trendwende warten Beobachter bis jetzt vergebens. „Seit dem Jahr 2014 hat Tesla nach Berechnungen der Rating-Agentur Moody's rund zehn Milliarden Dollar verbrannt, allein 2018 dürften es mindestens zwei Milliarden Dollar werden. Tesla verfehlt regelmäßig seine ambitionierten Ziele und ist chronisch defizitär", analysiert das Blatt. Nach Steuern betrugen die Verluste demnach in den letzten Jahren jeweils zwischen 770 Millionen und 2,2 Milliarden US-Dollar.

Experten wie Bratzel glauben deshalb, dass deutsche Autobauer wie Audi oder Daimler mit ihren großen finanziellen Mitteln mittelfristig den Markt übernehmen könnten. Den großen Durchbruch der Elektromobilität, verbunden mit entsprechendem Marktwachstum, erwartet Bratzel aber ohnehin erst ab Beginn der 2020er-Jahre – „wenn die wichtigsten Hersteller ihre Modelle auf dem Markt haben, die Ladeinfrastruktur besser ausgebaut und die Regulatorik weiterentwickelt worden ist", sagte er im Gespräch mit dem „Manager Magazin". Zudem stünden die Autobauer dann unter dem Druck, schärfere Grenzwerte für den Ausstoß von Kohlendioxid aus Verbrennungsmotoren einhalten zu müssen. Um wirklich umweltfreundlich zu sein, müsste das E-Auto mit zusätzlich produziertem Ökostrom fahren, für dessen Produktion und Transport vom Ostsee-Windpark bis zur Ladesäule gigantische Investitionen erforderlich sind, die man dann auch nicht mehr einfach auf die Stromrechnung der Verbraucher aufschlagen könne.

Für den Verbraucher seien die Ladezeiten und -kapazitäten entscheidend. Daimlers neues Modell soll rund 400 Kilometer ohne Unterbrechung zurückliegen können. Das ist immer noch weniger als die Hälfte eines durchschnittlichen Dieselfahrzeugs.

Peter Entinger

MELDUNGEN

Produktion geht zurück

Wiesbaden – Die Produktion im produzierenden Gewerbe war laut Statistischem Bundesamt im Juli preis-, saison- und kalenderbereinigt 1,1 Prozent niedriger als im Vormonat. Für Juni ergab sich nach Revision der vorläufigen Ergebnisse ein Rückgang von 0,7 Prozent gegenüber Mai. Die Industrieproduktion ist im Juli um 1,9 Prozent gegenüber dem Vormonat gesunken. Innerhalb der Industrie nahmen die Produktion von Investitionsgütern um 2,5 Prozent und die Produktion von Konsumgütern um 0,9 Prozent ab. Außerhalb der Industrie erreichte die Energieerzeugung das Niveau des Vormonats, die Bauproduktion stieg um 2,6 Prozent. *J.H.*

Auch Ford plant E-Auto-Palette

Köln – Die deutschen Ford-Werke haben vergangene Woche das erste Bild eines neuen Elektrofahrzeugs präsentiert. Die Markteinführung ist für 2020 vorgesehen. Die Reichweite wird 480 Kilometer betragen. Bei dem Modell handelt es sich um das erste Produkt des Ford Team Edison, das eigens für die Entwicklung von Elektrofahrzeugen gegründet wurde. Bis 2022 will Ford 40 Modelle auf den Weltmarkt bringen: 16 vollelektrische, der Rest Hybrid-Fahrzeuge. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung: 1.947.212.531.329 €

Vorwoche: 1.947.260.049.482 €

Verschuldung pro Kopf: 23.546 €

Vorwoche: 23.546 €

(Dienstag, 11. September 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Kalaschnikow attackiert Tesla

Bislang wurde nur die Karosserie des CV-1 vorgestellt

Der russische „Konzern Kalaschnikow" versucht sich seit Jahren vom Negativimage des Sturmgewehrs in Terroristenhänden zu befreien. Deshalb engagiert sich der russische Rüstungskonzern auch auf anderen Geschäftsfeldern als der Rüstung. Jüngst wurde eine Modekollektion herausgebracht. Es gibt auch Schirme und Smartphonehüllen von Kalaschnikow.

Das reicht dem Unternehmen mit seinen 5000 Mitarbeitern und mehr als acht Milliarden Rubel (zirka 100 Millionen Euro) Umsatz aber noch nicht. Nach Angaben der Nachrichtenagentur Ria Nowosti will es einer der führenden Elektroautohersteller der Welt werden und mit dem US-Elektroautobauer Tesla konkurrieren. Bei der Entwicklung des Konzeptes habe man sich von den Weltmarktführern inspirieren lassen.

Den Angaben zufolge hat Kalaschnikow bereits seit 2013 kleinere Elektroautos entwickelt wie den UV-4, der aber nur über eine Leistung von 50 Kilowatt verfügen soll und höchstens 80 Kilometer in der Stunde zurücklegen kann. Die neuen Autos sollen hingegen diese höchstens für ein Stadtauto ausreichende Maximalgeschwindigkeit weit überschreiten.

Der CV-1, so die Typenbezeichnung, könnte zum Tesla-Killer werden, falls er im Preis vergleichbar billig zu haben sein wird wie das Sturmgewehr AK-47 von Kalaschnikow. Noch ist der Preis aber ebenso wenig bekannt wie das Datum, ab dem das Fahrzeug zu kaufen sein wird.

Schon bekannt ist hingegen, dass die Kapazität des Akkus bei 90 Kilowattstunden liegen und

Einige Leistungsdaten sind bereits bekannt

das Batteriemanagement des Fahrzeugs Ströme bis zu 2000 Ampere ermöglichen soll. Die Reichweite wird mit 350 Kilometern angegeben. Zum Vergleich: Der Tesla Model S schafft mit bis zu 100 Kilowattstunden Kapazität eine Reichweite von 613 Kilometern. Und Daimlers neues Modell EQC (siehe obiger Artikel) soll rund 400 Kilometer ohne Unterbrechung zurücklegen können. Der russische Wagen soll in vier bis sechs Sekunden von Stand auf 100 Kilometer pro Stunde beschleunigen. Das Model S von Tesla schafft es in der schnellsten Version allerdings in 2,7 Sekunden.

Zu sehen ist der Antrieb noch nicht. Dafür aber die Karosserie. Sie wurde der Öffentlichkeit auf der Moskauer Rüstungsmesse Army 2018 präsentiert und erinnert an die der fünftürigen ISCH-2125 und ISCH-21251, die von 1973 bis 1997 gebaut wurden. Bei letzteren handelte es sich um Fließheckversionen des bekannteren Stufenheckmodells Moskwitsch-412, das von 1967 bis 1976 hergestellt wurde.

Produziert wurden die Schrägheckmodelle und teilweise auch der Moskwitsch von den Ischmasch-Werken in der an der Isch gelegenen Hauptstadt der russischen Teilrepublik Udmurtien, Ischewsk. Dort begann Michail Kalaschnikow nach einer schweren Kriegsverletzung seine Waffenbauerkarriere. 1944 entwickelte er dort das gemeinhin nach ihm benannte vollautomatische sowjetische Gewehr AK-47. Die Kalaschnikow wurde zum bekanntesten Produkt der Ischmasch-Werke und schließlich auch zu deren Namensgeber. Seit 2013 firmieren die Ischmasch-Werke als Konzern Kalschnikow.

Bodo Bost

Verhätschelter Mörder

Von Thomas W. Wyrwoll

Ali Reza S. galt seiner kirchlichen Umgebung als ein perfektes Beispiel gelungener Integration: In seiner iranischen Heimat will sich der ethnische Perser 2006 dem Christentum zugewandt haben, kam im Folgejahr als Asylsuchender nach Deutschland, erhielt als solcher rasch seine Anerkennung und bald auch die deutsche Staatsangehörigkeit. In der EKD erhielt er eine Predigerausbildung und „engagierte“ sich ganz im Sinne dieser Kirche „für Flüchtlinge“. Angesichts des dortigen weiblichen Angebots nicht gerade als Kind von Traurigkeit bekannt, wollte der wählerische Gast für die Ehe aber keine „benutzte“, dafür aber eine seiner vor Gericht wiederholten Ansicht nach im Gegensatz zu seiner deutschen Umgebung „gebildete“ Frau – und suchte nach einer passenden Ergänzung in der alten Heimat, wo er die sieben Jahre jüngere Maryam fand. Per Internet schloss das junge Paar eine islamische Ehe. Ali Reza reiste als dort angeblich Verfolgter ohne jegliche Probleme in den Iran zu seiner Gattin, schwängerte sie, flog zurück nach Deutschland und organisierte die Ausreise für Frau und Kind.

Im Oktober 2017 wird die junge „Familie“ in Hamburg vereint, wobei es der umsichtige Perser unterlässt, seine Ehe in Deutschland staatlich eintragen zu lassen – schließlich liebäugelt er dank des islamischen Ehevertrags mit einer Rückgabe der Frau, falls sich diese nicht hinreichend bewähren sollte. Dem bundesdeutschen Staat ist dies naturgemäß egal, und auch die EKD nimmt am unchristlichen Treiben ihres vielfach gefeierten Pfaffen keinen Anstoß – auch dann nicht, als sich die Probefrau trotz regelmäßiger Schläge durch ihren Herrn und Meister nicht bewährt und den bereits zuvor als erheblichen Gewalttäter Polizeibekannten sogar kurzzeitig aus der gemeinsamen Wohnung verweisen lässt, nachdem sie schwer misshandelt von Vertretern der deutschen Behörden gerettet werden musste. Schließlich gibt Maryam dem Werben ihres Paschas aber doch wieder nach – und wird von ihm kurz darauf, nur zwei Monate nach ihrer Einreise aus dem Iran, vor den Augen der gemeinsamen Tochter ermordet: 25 Stiche mit einem langen Messer bis zu dessen Abbrechen, ein durch mehrere wuchtige Hiebe mit einem Glasgerät eingeschlagener Schädel und eine anschließende Strangulation mit einem Schal sprechen für einen ebenso heißblütigen wie zielorientierten Täter. Zuvor war der Streit des Paares so lautstark eskaliert, dass nach der bekannten Vorgeschichte mit einem baldigen Eintreffen der Polizei zu rechnen war – und eine eigenmächtige Flucht der Frau ging wohl gar zu sehr gegen die so völlig uneuropäische „Ehre“ des bigotten Gottesmannes. Die Zeit bis zum Eintreffen der Polizei reichte ihm immerhin noch, sich ein paar kleinere Schnitte beizubringen – freilich von völlig harmloser Natur, wie die Ärzte feststellen sollten. Dennoch beorderte der für seinen neuen Vorzeigedeutschen fürsorgliche bundesdeutsche Staat Polizeibeamte ab, um den wertvollen Zuwanderer im Krankenhaus „vor einem weiteren Suizid“ zu bewahren. Für seine Frau, die noch in letzten Zügen lebte und von ihrem Gatten zum Sterben unter einem Perserteppich versteckt worden war, kam hingegen jede Hilfe zu spät.

> Ali Reza S.: »Flüchtling«, Liebling der Kirche und brutaler Verbrecher

Der Prozess begann im Juni, und die Anklage lautete, wie in solchen Fällen üblich, nur auf Totschlag – es kommen ja schließlich keine Mörder zu uns! Der Angeklagte beschrieb sich als völlig unschuldiges Opfer, allein seine Frau habe ihn zu der Tat provoziert, erklärte die Übersetzerin, denn dem vormaligen Prediger und wortreichen Bezirzer waren die süßen Worte ausgegangen. Über sich wusste er dann aber doch viel Positives zu berichten – einschließlich seines staatstragenden Engagements für die Flüchtlingshilfe. Reue zeigte er hingegen auch nach Auffassung des Gerichts keine, schwärzte aber seine unsolide „Lebensgefährtin“ an und unterstellte ihr sogar zum Missfallen des Gerichts Mordabsichten gegenüber der gemeinsamen Tochter. Die selbst beigebrachte Verletzung und ein angebliches Vergessen des Tathergangs bei dem sonst eigentlich sehr geistesgegenwärtig wirkenden Täter reichten den Richtern aber dennoch aus, um eine Strafmilderung wegen „Depression“ zu gewähren – es verblieb ein Urteil von bescheidenen formal sechseinhalb Jahren Haft.

Der Neubürger wird uns also wohl weiterhin erhalten bleiben und sich in wenigen Jahren wieder als Frauenversteher sowie als geistlich-praktischer Ratgeber für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft engagieren können.

Abschieben!

Von Bodo Bost

Wieder einmal ist die Polizei zu spät zu einem Tatort gelangt, wo sie nach einem Streit zwischen Asylsuchern einen toten Deutschen vorfand. Zwei junge Afghanen wurden unter Mordverdacht verhaftet, obwohl ein gleich darauf bereits bekanntes Obduktionsergebnis von nur einem Herzinfarkt des 22-jährigen Deutschen spricht, der angeblich nicht mit dem Streit in Zusammenhang stand. Warum dann trotzdem die beiden Afghanen verhaftet wurden, blieb unklar, wie so vieles Weitere. Bei den Verhafteten handelte es sich um einen anerkannten Asylsucher und seinen Freund, einen abgelehnten Asylsucher und Abschiebekandidaten. Da Muslime, wenn sie abgeschoben werden sollen, ein zusätzliches Aggressivitätspotenzial entwickeln, weil sie dies in Zusammenhang mit ihrer Religion bringen, werden sie auch kaum abgeschoben. In der Folge werden sie kriminell, da sie ja sowieso nichts mehr zu verlieren haben. Radikalisierte muslimische Einwanderer lehnen das Rechts-, Justiz- Schul- und Gesundheitssystem des Landes ab, das ihnen Schutz und Aufnahme vor angeblicher Verfolgung geboten hat. Am Ende bleibt nur das Sozialsystem, das sie nicht ablehnen, sondern begrüßen. Sonst wären sie wohl nicht hier. Deshalb: Konsequent abschieben!



Für manche muslimische Frau der Anfang eines Leidensweges: Eheschließung mit einem muslimischen Mann — Bild: Mauritius

Gegenwind



Ist die Gemeinsame Agrarpolitik ein Vorbild?

Von Florian Stumfall

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist das erste große gemeinsame Vorhaben des Brüsseler Konglomerats und dasjenige, das am vollständigsten von der Gemeinschaft organisiert und kontrolliert wird. Bereits zu Beginn, im Jahre 1957, stand es unter einem Unstern. Damals war die Landwirtschaft in den Gründungsländern der EWG samt und sonders in hohem Maße reguliert, und die erste Entscheidung war nicht etwa, möglichst viele überflüssige und schädliche Regeln abzuschaffen, sondern alle zusammenzufassen und auf das neue Gebilde auszudehnen.

Damit war eine ordnungspolitische Entscheidung gefallen, die derjenigen, die in Deutschland zur Sozialen Marktwirtschaft geführt hatte, grundsätzlich widersprach. Das allerdings fiel über viele Jahre nicht auf, und die damalige EWG- und heutige EU-Agrarpolitik nahm und nimmt ihren Fortgang. Zentrale Planung, Protektionismus, Subventionen und Interventionen sind seither ihre Kennzeichen. Eine solche Politik kostet viel Geld, sodass heute 40 Prozent der EU-Ausgaben für die Landwirtschaft aufgewendet werden müssen. Das ist der zweitgrößte Haushaltsposten nach dem Personaletat, selbstverständlich, an dem die Agrarpolitik auch ihren gebührenden Anteil hat.

Für die Landwirtschaft gibt die EU jährlich gegen 60 Milliarden Euro aus. Dieser Zahl entnimmt der Laie, dass die Sorge der Politiker den Bauern und der Kulturlandschaft gilt. Das stimmt aber nur sehr bedingt. In der Dekade von 2003 bis 2013 blieb die landwirtschaftliche Fläche in Deutschland gleich, die Zahl der Betriebe aber schrumpfte um ein Viertel. Seither, in den vergangenen fünf Jahren, hat sich diese Entwicklung beschleunigt fortgesetzt. An ihr ist die zunehmende Konzentration der Betriebe abzulesen. Das entspricht dem Mansholt-Plan aus den 60er Jahren, von dem man sich später zwar abgewandt hat, der aber nach wie vor durch alle nachfolgenden Pläne und Reformen seine Wirksamkeit beibehalten hat. Was der ehemalige Brüsseler Kommissar Sicco Mansholt wollte, ist eingetreten: ein großflächiges Bauernsterben.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Dem entspricht voll und ganz die Wirkweise der aktuellen EU-Agrarpolitik. Sie verteilt Direktzahlungen, die an die Größe der Flächen gekoppelt sind. Die Profiteure davon sind die Großbetriebe, die kleinen, durchwegs von Familien geführten, gehen mehr oder minder leer aus. In Deutschland geht ein Drittel aller Direktzahlungen an die rund zwei Prozent der größten Betriebe. In diesem Zusammenhang wurde sogar die Forderung nach einer früher ökologischen Gegenleistung faktisch fallen gelassen. Jedenfalls sind die damit verbundenen Anforderungen an den Schutz von Natur, Umwelt und Tieren kaum der Rede wert.

So zerstört die Agrarpolitik die natürlichen Grundlagen. Insektensterben, Nahrungsmittel mit Pestiziden und Nitrat im Grundwasser beunruhigen nicht nur den grünbewegten Untergangspropheten. Gerade das letzte Beispiel ist überaus aussagekräftig: Unmittelbar nach dem Besuch des EU-Kommissionschefs Jean-Claude Juncker beim US-Präsidenten Donald Trump beschloss die EU, ihren Import von US-Soja zu vervierfachen. Damit sollte ein Zoll gegen deutsche Autos abgewendet werden. Die Folge: Mit mehr Soja füttern Großbetriebe mehr Rinder, die gesteigert anfallende Gülle belastet das Grundwasser. Mit der einst gepriesenen familiären Landwirtschaft hat das nichts mehr zu tun.

Bauernstreben und damit verbunden ein gewaltiger Umbruch der ländlichen sozialen Struktur, verbunden mit teils skandalöser Tierhaltung und Überbelastung der Natur – das ist die langjährige Bilanz der EU-Agrarpolitik, des Sektors, dem es vor 60 Jahren zugeschrieben war, den Vorreiter einer Politik für das geeinte Europa zu bilden. Nicht eingerechnet ist dabei eine grundsätzliche Überlegung: Zehntausend Jahre lang waren es die Bauern, die wussten, wie man die Landwirtschaft sachgemäß betreibt. In dieser Epoche – und hinein bis in die Neuzeit – bildete die Landwirtschaft den Grundstock des Volkseinkommens. Sie erwirtschaftete Gewinn in unerlässlichem Umfang. Doch seitdem die Bürokraten das Kommando übernommen haben, wurde die Landwirtschaft zum Kostenfaktor. Sie richtet heute Schaden an und kostet Geld, viel Geld. Es ist aber niemand da, der die Sinnhaftigkeit dieses Wandels zu erklären vermag.

Allerdings fordert die EU-Agrarbilanz zu einer weiterführenden Überlegung heraus. Nach dem Willen der EU-Funktionäre wohnt der Agrarpolitik eine beispielgebende Pionieraufgabe inne, und die EU selbst ist nach ihrer Auffassung in ihrer inneren Beschaffenheit nicht vollendet, solange nicht auch alle anderen Wirtschaftszweige nach dem Exempel der Agrarpolitik verfasst sind. Es ist daher der Überlegung wert, was wäre, wenn, um den größten Brocken zu nehmen, die gesamte produzierende Wirtschaft dem Agrarbeispiel folgte.

Kein Zweifel: Mit Interventionen, Subventionen, zentraler Planung und Protektionismus, wäre schlagartig vernichtet, was sich an marktwirtschaftlichen Elementen bis heute erhalten hat. Denn alle diese marktfeindlichen Werkzeuge werden längst eingesetzt, und die Parallelität zur Landwirtschaft lässt sich ergänzen.

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Hier wie dort geht es gegen die Kleinen. Wenn man feststellen muss, dass es offenkundiges Ziel der EU ist, die bäuerlichen Familienbetriebe auszulöschen, kann man ein ähnliches Bemühen dem handwerklichen Mittelstand gegenüber konstatieren. Eine überkomplizierte Steuergesetzgebung bedrükkt kleine Firmen ebenso wie die Pflicht zur Dokumentation auch der marginalsten Vorgänge. Kleinbetriebe werden durch Auflagen in Sachen Sicherheit oder Hygiene oder soziale Vorgaben über Gebühr belastet, viele müssen allein auf Grund derartiger Verordnungen aufgeben.

Weil man aber die Kleinen am leichtesten ruiniert, wenn man die Großen noch größer macht, legt sich die Politik immer schamloser in Mittel, wenn es darum geht, das Wettbewerbsrecht auszuhebeln. Das gilt national wie international. Als es um eine Fusion der beiden großen Lebensmittelketten Tengelmann und Edeka ging, trat einer der seltenen Fälle ein, dass die Kartellbehörde Einspruch erhob. Umsonst. Denn der damalige SPD-Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel gab eine Ministererlaubnis zu dem Vorhaben. Oder das jüngste Beispiel auf internationalem Parkett: Bayer und Monsanto. Das Wettbewerbsrecht hat ausgedient.

„Konkurrenz ist Sünde“, sagte einst John D. Rockefeller, der erste. Diese Aussage gehört zum Glaubensbekenntnis des Kapitalismus, der alles ist, aber keine marktwirtschaftliche Ordnung. Diese nämlich steht und fällt mit dem Wettbewerb, der zunehmend und auf breiter Front zurückgedrängt wird.

Die marktfeindliche Ordnung des Sozialismus ist gescheitert, die ebenso marktfeindliche Ordnung des Kapitalismus scheint zur großen Übernahme anzusetzen. Da man aber einen inneren Zusammenhang zwischen politischen und ökonomischen System annehmen muss, ist abzusehen, dass die Entwicklung in der EU hin zu großen und größten wirtschaftlichen Einheiten und dem Zurückdrängen der Konkurrenz auch eine politische Entwicklung darstellt, die zur Zentralisierung und Monopolisierung führt. Eine freiheitliche Ordnung kann so etwas nicht sein, allen schönen Sonntagsreden zum Trotz.

Pavillon der Moderne

Die Neue Nationalgalerie in Berlin wird 50 – Der gläserne Bauhausstil trifft nicht jedermanns Geschmack

Am 15. September feiert die Neue Nationalgalerie am Berliner Kulturforum ihr 50. Jubiläum. Der vom früheren Direktor des Dessauer Bauhauses, Ludwig Mies van der Rohe, entworfene gläserne Riesenpavillon stellt Kunst der Klassischen Moderne aus, ist aber wegen Sanierungsarbeiten seit fast vier Jahren geschlossen

An der Neuen Nationalgalerie scheiden sich die Geister. Anhänger des modernen Architekturstils sehen darin einen kühnen Entwurf der gläsernen Offenheit, Kritiker bemängeln den gesichts- und seelenlosen Zustand des rundum verglasten Gebäudes mit seinem schlichten Flachdach einer Tankstelle.

Und doch ist das einem Pavillon ähnelnde Museum ein Architektur-Star: Man spricht eher über das Haus, als über die Kunst, die es beherbergt, es sei denn, es finden solche aufsehenerregenden Ausstellungen statt wie etwa die hochkarätige Schau mit modernen Werken aus dem New Yorker Museum of Modern Art, die 2004 unter dem Titel „Das MoMA in Berlin“ sämtliche Besucherrekorde einstellte.

Der sachliche und rein funktionale Bauhausstil ist bei der Nationalgalerie nicht zu übersehen. Schließlich war es das letzte eigenständige Werk des Bauhaus-Architekten Ludwig Mies van der Rohe (1886–1969). Mit der gläsernen oberen Halle des Museums vollendete er seine langjährige Beschäftigung mit dem fließenden, offenen Raum. Kurz nach der Einweihung des Baus verstarb der Architekt. So gilt die Neue Nationalgalerie mit ihrem Stahldach und in ihrer reduzierten Formensprache nicht nur als Ikone der Moderne, sondern zugleich als Vermächtnis eines visionären Baumeisters des 20. Jahrhunderts.

Das Museum an der Potsdamer Straße wurde als Standort für die Sammlung der Nationalgalerie im damaligen West-Berlin errichtet und ist heute Hauptort ihrer Bestände der Klassischen Moderne und internationalen Nachkriegsmoderne. Am 15. September 1968 wurde das Gebäude mit einer heute legendären Piet-Mondrian-Ausstellung und einer großen Sammlungspräsentation im Untergeschoss eröffnet. Seit 2015 ist die Neue Nationalgalerie wegen der Grundinstandsetzung geschlossen. Zeitgleich zum Jubiläum finden die Rohbaumaßnahmen ihren Abschluss, und die letzte Sanierungsphase beginnt. Wenn die Galerie wie geplant im Jahr 2020 wiedereröffnet wird, werden über 100 Millionen Euro in die Sanierung geflossen sein.

Besichtigen kann man das Gebäude schon an diesem Wochenende. Am 15. September von 14 bis 18 Uhr sowie am 16. September von 10 bis 18 Uhr laden die Staatlichen Museen zu Berlin und das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) anlässlich des Jubiläums zu öffentlichen Baustellenführungen in die Neue Nationalgalerie ein. Allerdings ist dafür eine Anmeldung über das Internet erforderlich (www.smb.museum/veranstaltungen/detail/106052.html). Treffpunkt ist das Zugangstor an der Potsdamer Straße. Freunde der Plakatkunst kommen außerdem durch eine Freiluftausstellung auf ihre Kosten, denn der Bauzaun ist mit Sonderausstellungsplakaten der vergangenen 50 Jahre bestückt.

Mit einer eigenen Veranstaltung beteiligt sich die Stiftung St. Matthäus am Jubiläum. Am Sonntag, 16. September, findet um 18 Uhr ein sogenannter hORA-Gottesdienst für Mies van der Rohe statt. In einem Kanzeldialog werden Pastor Johann Hinrich Claussen, Kulturbeauftragter der Evangelische Kirche in Deutschland, und der Architekt und Mies-Experte Fritz Neumeyer über die „Insel der Ordnung in der Stadtlandschaft“ sprechen. Ab 20 Uhr wird in der St.-Matthäus-Kirche der Film „Die Neue Nationalgalerie“ von Ina Weisse gezeigt. An allen Tagen kann die Neue Nationalgalerie im Rahmen der Baustellenführungen vom St.-Matthäus-Kirchturm von oben besichtigt werden. Der Eintritt ist frei.

Anlässlich des Jubiläums erscheint am 15. September auch eine 350-seitige Publikation zur Ausstellungsgeschichte der Neuen Nationalgalerie mit rund 500 weitgehend unbekannten Fotografien. Vorgestellt werden Projekte weltbekannter Künstler wie Yves Klein, Pablo Picasso, Francis Bacon, Andy Warhol, Jeff Koons, Jenny Holzer und Gerhard Richter. Daneben erzählen auch große Themenausstellungen wie „Kunst in der DDR“ oder „Das MoMA in Berlin“ die Geschichte des Hauses. Persönliche Erinnerungen von Museumsdirektor Udo Kittelmann oder den Künstlern Katharina Grosse und Rem Koolhaas ergänzen den Rückblick auf das Haus. Die Publikation mit 336 Seiten kostet 40 Euro.

Die „Neue Galerie“ im Hamburger Bahnhof fungiert zwischenzeitlich als Dependance für die Neue Nationalgalerie während ihrer Sanierung. In wechselnden Präsentationen werden Ausschnitte zur Kunst des frühen 20. Jahrhunderts aus der Sammlung der Nationalgalerie vorgestellt. Ganz bewusst und vor dem Hintergrund der Planungen für einen Neubau am Kulturforum dient die „Neue Galerie“ der Erprobung neuartiger Sichtweisen auf die „klassisch“ gewordene Moderne. Am 12. Oktober eröffnet dort die Sonderausstellung „Maler. Mentor. Magier. Otto Mueller und sein Netzwerk in Breslau“ über den Brücke-Künstler und Expressionisten. *H. Tews*



Im Geist der 60er Jahre: Die Neue Nationalgalerie, Ansicht Potsdamer Straße von 1968 Bild: Staatliche Museen zu Berlin, Nationalgalerie/Reinhard Friedrich

MELDUNGEN

Schumannhaus wird Museum

Düsseldorf – Das Schumannhaus in der Bilker Straße, in dem der Komponist Robert Schumann dreieinhalb Jahre lebte, wird für 3,2 Millionen Euro zu einem Museum ausgebaut. Die Eröffnung des Hauses unter der Leitung des Heinrich-Heine-Instituts soll im Jahr 2020 erfolgen. In Schumanns Düsseldorfer Zeit entstand ein Drittel seiner Werke, darunter die 3. Sinfonie („Rheinische“). Nach einem Suizidversuch im Rhein wurde er in eine Nervenheilanstalt bei Bonn eingeliefert. *tws*



Immendorf von Anfang bis Ende

München – Das Haus der Kunst widmet sich mit „Jörg Immendorff: Für alle Lieben in der Welt“ vom 14. September bis 27. Januar 2019 dem Werk des 2007 verstorbenen Meisters der Aktionskunst. Die 200 Werke und Skulpturen Immendorffs schlagen einen Bogen von den Anfängen des Künstlers über die gesellschaftskritische Werkphase in den 60ern bis hin zur letzten Schaffensperiode. Info: www.hausderkunst.de *tws*

»Ottonen«-Bilder in Hamburg

Hamburg – Vom 14. September an stellt das Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe das bildnerische Werk des Komikers Otto Waalkes aus. Das Multitalent, das am 22. Juli seinen 70. Geburtstag feierte (die *PAZ* berichtete), ist studierter Maler. Bekannt sind seine „Ottifanten“. Die Ausstellung zeigt über 200 Exponate, darunter originale Gemälde, Zeichnungen und Cartoons. Internet: www.mkg-hamburg.de *tws*

Bayerns Eldorado

Nürnberg zeigt, wie man nach Gold geschürft und es bearbeitet hat

Nürnbergs Kaiserburg beherbergt einen enormen Schatz: einen riesigen Goldbarren, der sogar begehbar ist. Für die Ausstellung „Bayerns Gold“ sind dort noch bis zum 14. Oktober 80 Exponate aus Bayerns goldener Vergangenheit zu besichtigen.

Die Schau nimmt die Gewinnung und Verwendung von Gold in den Blick. Im Norden war Goldkronach Zentrum des Goldbergbaus. Im Süden siebten Goldwäscher mühsam Partikel des Edelmetalls aus dem Flusssand von Isar, Inn und Donau, die sie gegen Entgelt bei der Obrigkeit abliefern mussten. An diese Form der Gewinnung erinnern die Flussgolddukaten, die Kurfürst Maximilian III. Joseph 1756 prägen ließ.

Ein zentrales Thema ist Nürnbergs Verhältnis zum Gold. Kaiser Sigismund erteilte dem Rat der Reichsstadt das Privileg, eigene Goldgulden zu prägen. Und so kamen ab 1429 zwei Sorten in Umlauf. Die einen weisen die Darstellung des heiligen Sebaldus, die anderen die des heiligen Laurentius auf. Dass die Frankenmetropole ein bedeutendes Zentrum der Goldschmiedekunst war, veranschaulicht ein zum prächtigen Reliquiar umfunktionierter Deckelpokal (15. Jh.).

Herrscher nutzten Gold zur Demonstration von Würde und Macht. Das veranschaulicht der für den Krönungswagen Max I. Joseph 1813 angefertigte Aufsatz mit den Insignien des Königreichs Bayern: Krone, Zepter und Schwert. Sie bestehen aus vergoldetem Messing und Kupfer. Überhaupt sind Gegenstände nur selten aus purem Gold hergestellt. Zumeist erwecken preisgünstigere Materialien durch Feuervergoldung oder Überzug mit Blattgold den Eindruck von Pracht.



Bild: Staatliche Münzsammlung, München/Nicolai Kästner

Isargolddukaten von 1760

Die Nürnberger Ausstellung im Rittersaal hat zwei Korrespondenzorte. In Schwabach kann man einem Blattgoldschläger bei der Arbeit zuschauen und im Fabrikmuseum von Roth erleben, wie Gold gesponnen wird. In der außen mit Blattgold verkleideten Werkstatt des Stadtmuseums Schwabach demonstriert ein Goldschläger sein Handwerk. Tausende Schläge mit bis zu 12,5 Kilogramm schweren Hämmern sind nötig, um in mehreren Stunden das Gold auf hauchdünne 1/14 000 Millimeter Stärke auszutreiben. Mit fünf Betrieben ist Schwabach Europas Zentrum der Blattgoldherstellung.

Auch in der Textilkunst ist Gold gefragt. In Lyon ersannen Handwerker eine preisgünstige Herstellungstechnik für das dazu benötigte Goldgespinst: Dünner Kupferdraht wird versilbert und dann vergoldet. Die daraus erzeugten Produkte wie Bänder, Borten und Fransen heißen „Leonische Waren“. Das technische Wissen gelangte im 16. Jahrhundert nach Franken, und Roth stieg zu Deutschlands führendem Produktionsort für leonische Waren auf. Wie die entstehen, kann man im Fabrikmuseum an laufenden Maschinen bestaunen. *Veit-Mario Thiede*

Kaiserburg Nürnberg, bis 14. Oktober, geöffnet täglich 9 bis 18 Uhr, ab 4. Oktober täglich 10 bis 16 Uhr. Internet: www.kaiserburg-nuernberg.de. Stadtmuseum Schwabach, geöffnet Mittwoch bis Sonntag 10 bis 18 Uhr. Goldschlägervorführung nach Vereinbarung unter Telefon (09122) 860241. Fabrikmuseum Roth, geöffnet sonntags 13.30 bis 16.30 Uhr. Voranmeldung für Gruppen unter Telefon (09171) 60564.

Auf den Zahn gefühlt

Was Mumien verbergen – Mannheim schaut unter die Oberfläche

Der verheerende Großbrand, der vor einer Woche das Nationalmuseum von Rio de Janeiro komplett zerstörte, hat auch altägyptische Mumien eingeäschert. Archäologen können nur froh darüber sein, dass viele Mumien aus der Inkakultur weltweit in solchen Museen aufbewahrt werden, die hoffentlich feuerfest sind.

So zählt zu den Sammlungsbeständen der Mannheimer Reiss-Engelhorn-Museen eine weibliche Mumie in Rückenlage mit gekreuzten Unterschenkeln. Sie stammt aus Peru und ist über 500 Jahre alt. Ihre Hände sind fest zu Fäusten geschlossen und ruhen auf dem Oberkörper. Die Mumie ist eine der Vorzeigeobjekte der neuen Sonderausstellung „Mumien – Geheimnisse des Lebens“. Vom 16. September bis 31. März 2019 präsentiert das Museum Zeughaus mehr als 50 Menschund Tiermumien aus verschiedenen Naturräumen und Kulturen.

Gut zehn Jahre nach der ersten großen Mumien-Schau in Mannheim erzählt man dort anhand neuer Forschungsergebnisse die Geschichte des Mädchens aus Peru. Inszenierte Laborbereiche sowie eine Virtual-Reality-Station bieten dabei interessante Einblicke in die Methodenwelt moderner Mumienforschung.

Dank computertomografischer Aufnahmen erhielten die Wissenschaftler einen zerstörungsfreien Einblick in die Hände der Mumie und entlockten ihnen eine einzigartige Geschichte. Ohne die zu Fäusten geballten Hände gewaltsam öffnen zu müssen, entdeckte man darin zwei kleine Gegenstände, die man als Kinderzähne identifizierte.

Die Mannheimer Ausstellung zeigt auch die weltweit erste geröntgte menschliche Mumie. Es handelt sich um eine altägyptische Kindermumie aus dem Sammlungsbestand des Senckenberg Naturmuseums in Frankfurt am Main. Nur wenige Monate nach Wilhelm Conrad Röntgens

Computer entdeckt Zähne in der Faust

revolutionärer Entdeckung der nach ihm benannten Strahlen machte ein Frankfurter Forscherteam im Jahr 1896 die ersten zerstörungsfreien Aufnahmen von der bandagierten Mumie. Neben der Kindermumie sind in Mannheim auch die originale Röntgenaufnahme sowie historische Geräte aus den Anfangszeiten der Röntgentechnik zu sehen.

Seitdem hat die Forschung große Fortschritte gemacht. Gut 120 Jahre nach der ersten Untersuchung entlockten Wissenschaftler der Mumie mit modernen Analysemethoden detailreiche Erkenntnisse. „Heute wissen wir, dass es sich bei der Kindermumie um einen Jungen handelt, der ungefähr im Alter von vier bis fünf Jahren zu Tode kam. Die Mumie wurde auf den Zeitraum 378 bis 235 vor Christus datiert. Der mumifizierte Körper weist Anomalien wie beispielsweise eine Trichterbrust auf. Diese Informationen stammen unter anderem aus einer CT-Untersuchung, die präzise Bilder von den menschlichen Überresten innerhalb der textilen Umhüllung lieferte“, fasst Wilfried Rosendahl, Direktor an den Reiss-Engelhorn-Museen, den aktuellen Stand zusammen.

In der Ausstellung erlebt man als Besucher Mumienforschung hautnah mit. In inszenierten Laborbereichen lernt man einzelne Forschungsmethoden kennen. Neben Röntgenanalytik und Computertomografie werden auch 3-D-Oberflächenscanning, Paläopathologie, physische Anthropologie sowie Traumatologie vorgestellt, die zusammen faszinierende Einblicke in das Innere einer Mumie gewähren. So wird für alle Zeiten deren Geheimnis enthüllt, bevor sie als mögliches Brandopfer in der Urne landen. *H. Tews*

Geöffnet Dienstag bis Sonntag von 11 bis 18 Uhr, Eintritt: 13,50 Euro. Begleitend zur Ausstellung findet vom 11. bis 12. Oktober das Symposium „Unsterblichkeit – Traum oder Trauma?“ statt. Internet: www.rem-mannheim.de

Weder Krieg noch Verzicht

Die Berliner Luftbrücke erreichte vor 70 Jahren mit 897 Flügen pro Tag ihren Höhepunkt

Nach dem Beginn der sowjetischen Berlin-Blockade standen die Westalliierten vor der Wahl. Sie konnten versuchen, auf dem Landwege von Westdeutschland aus nach West-Berlin militärisch durchzubrechen, was wohl Krieg bedeutet hätte. Sie konnten dem Druck nachgeben und auf ihren Teil von Berlin zugunsten der UdSSR verzichten. Und sie konnten eine Luftbrücke zur Versorgung ihrer Sektoren errichten. Sie wählten letztgenannte Möglichkeit.

Es begann etappenweise und schien anfangs nicht erkennbar zu sein. Im Mai 1948 erließ die Sowjetische Militäradministration einen Befehl, jeden Verkehr auf den Straßen und Wasserwegen nach West-Berlin zu überwachen. Als Grund wurde der Schwarzhandel angegeben, den es damals in Deutschland überall gab. Bald erschien die Briefmarken-Lokalausgabe von Gesamt-Berlin mit dem Aufdruck „Sowjetische Besatzungs-Zone“, dessen Bedeutung wohl kaum jemand abschätzte. Am 24. Juni begann dann offiziell die Blockade der Westsektoren Berlins, welche die dort lebenden Menschen von allen Lebensadern abschnürte.

Da einerseits die US-Regierung einen Krieg unbedingt vermeiden wollte und andererseits die Westalliierten auf ihre Sektoren der Reichshauptstadt nicht zugunsten der UdSSR verzichten wollten, blieb nur eine Versorgung dieser Sektoren aus der Luft. Dazu wurden die Flughäfen Tempelhof im US-amerikanischen, Gatow im britischen und später auch Tegel im französischen Sektor genutzt. Zwei Tage nach dem Beginn der Berlin-Blockade wurden die ersten westalliierten Flugzeuge zur Versorgung der Westsektoren mit Lebensmitteln und Kohle eingesetzt, und bis zum 18. September 1948 stieg die Anzahl der Versorgungsflüge nach West-Berlin auf 897 pro Tag.

Dass Moskau die Westsektoren wirklich verhungern lassen wollte, ist umstritten. Josef Stalin jedenfalls sah West-Berlin als Faustpfand, um die Gefahr eines entstehenden eigenen westdeutschen Staates unter westlichem Einfluss und damit den Verlust an Einfluss auf das Ruhrgebiet zu verhindern. Sein Fehler war es, fest an einen Misserfolg der Luftbrücke zu glauben. Sein Ziel war es, dass die Deutschen in ihrer Enttäuschung über die US-Amerikaner zu den Kommunisten überlaufen und es zu einem kommunistischen Gesamt-Deutschland kommt als Vorstufe eines von ihm beherrschten Europa. Getreu dem Stalins Vorgänger Lenin nachgesagten Zitat: „Wer Berlin hat, hat Deutschland. Und wer Deutschland hat, hat Europa.“

Verständlicherweise hatten viele der gut zwei Millionen im Westteil Berlins eingeschlossenen Deutschen anfangs Sorge um das Durchhalten der West-Alliierten, insbesondere in den Wintermonaten. Sie erinnerten sich der Untaten sowjetischer Soldaten 1945 und wurden Zeugen der Entwicklung der SED-Diktatur in der Ostzone. Oft wird vergessen, dass sich die dortigen Landsleute unter dem Druck der Verhältnisse mit den „Insulanern“ solidarisierten. Das soll ein gewichtiges Motiv gewesen sein für die berühmte Rede des West-Berliner Oberbürgermeisters Ernst Reuter vom 9. September 1948 mit dem Aufruf: „Völker der Welt ...! Schaut auf diese Stadt und erkennt, dass ihr diese Stadt und dieses Volk nicht preisgeben dürft und nicht preisgeben könnt!“ Zu Recht erklärte er West-Berlin zum „Vorposten der Freiheit“.



Von Berlinern interessiert verfolgt: Landung eines „Rosinenbombers“ auf dem Flughafen Tempelhof 1948 Bild: Imago

70 westalliierte Soldaten ließen während der Berlin-Blockade ihr Leben für die „Insulaner“ beziehungsweise die Vormacht ihrer Heimatstaaten in West-Berlin. Die Menschen in den Westsektoren bewunderten das logistische Meisterwerk der westlichen Alliierten. Daraus wurde ein echtes Gefühl der Dankbarkeit, dass diese sie nicht den Sowjets überließen. Sie wurden zur Schutzmacht, oft zu Freunden. Der Durchhalte-Mut der West-Berliner mit ihrer Ration von nur 12,5 Kilogramm Kohle für die gesamte Winterzeit und die berühmten Trümmerfrauen nötigten wiederum den westlichen Alliierten Respekt und Achtung ab. Unvergessen ist der US-Flieger Gail Halvorsen mit seiner Idee, Süßigkeiten an Taschentücher zu binden und sie als kleine Fallschirme für die Kinder beim Landeanflug abzuwerfen. Die SED-Propaganda erinnerte daran, dass nur drei Jahre zuvor US-Flugzeuge Berlin bombardiert hatten, und warnten: „Heute werfen sie Rosinen ab und morgen Atombomben.“

In den USA wurde die Bedeutung West-Berlins schnell erkannt. Symptomatisch schrieb die „New York Times“, der Streit um Berlin ginge nicht nur um den Status der deutschen Nation, sondern um „die gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunft der gesamten Welt“. Meinungsumfragen in den Vereinigten Staaten ergaben, dass bis zu 90 Prozent der Bevölkerung die Luftbrücke unterstützten. 22 Prozent wollten sogar eher einen Krieg, als von Moskau unter Druck gesetzt zu werden. Mit berechtigtem Stolz berichteten die westlichen Zeitungen fast täglich über den steigenden Umfang der eingeflogenen Fracht. Durchschnittlich waren es täglich 8000 Tonnen. Auf dem Rückflug vom Westen Berlins zum Westen Deutschlands transportierten die „Rosinenbomber“ in West-Berlin entstandene Fertigprodukte der dort allmählich aufblühenden Wirtschaft, Entwürfe besonders modischer Kleidung wie auch manchen in der Ruinen-Stadt gedrehten Film. Bis zum Ende der Blockade im Herbst 1949 verzeichneten die Westalliierten insgesamt 277 569 Flüge in die Stadt.

Stalin musste schließlich erkennen, dass die Westalliierten willens und durchaus in der Lage waren, ihre Luftbrücke für längere Zeit aufrechtzuerhalten. Er hatte den Westen und auch die Deutschen unterschätzt, und mit der üblichen Phraseologie vom „Frieden“ hob er die Blockade auf. Am 11. Mai 1949 wurden die Westsektoren wieder mit Strom versorgt und am darauffolgenden Tag wurde die Blockade der Verkehrswege zu Land und Wasser aufgehoben.

Den Sieg über die sowjetische Berlin-Blockade sahen die West-Berliner primär durch eine nationale Brille und angesichts ihres Durchhaltens ihre Stadt als legitime Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschlands. Die Vereinigten Staaten erkannten, wie wichtig der Luftbrücken-Mythos für die Moral der Eingeschlossenen und damit für ihre Strategie war, West-Berlin zu halten, um den Kommunismus und die Sowjetunion einzudämmen. Wie die beiden anderen Westmächte hatten die USA primär ihre Territorialrechte im westlichen Stadtteil und den freien Zugang zu ihren Sektoren im Fokus. Sie intervenierten weder beim Volksaufstand 1953 noch gegen den Bau der Mauer 1961, weil beide Ereignisse nur Deutsche betrafen und keine eigenen Interessen tangierten. Die Deutschen im Westen sahen die Luftbrücke – anders als ihre Landsleute in West-Berlin – lediglich als „einen überfälligen humanitären Akt“ für die dortigen Menschen. Nach ihrer Ansicht war Berlin zum Spielball der Außenpolitik aller vier Siegermächte geworden und alle vier für die Teilung der Stadt und somit auch für die Beseitigung der jetzigen Situation verantwortlich. An die betroffenen Landsleute dachte man weniger. Es ist beschämend, aber eine erwiesene Tatsache, dass mancher westdeutsche Politiker sich sehr zurückhielt, als es um Unterstützung für die eingeschlossenen Deutschen in Berlin ging. Nicht zu übersehen ist andererseits, dass Westdeutschland damals monatlich 50 Millionen D-Mark für West-Berlin ausgab. Dennoch: Hätten nicht der Militärgouverneur der US-amerikanischen Besatzungszone in Deutschland, Lucius D. Clay, und sein britischer Kollege, Brian Hubert Robertson, Druck ausgeübt, hätte mancher Westdeutsche West-Berlin aufgegeben.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Verzweifelt an Gott und dem System

Die Selbstverbrennung des Pfarrers Rolf Günther rief die Stasi auf den Plan

Die Tat, die vor 40 Jahren den Ort Falkenstein im Vogtland erschütterte, ist bis heute dort nicht vergessen. Am 17. September 1978 verbrannte sich Pfarrer Rolf Günther vor den Augen der Gottesdienstbesucher.

Wenn Pfarrer Günther predigte, war die Kirche bis auf den letzten Platz besetzt. Die Gemeinde mochte ihn und seine unkonventionelle Art, den Gottesdienst zu feiern. An diesem Sonntag im Herbst saßen rund 300 Menschen im Kirchenraum. Nach dem Lied „Wir glauben all an einen Gott“ hatte Günther die Mädchen und Jungen zum Kindergottesdienst ins Gemeindehaus geschickt. Die Erwachsenen waren nun unter sich. Der Pfarrer verschwand kurz in der Sakristei und kam mit zwei großen Milchkannen zurück. Die Gemeinde schmunzelte. Was hatte er sich nun wieder ausgedacht? Die Bibelfesten unter ihnen glaubten, er werde auf das 2. Buch Mose zu sprechen kommen, in dem von Kanaan die Rede ist, dem Land, in dem Milch und Honig fließen, und auf die schlechte Versorgungslage in der DDR anspielen. Das war dem streitbaren Pfarrer zuzutrauen.

Was dann geschah, war unfassbar. Günther entrollte ein Plakat mit der Aufschrift „Wacht endlich auf“. Ein beißender Geruch breitete sich aus. Der Pfarrer hatte seinen Talar in der Sakristei mit Benzin getränkt. Dann schüttete er die Milchkannen vor sich aus. Benzin! Günther hielt die Ärmel seines Talars in die Kerzen auf dem Altartisch und stand im Nu in hellen Flammen. Das Feuer ergriff den Altar und den Altarraum. Schreiend lief die Gemeinde nach draußen. Wie durch ein Wunder wurde niemand verletzt. Pfarrer Günther war nicht mehr zu helfen. Feuerwehrleute bargen seinen Leichnam.

Ein Motiv war schnell gefunden. Der 41-jährige alleinstehende Günther fühlte sich von Kollegen und Vorgesetzten gemobbt. Immer wieder gab es Streit um kirchliche Fragen. Günther sollte die Gemeinde nach zehnjähriger Tätigkeit verlassen, was er als Strafversetzung empfand. Günther, ein frustrierter, labiler Mensch, hatte also aus Rache Selbstmord begangen. Ein politischer Hintergrund erschien ausgeschlossen.

Es war das zweite Mal, dass sich ein Pastor in der DDR öffentlich verbrannte.

Erst zwei Jahre zuvor hatte sich der Pfarrer Oskar Brüsewitz vor der Kirche St. Michaelis im sachsen-anhaltischen Zeitz angezündet. Beide Fälle weisen Parallelen auf. Wie Günther war Brüsewitz bei seiner Gemeinde sehr beliebt und füllte das Gotteshaus, galt aber der Landeskirche als Störfaktor. Seine Aktionen und Installationen waren dort gefürchtet. Er verhöhnte die SED-Parole „Ohne Gott und Sonnenschein fahren wir die Ernte ein“ mit einem Plakat, auf dem stand „Ohne Regen, ohne Gott geht die ganze Welt bankrott“. Ein großes Kreuz aus Glühlampen an seiner Kirche leuchtete provozierend. Die Landeskirche legte ihm die Versetzung auf eine andere Pfarrstelle oder eine Übersiedelung in den Westen nahe.

Am 18. August 1976 entrollte er vor der Michaeliskirche in Zeitz zwei Plakate mit fast gleichlautendem Text: „Funkspruch an alle – Funkspruch an alle – Wir klagen den Kommunismus an wegen Unterdrückung der Kirchen in Schulen an Kindern und Jugendlichen“ und „Funkspruch an alle – Funkspruch an alle – Die Kirche in der DDR klagt den Kommunismus an! Wegen Unterdrückung der Kirchen in Schulen an Kindern und Jugendlichen“. Dann übergoss er sich mit Benzin und zündete sich an. Stasi-Mitarbeiter, die Brüsewitz längst observierten, rissen die Plakate ab und ließen den Schwerverletzten in die Klinik bringen, wo er vier Tage später starb.

Da sich der Vorfall nicht verheimlichen ließ und westdeutsche Medien darüber berichteten, stellte die SED den Pfarrer als psychisch Kranken, als Verrückten dar. Doch die intellektuelle Opposition in der DDR mit dem Liedermacher Wolf Biermann versammelte sich geschlossen hinter Brüsewitz. Das „Fanal von Zeitz“ gilt als Geburtsstunde der Bürgerrechtsbewegung, die letztlich zum Ende der DDR führte.

Auch wenn politische Gründe bei Günther keine erkennbare Rolle spielten, äußerst unangenehm war das „schmerzliche“ Geschehen von Falkenstein für die sächsische Landeskirche dennoch, wie alles, was die Situation der Kirchen in der DDR noch erschwerte und zu weiteren Repressalien führen konnte.

Die Christen waren der Stachel im Fleisch der Kommunisten. Sie erwiesen sich als immun gegen die Verheißungen eines sozialistischen Paradieses. Die kirchlichen Institutionen waren der SED von Anfang an verhasst. Sie betrachtete das Christentum als den „stärksten legalen Stützpunkt des Imperialismus in den sozialistischen Ländern“, wie der Minister für Staatssicherheit, Ernst Wollweber, es 1957 ausdrückte.

Für die DDR-Oberen war die Selbstverbrennung Günthers ein gefundenes Fressen. Ein Mensch, der in der christlichen Gemeinschaft so gepeinigt wurde, dass er sich auf so grausame Art das Leben nahm, enttarnte die Bigotterie der Kirchenleute. Bisher war es der Stasi nur vereinzelt gelungen, Inoffizielle Mitarbeiter in Kirchenvorstände und Pfarreien einzuschleusen. Der Fall Falkenstein wurde Anlass für einen Großangriff, mit dem die Staatssicherheit die Landeskirchen, besonders die in Sachsen, unterwanderte und das Vertrauen der Mitarbeiter untereinander erschütterte.

Schuldzuweisungen gab es genug. Die Kirchengemeinde in Falkenstein warf der Landeskirche vor, die Probleme um Günther gekannt und nicht schlichtend eingegriffen zu haben. Die wertete den Fall als „Verkettung unglücklicher Umstände“. In einer Pressemitteilung der Gemeinde hieß es zum 30. Jahrestag der Selbstverbrennung: „Wir erklären, dass in unserer Kirchgemeinde niemand Pfarrer Rolf Günther für seine Tat verurteilt ... Die Tat Pfarrer Günthers war nicht die Tat eines Helden oder Märtyrers, sondern ein unverantwortlicher Selbstmord, der rund dreihundert Gottesdienstbesucher gefährdete. Aus diesem Grunde ist eine Gedenkveranstaltung nicht angebracht. In zeitlicher Nähe zum Tag der Selbstverbrennung erinnert die Gemeinde von Zeit zu Zeit im Gottesdienst an das damalige Geschehen und die von Gott geschenkte Bewahrung.“

Klaus J. Groth

Seine Friedenspläne kosteten ihn das Leben

Vor 70 Jahren ermordeten jüdische Terroristen den UN-Vermittler für Palästina, Folke Bernadotte

Mit der Ermordung des UN-Vermittlers in Palästina, Folke Bernadotte, versuchten jüdische Terroristen, eine Friedensregelung zu verhindern, die den Interessen nicht nur Israels, sondern auch der Araber entsprach. Die Auswirkungen dieser Tat sind bis heute zu spüren.

Als Enkel des damaligen schwedischen und norwegischen Königs, Oskar II., standen dem am 2. Januar 1895 in Stockholm geborenen Folke Bernadotte Graf von Wisborg viele Karrierewege offen. Er entschied sich zunächst für eine Laufbahn als Kavallerieoffizier. Anschließend wirkte der Major a. D. als schwedischer Generalkommissar auf der New Yorker Weltausstellung und Direktor der Pfadfinder-Organisation Sveriges Scoutförbund. Am 1. September 1943 wurde Bernadotte zudem Vizepräsident des Schwedischen Roten Kreuzes (Svenska Röda Korset, SRK). In dieser Eigenschaft kümmerte er sich zunächst um den Austausch von Kriegsgefangenen und reiste dann trotz des alliierten Bombenterrors im Frühjahr 1945 nach Deutschland. Dort führte er persönliche Verhandlungen mit dem Reichsführer SS, Heinrich Himmler. Diese führten zur Freilassung von insgesamt 21000 KZ-Insassen, die in weißen Bussen mit Rotkreuz-Emblem nach Schweden gebracht wurden – 8000 der Geretteten waren skandinavischer Herkunft, der Rest kam aus anderen europäischen Ländern, wobei etwa 5000 der Häftlinge Juden gewesen sein sollen.

Nach Kriegsende übernahm der Graf die Leitung der Hilfsmissionen des Schwedischen Roten Kreuzes in Deutschland, Österreich und einigen osteuropäischen Staaten und avancierte schließlich verdientermaßen zum Präsidenten des SRK sowie zum Vorsitzenden der Ständigen Kommission der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung. Aufgrund seiner inzwischen weltweiten Reputation wurde Bernadotte am 20. Mai 1948 zum ersten Vermittler der Vereinten Nationen gewählt und nach Palästina entsandt. Dort sollte er in Umsetzung der UN-Resolution 186 vom 14. Mai für die Sicherheit der Zivilbevölkerung sowie der heiligen Stätten sorgen und eine Friedenslösung herbeiführen. Die Notwendigkeit dieses Einsatzes ergab sich aus dem Ausbruch eines Bürgerkrieges nach der Bekanntgabe des UN-Teilungsplanes für Palästina vom 29. November 1947 sowie dem Beginn des ersten arabisch-israelischen Krieges infolge der israelischen Unabhängigkeitserklärung vom 14. Mai 1948.

Zur Beendigung des Konfliktes, in dessen Verlauf rund 750000 palästinensische Araber flüchteten oder vertrieben wurden, während etwa ebenso viele Juden die umliegenden arabischen Staaten verlassen mussten und nach Israel strömten, legte Bernadotte am 28. Juni und 16. September 1948 zwei Vermittlungsvorschläge vor, die im Übrigen auch die Handschrift seines Stellvertreters, des schwarzen US-Diplomaten und Ex-Geheimdienstlers Ralph Bunche, trugen. Sie beinhalteten im Wesentlichen, die Existenz des jüdischen Staates Israel auf dem Boden des einstigen britischen Mandatsgebietes Palästina als Tatsache hinzunehmen, wohingegen dessen endgültige Grenzen und der Status von Jerusalem noch von den UN festgelegt werden müsste. Darüber hinaus stehe den palästinensischen Arabern das Recht auf Rückkehr in ihre Heimat sowie auf eine angemessene Entschädigung für etwaige Eigentumsverluste zu. Dazu schrieb der Graf wörtlich in seinem Bericht an die UN-Vollversammlung: „Es wäre ein Verstoß gegen die Prinzipien der elementaren Gerechtigkeit, wenn diesen unschuldigen Opfern des Konflikts das Recht verweigert würde, in ihre Heimat zurückzukehren, während jüdische Einwanderer nach Palästina fließen und zumindest die Gefahr einer dauerhaften Ersetzung der arabischen Flüchtlinge droht, die seit Jahrhunderten im Land verwurzelt sind." Die israelischen Verhandlungspartner Bernadottes zeigten allerdings keinerlei Bereitschaft, auf diese Vorschläge einzugehen – eine Haltung, die Israel bis heute nicht geändert hat.

Obwohl die israelische Regierung also hart blieb, fürchteten radikale Zionisten, Bernadotte werde sich am Ende durchsetzen. Deshalb beschloss die jüdische Terrorgruppe Lochamei Cherut Jisrael (Lechi) seine umgehende Liquidierung. Die konkrete Entscheidung hierzu trafen Icchak Jazierniсki alias Jitzchak Schamir, Israels Premierminister 1983, 1984 und 1986 bis 1992, Nathan Yellin-Mor alias Nathan Friedman und Israel Scheib alias Israel Eldad. Geleitet wurde das Attentat von Yehoshua Cohen, Yitzhak Ben-Moshe, Avraham Steinberg und Meshulam Makover.

Er setzte sich für das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge ein



Eine gute Woche vor seiner Ermordung bei einem Besuch des israelischen Außenministers Mosche Scharet (r.) in Tel Aviv: Folke Bernadotte

Bild: National Photo Collection of Israel

Die Vierergruppe agierte am 17. September 1948 in israelischen Militäruniformen und errichtete im Jerusalemer Stadtviertel Katamon einen scheinbaren Kontrollposten, an dem die ungeschützte Wagenkolonne mit Bernadotte und dem Kommandeur des französischen Kontingents der UN-Friedensmission zur Überwachung des Waffenstillstands im Nahen Osten (UNTSO), Colonel André Serot, zum Halten gebracht wurde. Dann feuerte Cohen mit seiner vollautomatischen Handfeuerwaffe MP 40 durch ein Fenster der Chrysler-Limousine, in welcher der Graf und Serot saßen, und ermordete beide mit insgesamt 24 Schüssen, auch wenn der Fahrer des Wagens, US-Colonel Frank Begley, den Schützen unter Lebensgefahr zu entwaffnen versuchte. Danach entkamen die Attentäter, während man den UN-Vermittler eiligst in das Hadassah Mount Scopus Hospital brachte, wo er für tot erklärt wurde.

Die israelischen Behörden unternahmen keine sonderlichen Anstrengungen, um die Mörder von Bernadotte zu fassen oder wenigstens zu identifizieren. Daher konnte Cohen später zum Leibwächter und engstem Vertrauten von Ministerpräsident David Ben-Gurion aufsteigen. Seine Beteiligung an der Tat wurde erst 1977 publik, während die Mordwaffe sogar noch bis zum Februar 2018 unbeachtet in einer Asservatenkammer der israelischen Polizei schmorte. *Wolfgang Kaufmann*

Ein Gericht als Schauplatz der Politik

Im 20. Jahrhundert war das 550 Jahre alte Kammergericht auch Ort wichtiger politischer Ereignisse

Das Berliner Kammergericht ist das älteste heute noch tätige deutsche Gericht, und seine Geschichte ist faszinierend. 1468 – vor 550 Jahren – wurde es erstmals urkundlich erwähnt. Seit dem 15. Jahrhundert war es im Berliner Stadtschloss untergebracht. 1735 erhielt es mit dem Kollegienhaus – dem Altbau des heutigen Jüdischen Museums in der Lindenstraße in Kreuzberg – ein eigenes Gebäude.

Am 18. September 1913, also ziemlich genau vor 105 Jahren, ist das Gericht in einen damals neu erbauten wilhelminischen Justizpalast, seinen heutigen Standort am Kleistpark in der Elßholzstraße 30-33 in Schöneberg, umgezogen. Das 550. Jubiläum des Gerichts – das heute als Oberlandesgericht wirkt, aber seinen historischen Namen weiter tragen konnte – wurde im Juni mit einem Festakt begangen.

Das imposante Gebäude ist rund 135 Meter lang. Zur Zeit seiner Einweihung verfügte es über 540 Räume. Es hat fünf Geschosse. Der Haupteingang an der Prunkfassade ist parkseitig gelegen, nicht an der Elßholzstraße. Die Baukosten haben 4283700 Mark betragen.

Von August 1944 bis Januar 1945 tagte im Plenarsaal auch der berüchtigte Volksgerichtshof unter Roland Freisler, der dort Schauprozesse gegen die Beteiligten am Attentat vom 20. Juli 1944 auf Adolf Hitler führte und zahlreiche Todesurteile fällte. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs konnte das Kammergericht nicht am Kleistpark verbleiben. Im April 1945 waren sowjetische Truppen bis dorthin vorgedrungen. Sie richteten im Gebäude ein Lazarett ein. Auch Schweine wurden von den Russen dort gehalten. Markierungen auf dem Boden vor der Gerichtsbibliothek zeigen, wo die Koben waren.



Bild: Leh

Kammergericht: Parkseitige Prunkfassade mit Haupteingang

Wie es im neuen Buch von Michael Bienert „Das Kammergericht in Berlin. Orte – Prozesse – Ereignisse" heißt, bereitete im Juli 1945 eine Pionierbrigade aus Texas das Gebäude als Sitz des Alliierten Kontrollrates vor. Die Brigade hat bis heute eine sichtbare Erinnerung hinterlassen: Sie gestalteten den Minutenzeiger der großen Uhr über der Haupttreppe im Inneren des Gebäudes als goldfarbenes Seepferdchen – ein solches war im Wappen der Brigade.

Am 10. August 1945 übernahm der Alliierte Kontrollrat das repräsentative Gebäude. Der Kontrollratsbeschluss vom Februar 1947 über die Auflösung des Landes Preußen bedeutete auch das Ende für das Kammergericht als Teil der preußischen Gerichtsbarkeit. Im Plenarsaal konstituierte sich der Internationale Militärgerichtshof. Kurz darauf begann in Nürnberg der erste Prozess gegen NS-Kriegsverbrecher.

1948 verließ die Sowjetunion in Konfrontation mit den Westmächten den Kontrollrat. Die Sowjets hatten Sonderstrafkammern in einem vom Kammergericht genutzten Gebäude in der damaligen Neuen Friedrichstraße (heute Landgericht Littenstraße) angeordnet. Das Kammergericht in Ost-Berlin hatte dort von 1945 bis 1961 seinen Sitz. Das Kammergericht (West) arbeitete zunächst von 1949 bis 1951 am Fehrbelliner Platz. Danach hatte das für West-Berlin zuständige Kammergericht seinen Sitz im Gebäude des früheren Reichsmilitärgerichts in der Witzlebenstraße 4-5 am Lietzensee in Charlottenburg.

1970 begannen die USA, die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich die Verhandlungen über das Viermächteabkommen in dem Justizgebäude. Es ging um den Status von Berlin, den Besucherverkehr, die Sicherheit der Zugangswege nach West-Berlin und die Existenz von Behörden der Bundesrepublik im Westteil der Stadt. Das Abkommen wurde 1971 unterzeichnet und trat 1972 in Kraft. Bis zum 2. Oktober 1990 wurden von den über 500 Räumen des Gerichtsgebäudes nur 20 Räume von der Alliierten Luftsicherheitszentrale genutzt.

Nach dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes kam das Gebäude wieder an Deutschland zurück. Bienert schreibt in seinem Buch, am 27. Februar 1991 sei im Kammergericht an der Witzlebenstraße ein Schreiben der amerikanischen Streikräfte eingegangen. Es habe die vollständige Räumung und Rückgabe des Gerichtsgebäudes am Kleistpark für den folgenden Tag angekündigt. „Drei Mitarbeiter des Kammergerichts finden sich pünktlich in der Eßlholzstraße ein. Fünf Schlüsselbunde übergibt ihnen ein Repräsentant der US-Streitkräfte – für jedes Stockwerk einen. Dann dürfen die Richter das nunmehr unbewachte und menschenleere Riesengebäude betreten", so Bienert.



Bild: Leh

Drenkmann-Gedenktafel

1972 fand im Kammergericht (allerdings im Schwurgerichtssaal in Moabit) einer der ersten Prozesse gegen Linksterroristen statt. Horst Mahler, den Otto Schily verteidigte, erklärte vor Gericht: „Mit Richtern spricht man nicht, auf Richter schießt man." Am 10. November 1974 wurde Kammergerichtspräsident Günter von Drenkmann von RAF-Terroristen in seiner Privatwohnung in der Bayernallee erschossen. Das SPD-Mitglied Drenkmann hatte sich in der NS-Zeit geweigert, in eine nationalsozialistische Organisation einzutreten. Er wurde deshalb nicht in den Staatsdienst übernommen. Auch war er nie Strafrichter. Die RAF ermordete ihn als Repräsentanten der Justiz. Die Täter hatten an seiner Haustür in der Bayernallee 10 geklingelt unter dem Vorwand, einen Blumenstrauß abzugeben. Im Eingangsbereich des Gerichts am Kleistpark erinnert eine Gedenktafel an ihn.

Im Kammergericht arbeiten heute knapp 150 Richter. Hinzu kommen 370 Mitarbeiter im nichtrichterlichen Dienst. Als Oberlandesgericht ist es zweite Instanz in Zivil- und Strafsachen sowie familienrechtlichen Verfahren. Es ist erste Instanz bei Staatsschutzprozessen. Es ist auch für die Ausbildung von rund 2000 Rechtsreferendaren zuständig. Im Kammergericht tagt auch unter anderem der Berliner Verfassungsgerichtshof. *Michael Leh*

Nähere Informationen bietet Michael Bienerts Buch „Das Kammergericht in Berlin. Orte – Prozesse – Ereignisse", das dieses Jahr aus Anlass des 550. Jubiläums des Kammergerichts im Verlag für Berlin-Brandenburg erschienen ist. Die erste Auflage ist bereits vergriffen – im Oktober wird eine zweite erscheinen.

Moment der Woche



Bild: pa

Und wo ist die deutsche Fahne? Der Fototermin von Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) beim türkischen Machthaber Recep Tayyip Erdogan am 5. September in Ankara hat Irritationen ausgelöst. Üblich ist es, dass bei einem Staatsbesuch Gast und Gastgeber jeweils vor ihrer eigenen Fahne Aufstellung nehmen. Hier aber steht Maas vor der türkischen Flagge, während hinter Erdogan die Standarte des türkischen Präsidenten prangt. Angeblich gibt es da eine Absonderlichkeit im türkischen Protokoll. Danach werde die Flagge des Gastlandes nur präsentiert, wenn der Gast ranggleich mit dem Gastgeber sei, was bei Maas nicht der Fall war.

Ist Maas jetzt ein Türke?

Eine merkwürdige Sitte: Maas erschien als offizieller Vertreter Deutschlands, welchen Rang er hierzulande einnimmt, geht die Türkei eigentlich nichts an. So steht bei ähnlichen Gelegenheiten überall auf der Welt auch Schwarz-Rot-Gold hinter dem Abgesandten Berlins, unabhängig von seiner protokollarischen Stellung. *H.H.*

Wenn der Staat den »Nazi« macht

Die rechtsextreme Szene ist durchsetzt von Agenten des Verfassungsschutzes

Als nach der Ermordung eines deutschen Staatsbürgers durch einen Iraker und einen Syrer am 27. August in Chemnitz mehrere Tausend Bürger gegen die zunehmende Gewalt durch Asylsuchende demonstrierten, gierten die dort ebenfalls anwesenden Vertreter der Qualitätsmedien förmlich nach jeder Möglichkeit, das auf die Straße getragene Anliegen nach Strich und Faden zu diskreditieren. Einzelne Rangeleien am Rande der Versammlung wurden zu „Hetzjagden auf Ausländer“ hochstilisiert. Das so im Feuer der politischen Korrektheit geschmiedete Narrativ schaffte es bis in die Erklärungen einzelner Regierungsvertreter.

Schon 1968: Der Spitzel verteilt die Molotowcocktails

Ein weiteres bedeutendes Motiv, mit dem der Bürgerprotest delegitimiert werden sollte, waren die Bilder einzelner Demonstrationsteilnehmer, die vor den Kameras der versammelten Journalisten den sogenannten Hitlergruß entboten. In den sozialen Netzwerken wurde jedoch rasch die Vermutung geäußert, dass es sich bei diesen Personen um gezielt eingeschleuste Provokateure handelt, die durch ihr Verhalten alle übrigen Demonstranten in Misskredit bringen sollten. Belege gibt es dafür bislang keine, doch ist dieser Verdacht auch nicht völlig aus der Luft gegriffen.

Seit Gründung der Bundesrepublik haben insbesondere Geheimdienste immer wieder versucht, systemkritische Oppositionsgruppen mit „Agents Provocateurs“ zu infiltrieren und durch die Aufstachelung zu Gewalt oder anderweitigen kontraproduktiven Verhaltensweisen von der Einflussnahme auf breitere Bevölkerungsschichten abzuschneiden.

So teilte beispielsweise ein V-Mann des Verfassungsschutzes anlässlich der Studentenproteste nach der versuchten Ermordung Rudi Dutschkes im Jahre 1968 Molotowcocktails an die Demonstranten aus. Zehn Jahre später sprengten Verfassungsschützer ein Loch in die Justizvollzugsanstalt Celle, um einen Befreiungsversuch für den dort inhaftierten RAF-Terroristen Sigurd Debus vorzutäuschen.

Noch deutlicher zeigt sich die Einflussnahme der Geheimdienste bei Organisationen des rechtsextremen Spektrums. Die Neonaziszene der Bundesrepublik gilt nicht nur als weitestgehend vom Verfassungsschutz durchsetzt, sondern sie wird praktisch von ihm geführt. Die Gruppierung „Thüringer Heimatschutz“ beispielsweise, in deren Reihen sich auch die jüngst verurteilte Beate Zschäpe nebst ihren beiden unter bislang ungeklärten Umständen getöteten Freunden Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt engagierte, bestand zu Spitzenzeiten zu rund einem Fünftel aus Gewährsleuten deutscher Geheimdienste. Selbst ihr Anführer, Tino Brandt, arbeitete jahrelang für den Verfassungsschutz.

Doch nicht nur die Nachrichtendienste, sondern auch die Medien beteiligen sich immer wieder daran, Extremismus künstlich zu schaffen. Mitte der 90er Jahre brachte die Sendung „Stern-TV“ einen Bericht über das Treffen einer angeblich existierenden deutschen Sektion des amerikanischen Ku-Klux-Klan in der Eifel. Wie sich im Nachgang herausstellte, war diese Versammlung mit Laienschauspielern aufwändig arrangiert worden.

1992 brachte Spiegel-TV einen Beitrag über eine Kameradschaft um den Neonazi Thomas Dienel. Neben massiven Aufrufen zur Gewalt und den obligatorischen „Sieg Heil“-Rufen wurde vor allem gezeigt, wie die Mitglieder dieser Gruppe auf einem ehemaligen NVA-Übungsplatz bei Erfurt mit verbotenen Sprengmitteln den Häuserkampf übten.

Einem kritischen Zuschauer haben sich bereits beim ersten Sehen des Beitrages zahlreiche Fragen aufgedrängt, denn es ergibt keinen Sinn, dass sich eine vermeintliche Terrortruppe beim Verüben von Straftaten filmen lässt und dabei den Strafverfolgungsbehörden auch noch den Ort ihrer regelmäßigen Zusammenkünfte offenbart. Fünf Jahre später wurde bekannt, dass Dienel für den Verfassungsschutz arbeitete.

Wer sich immer schon fragte, warum man auf Seiten der extremen Rechten lieber Wehrsportübungen nachgeht und Reminiszenzen an das untergegangene Dritte Reich pflegt, anstatt sich mit Gegenwartsproblemen zu befassen, der findet in der externen Steuerung dieser Szene möglicherweise eine Antwort.

Doch Opfer solcher Operationen können auch demokratische Oppositionsbewegungen werden.

Opposition gezielt auf Abwege leiten und kompromittieren

Ziel ist dann offenbar, sie vordergründig zu radikalisieren und auf Abwege zu leiten. Auffällig ist: Wo immer im Nachkriegsdeutschland versucht wurde, politische Programme und Interessen aus einer an der Nation orientierten Position heraus zu formulieren, tauchten schon sehr bald einzelne Protagonisten auf, deren Verhalten entweder kriminell oder zumindest höchst unappetitlich ausfiel. Dem politischen und medialen Establishment wurde es damit ermöglicht, unter Verweis auf diese Fälle die übliche „Wir sehen ja, wohin so etwas führt!“-Rhetorik zu bemühen und sinnvolle Ansätze zu diskreditieren. *Dirk Pelster*

Die DDR und das Nationale

Patriotismus scheint in den neuen Bundesländern normaler zu sein als im Westen – Hat die SED ungewollt dazu beigetragen?

So viel Nation wie in der DDR gab es selten in Deutschland. Es handelt sich um ein Kuriosum, das vielleicht erst im Rückblick so recht Kontur gewinnt. Zwar hatte die DDR 1974, anlässlich des 25. Jahrestages ihres Bestehens, den Passus in Artikel 1 ihrer Verfassung gestrichen, wonach sie ein „sozialistischer Staat deutscher Nation“ sei, und verstand sich nun als „sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern“.

Dennoch fand sich vor allem das Adjektiv national an allen Ekken und Enden. Und es handelte sich bei Weitem nicht um tradierte, einfach nur beibehaltene Benennungen, wie etwa bei der „Nationalgalerie“ (heute „Alte Nationalgalerie“) in Berlin.

Eine klare, verbindliche Definition für den Begriff der Nation gibt es nicht. Gemeinsamkeiten hinsichtlich Sprache, Gebiet, Herkunft, Entwicklung beziehungsweise Geschichte, Werten, Religion und der Organisation des Zusammenlebens sind in jedem Falle ins Feld zu führen. Unterscheiden kann man zwischen dem Begriff der Kulturnation, die vornehmlich die Gemeinsamkeit von Sprache und Kultur zur Grundlage hat, und dem der Staatsnation, welche über ein vorhandenes Staatsgebiet ausgemacht wird.

Hier ist viel akademische Theorie im Spiel, in der Praxis sind die Übergänge fließend. Hinzu kommt, insbesondere in der persönlichen Diskussion, beim Begriff der Nation oft ein emotional-irrationales Element, welches wissenschaftlich nur schwer zu fassen ist und daher meist geflissentlich ignoriert wird.

Einen wohl ebenfalls teilweise emotional-irrationalen, teilweise übernommenen, unhinterfragten Charakter – die Funktionäre kannten es aus ihrer im allgemein spärlichen und fast ausnahmslos vor 1945 erfolgten Schulbildung nicht anders – hatte wohl auch der Zugang der DDR-Oberen zum Begriff der Nation. Überlegung hingegen war enthalten, wenn man durch die Betonung des Nationalen zunächst seinen gesamtdeutschen Anspruch zu erheben versuchte. Nachdem sich dies als illusorisch erwiesen hatte, strebte die SED an, begrifflich eine „DDR-Nation“ zu etablieren und glaubte damit einen Beitrag zur Zementierung der deutschen Teilung zu leisten.

Bereits anderthalb Jahre vor der Staatsgründung der DDR, im Frühjahr 1948, kam es, gesteuert von der SED, zur Gründung der National-Demokratischen Partei Deutschlands, der NDPD. Ebenso wie die gleichfalls 1948 gegründete Bauernpartei, die DBD, sowie die Liberalen, die LDPD, und die CDU, die beide bereits 1945 entstanden waren, war die NDPD eine Blockpartei.

Ihr kam die Funktion zu, als Alibi für den vermeintlich demokratischen Charakter des DDR-Systems herzuhalten. Das Nationale im Namen sollte ehemalige, natürlich geläuterte NSDAP-Mitglieder, ehemalige Wehrmachtsoldaten sowie Bürgerliche ansprechen. Die nach außen getragenen konservativen oder eben betont nationalen Attribute mögen die Identifikation einiger Mitglieder mit dieser Partei erleichtert und, besonders zu Beginn, die Illusion vermittelt haben, eine Abgrenzung von der Linie der SED sei hier zumindest maßvoll möglich.

Aber die „nationale“ NDPD unterstützte die DDR-Machthaber hundertprozentig. Langjähriger, bis 1989 amtierender Vorsitzender war der als Major bei Stalingrad in sowjetische Gefangenschaft geratene Heinrich Homann. Die Partei stand hinter Zeitschriften wie „Die Nation“, später umbenannt in „Der nationale Demokrat“ oder der bis zur Einstellung 1990 täglich erscheinenden „National-Zeitung“. Mit dem „Verlag der Nation“ verfügte die NDPD, als verlängerter Arm der SED, wie andere Blockparteien auch über einen Parteiverlag. Dieser stand allerdings auch für anspruchsvolle Literatur und Klassiker – und wurde nach der deutschen Einheit in einen anderen Verlag integriert.



Im Stechschritt: NVA vor der neuen Wache in Berlin Bild: Imago

Zusammengeschlossen waren die Blockparteien mit der SED und den Massenorganisationen – die in der DDR auch zur „Wahl“ antraten und nach vorherbestimmter Aufteilung Sitze in den „Parlamenten“ einnahmen – in der „Nationalen Front“. Präsentiert wurden stets nur die „Kandidaten der Nationalen Front“ als Einheit. Zustimmung signalisierten die Bürger, indem sie die Liste unverändert in die „Wahl“-Urne warfen, das sogenannte Zettelfalten. Geleitet wurde die „Nationale Front“ von einem „Nationalrat“.

Vom Aufbau „Nationaler Streitkräfte“ sprach die DDR-Volkskammer seit 1952. Die „Nationale Volksarmee“ (NVA) wurde 1956, kurz nach der Bundeswehr, offiziell begründet. Der „Nationale Verteidigungsrat der DDR“ war oberster Entscheidungsträger in Verteidigungsfragen. Im Kriegsfall hätte der Vorsitzende – stets der „starke Mann“ der DDR, also nach Walter Ulbricht Erich Honecker und im Herbst 1989 kurzzeitig Egon Krenz – die oberste Befehlsgewalt innegehabt.

Die tiefe Verankerung des Begriffs vom Nationalen in der DDR-Führung zeigt sich beispielhaft daran, dass sich das diskreditierte „Ministerium für Staatssicherheit“ im November 1989 in „Amt für Nationale Sicherheit“ umbenannte und sich davon einen positiven Effekt versprach.

Die Problematik des von der DDR geführten Begriffs der Nation wird besonders deutlich an der Tatsache, dass deren „Nationales Olympisches Komitee“ international nicht anerkannt wurde. Man akzeptierte lediglich das – gleichnamige – NOK der Bundesrepublik. Die DDR verfügte über eine Nationalhymne, die wegen des Textpassus „Deutschland einig Vaterland“ offiziell seit Beginn der 1970er Jahre – man forcierte die Entwicklung einer „DDR-Nation“ – nicht mehr gesungen, sondern nur instrumental dargeboten wurde.

Das oft gehörte und nie falsche „Es war nicht alles schlecht“ passt allerdings auch in diesem Zusammenhang. Den „Nationalpreis der DDR“ gab es zumeist wirklich für herausragende künstlerische oder wissenschaftliche Leistungen. Die „Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur“ in Weimar, später aufgegangen in der „Stiftung Weimarer Klassik“, haben sich um die Kulturpflege verdient gemacht. Und die „Nationalen Mahn- und Gedenkstätten“ haben, trotz ideologischer Vereinnahmungen, historisch wichtige Orte bewahrt.

Das Verhältnis zum Nationalen erscheint in der gegenwärtigen offiziellen Linie und der ihr folgenden Berichterstattung, vorsichtig ausgedrückt, gebrochen. Neben der ständigen Ineinssetzung von national und nationalistisch – wobei Letzteres negativ gefärbt ist – ist dies insbesondere am Umgang mit einem der wenigen existenten Nationalsymbole erkennbar: der Bundesflagge. Vergegenwärtigen sollte man sich die Bilder nach der Bundestagswahl 2013: Die CDU feierte ihren Sieg. Generalsekretär Hermann Gröhe schwenkte eine kleine Deutschlandfahne. Die Kanzlerin, hier offenbar sehr „westdeutsch“ assimiliert, nahm ihm das Fähnchen mit angeekeltem Gesichtsausdruck aus der Hand und ließ es verschwinden. Gröhe grinste dümmlich und klatschte weiter im Takt. In der

Angeekelt entsorgte Merkel die Deutschlandfahne

gegenwärtigen GEZ-finanzierten Berichterstattung gilt ein Bild mit schwarz-rot-goldenem Fahnenmeer als eine rechts- oder schlimmer gerichtete Demonstration, deren Teilnehmer es zumindest verbal klar zu bekämpfen gilt.

In den neuen Bundesländern nimmt man mehr dieser Demonstrationen und Fahnen wahr. Das Verhältnis zum Begriff des Nationalen, wohlgemerkt nicht zum Chauvinistisch-Nationalistischen, ist hier wesentlich entspannter und vorurteilsfreier als im Westen der Republik. Während die 1968er und ihre Nachkömmlinge der Ansicht sind, dass die Nation ohne weitere Reflexion möglichst schnell verschwinden sollte, haben die DDR-Funktionäre durch die mitunter sogar penetrante Pflege des Begriffs wohl zu dessen Überleben beigetragen. Wenn sie von Nation sprachen, dachten sie sicher nicht an Bundesflagge und Grundgesetz. Aber genau damit kann man den Begriff unserer Nation eben auch verbinden.

Erik Lommatzsch

Das Ostpreußenblatt

Nr. 37 – 14. September 2018

MELDUNGEN

Krankenhaus wird ausgebaut

Neidenburg – Der Vertrag über den Ausbau des Kreiskrankenhauses in Neidenburg wurde unterschrieben. Es sollen zwei Behandlungssäle, ein Operations-Block, eine geriatrische Abteilung mit 28 Betten und eine Intensiv-Pflegestation mit 36 Betten neu entstehen. Das Krankenhaus kauft einen Computer-Tomograf, für den es einen Kredit in Höhe von umgerechnet rund zwei Millionen Euro aufgenommen hat. Die Kosten der Investition betragen etwa rund 4,7 Millionen Euro. Die Arbeiten müssen laut Vertrag bis 2020 beendet werden. *PAZ*

Überwachung an Grenzen online

Heiligenbeil/Pr. Eylau – Die an acht Grenzpunkten zwischen dem nördlichen und südlichen Ostpreußen anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft eingesetzte Videoüberwachung in Echtzeit soll nicht nur bestehen bleiben, sondern darüber hinaus online gestellt werden. Damit sollen Reisende die Möglichkeit erhalten, sich vorab über das Verkehrsaufkommen an den Grenzübergängen zu informieren und so ihre Abfahrtszeit und den optimalen Kontrollpunkt zu wählen, um einem Stau zu entgehen. Die zwölf installierten Kameras, die mit Nummernschildscannern ausgestattet sind, gehören zum Programm „sichere Stadt“. Nach dem Ende der WM sollen sie auch zur Verbrechensbekämfung eingesetzt werden. *MRK*

Neue Stolpersteine in Königsberg

Halbkugeln aus Beton ersetzen Metallpfähle – Für Fußgänger oft ein größeres Hindernis als Falschparker

In Königsberg sind neuerdings anstelle der bisherigen Stahlpfähle Halbkugeln aus Beton als Bürgersteigbegrenzung eingesetzt worden. Während die Behörden darin eine wirksame Methode gegen Falschparken sehen, zeigen die Bürger sich weniger begeistert.

Wie der Direktor des städtischen Unternehmens „Städtischer Straßenbau und Reparatur“, Wladimir Swinzow, kürzlich mitteilte, haben die städtischen Behörden zu dieser Maßnahme gegriffen, Gehwege mit Halbkugeln aus Beton auszustatten, um das Parken auf Gehwegen und in Fußgängerzonen zu verhindern. Zuvor hätten Fußgänger sich vielfach zwischen falsch parkenden Autos hindurchzuzwängen müssen.

Scharfe Kritik in sozialen Netzwerken

Die Halbkugeln aus Beton sind bereits in der Powunder Straße, der Regentenstraße und der Goltzallee aufgestellt worden. In russischen Städten gibt es solche Halbkugeln schon länger, es ist also keine Königsberger Erfindung. Aber in keiner russischen Großstadt gibt es so enge Bürgersteige wie in der Pregelmetropole.

Zuvor wurden als Bürgersteigbegrenzung Metallpfähle mit schwarz-gelber Markierung genutzt. Jedoch sind nach Meinung des städtischen Unternehmens Metallpfähle nicht so repräsentabel wie die Halbkugeln. Dennoch fanden diese repräsentablen Begrenzungen nicht das Gefallen der Bürger: viele zeigten sich empört.

Die Unzufriedenheit der Bürger verbreitete sich rasend schnell in den sozialen Netzwerken. Die Kommentatoren kritisierten, dass die städtischen Beamten, welche die Fußgänger vor Autofahrern schützen wollten, nicht darüber nachgedacht hätten, dass es für Fußgänger jetzt noch schwerer geworden ist, sich auf den Bürgersteigen zu bewegen. Hier nur einige der Kommentare: „Wo sollen die Leute lang gehen? Mit Kinderwagen, Fahrrädern oder zu dritt oder viert? Was ist das für eine Idiotie? Sind diese Kugeln etwa besser als Autos?“ oder „Großartig! Bäume behindern die Fußgänger, und das hier stört wohl nicht!“ und „Wie sollen Blinde hier gehen? Stolpern und stürzen?“ „Eine großartige Entscheidung! Ich habe mir in Moskau ein Bein gebrochen, als ich in der Dämmerung über solch eine Halbkugel gestolpert bin.“



Hier parkt keiner mehr auf dem Gehweg: Umstrittene Betonbegrenzung Bild: J.T.

Kurz nach der negativen Reaktion versprach Bürgermeister Alexej Silanow, sich der Sache anzunehmen. Für diese Ankündigung nutzte er ebenfalls soziale Netzwerke. Erschreib einen Facebook-Kommentar zu den Einträgen, mit denen die Stadtbewohner über die Innovation diskutierten. Der Bürgermeister kommentierte: „Wenn diese Hindernisse mit Störungen behaftet sind und Fußgänger gefährden, werden sie sofort entfernt und die Urheber der Arbeit werden bestraft. Solch eine Hässlichkeit wie auf dem Bild soll es nicht geben und wird es nicht.“

Seitdem sind ein paar Wochen vergangen und nichts hat sich geändert, offenbar sind die Beamten der Stadtverwaltung zu dem Schluss gekommen, dass die neuen Begrenzungen keineswegs die Bewegungsfreiheit der Fußgänger einschränken.

Das Thema Falschparken beschäftigt die Königsberger ständig, da die Stadt eines der höchsten Verkehrsaufkommen von Autos pro Kopf in Russland hat. Neben Metallpflöcken setzen Stadtbewohner Betonkötze, Steinbrocken und Autoreifen ein, um sich gegen Falschparker zu wehren.

Jurij Tschernyschew

Ausschreibung: Stadtschreiberstipendium Allenstein 2019

Das Deutsche Kulturforum östliches Europa schreibt in Zusammenarbeit mit der Stadt Allenstein/Olsztyn und der Stiftung Borussia ein von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien dotiertes

Stipendium eines Stadtschreibers/einer Stadtschreiberin

in Allenstein/Olsztyn (Polen) aus.

Deutschsprachige oder deutsch schreibende Autorinnen und Autoren, die bereits schriftstellerische oder journalistische Veröffentlichungen vorweisen können, sind eingeladen, sich um das Stipendium in Allenstein/Olsztyn zu bewerben und während des dortigen Aufenthalts in einem Internet-Blog zu berichten. Insbesondere werden solche Autorinnen und Autoren angesprochen, die sich auf die Wechselwirkungen von Literatur und historischem Kulturerbe der Stadt, der Region und des Landes einlassen wollen.

Das Stadtschreiber-Stipendium des Deutschen Kulturforums östliches Europa hat als Ziel, das gemeinsame kulturelle Erbe der Deutschen und ihrer Nachbarn in Regionen Mittel- und Osteuropas, in denen einst (auch) Deutsche gelebt haben und heute leben, in der breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen sowie herausragendes Engagement für gegenseitiges Verständnis und interkulturellen Dialog zu fördern.


Panorama von Allenstein Bild: Marcin Klerul

Der Stadtschreiber/die Stadtschreiberin soll am kulturellen Leben der Stadt Allenstein/Olsztyn teilnehmen und Themen der gemeinsamen Kultur und Geschichte in der Stadt und der Region in seinem oder ihrem Werk aufgreifen, auf hohem Niveau reflektieren und breiten Kreisen anschaulich vermitteln. Die literarischen Annäherungen an die jeweilige Stadt und die umgebende Kulturlandschaft sollen laufend in einem Internet-Blog dokumentiert werden, der auch in polnischer Übersetzung geführt wird.

Über die Vergabe der Stadtschreiberstelle, verbunden mit einem monatlichen Stipendium von 1.300 Euro für fünf Monate (von Frühjahr bis Herbst 2019), einer kostenlosen Wohnmöglichkeit in Allenstein/Olsztyn und Reisemitteln, entscheidet im Dezember 2018 eine fünfköpfige Jury.

Interessenten senden bis zum 12. Oktober 2018 (Datum des Poststempels) ihre Bewerbungsunterlagen an das Kulturforum. Das Bewerbungsformular finden Sie im Internet unter: www.stadtschreiber.kulturforum.info.

Ansprechpartner :

Dr. Magdalena Gebala,
Deutsches Kulturforum östliches Europa,
Berliner Straße 135
Haus K1
D-14467 Potsdam
Telefon 0049 (0) 331 20098-18.
Fax 0049 (0) 331 20098-50
E-Mail: gebala@kulturforum.info
presse@kulturforum.info
www.kulturforum.info
www.facebook.com/dkfoe

Neue Wasserwege

Verbindung von Warschau nach Masuren

Der Zeran-Kanal, auch Weichsel-Bug-Kanal, die Verbindung zwischen Warschau und der Nare, soll derart ausgebaut werden, dass man zukünftig freie Fahrt für die touristische Schifffahrt von Warschau bis zur Nare hat. Zunächst wurde wurde der erste Teil eines Programms verwirklicht, mit dem eine ständige Wasserverbindung zwischen der polnischen Hauptstadt Warschau und Masuren erreicht werden soll. Das zweite Element ist die Verbindung von Warschau mit den Großen Masurischen Seen im kommenden Jahr. Der polnische Minister für Wasserwirtschaft und und Binnen-Schifffahrt, Marek Grobarczyk sagte, dass dieses Ziel bequem zu erreichen sei, inklusive allen nötigen Umweltberichten und ähnlichen Planungen.

Verbindung zwischen polnischer Hauptstadt und Nare erster Teil

Der bei der Pressekonferenz zugegene Leiter der Polnischen Gewässer, Przemyslaw Daca„ erläuterte, dass im kommenden Jahr der Ausbau des Warschauer Abschnittes geplant sei, der umgerechnet rund 116 000 Euro kosten werde.

„Gemeinsam werden wir den ‚Stefan-Batory-Weg‘ zu den masurischen Seen ausbauen. Zurzeit arbeiten wir an der Vertiefung des Hafens von Ostrolenka, um Ostrolenka anzubinden. Später werden wir auf der Nare arbeiten, die Ufer befestigen, die Wasserrinne vertiefen. Die Kosten hierfür betragen etwa 200 Millionen Zloty (46,6 Millionen Euro)“, ergänzte Daca.

Der Leiter der Polnischen Gewässer erklärte, dass der Galinde-Fluss [Pissek] eine weitere Etappe der Modernisierung des Wasserweges von Warschau zu den masurischen Seen sein wird. Dort soll neben den regulären Wasservertiefungs-Arbeiten der Bau von mindestens zwei Staustufen erforderlich sein, unter anderem in Johannisburg. Die Regulierung des Galinde-Flusses wird drei bis vier Jahre dauern. Die Kosten des Unternehmens werden auf umgerechnet 52,4 Millionen Euro geschätzt. *PAZ*



ZUM 105. GEBURTSTAG

Druba, Gerda, geb. **Kawald**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 20. September

ZUM 99. GEBURTSTAG

Flachsberger, Heinz, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 18. September
Rhinow, Meta, geb. **Alzuhn**, aus Rehwalde, Kreis Elchniederung, am 18. September
Stegat, Max, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 17. September
Topeit, Erich, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 16. September
Wunderlich, Hedwig, geb. **Barginski**, aus Willuhnen, Kreis Neidenburg, am 14. September

ZUM 98. GEBURTSTAG

Günther, Horst, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 17. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Holaschke, Hildegard, geb. **Michalzik**, aus Lyck, Morgenstraße 4, am 18. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Aktun, Gertrud, geb. **Roßmannek**, aus Klein Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 14. September
Carle, Helene, geb. **Czylwik**, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 19. September
Frischkorn, Botho, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 19. September
Gosziniak, Paul, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 87, am 14. September
Matzeit, Erich, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 18. September
Quaschnowitz, Helga, geb. **Reimer**, aus Neusorge, Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 20. September
Schliwinski, Gerhard, aus Neidenburg, am 14. September
Vierling, Hildegard, geb. **Piaßeck**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 14. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bromisch, Ruth, aus Petersgrund, Kreis Lyck, am 17. September
Eisenhuth, Renate, geb. **Friedrich**, aus Lyck, Morgenstraße 15, am 16. September
Gundlach, Ruth, aus Lyck, am 19. September
Krüger, Bernhard, geb. **Kackschies**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 16. September
Rohde, Ingeborg, geb. **Teschendorf**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bokemeyer, Marianne, geb. **Wolff**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 15. September
Falinski, Otto, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 20. September
Friedrich, Margarete, geb. **Gamser**, aus Treuburg, am 16. September
Haake, Gerda, geb. **Kledtke**, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, am 19. September
Kampmann, Brigitte, geb. **Neumann**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 18. September
Kobbe, Ruth, geb. **Ruppenstein**, aus Noiken, Kreis Elchniederung, am 14. September
Moskwa, Paul, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 16. September
Ollech, Emma, geb. **Beber**, aus Scheufelsdorf, Kreis Ortelsburg, am 19. September
Pischon, Waldemar, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 20. September
Pommereit, Ernst, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 18. September
Quednau, Dr. Hans-Otto, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. September
Schendel, Rudi, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 20. September
Scherhans, Frieda, geb. **Kornatzki**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 14. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Böhm, Eleonore, geb. **Opitz**, aus Ortelsburg, am 17. September
Brosziewski, Siegfried, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 20. September
Glamb, Wanda, aus Treuburg, am 15. September
Leitis, Hertha, geb. **Passarge**, aus Wildenhoff, Kreis Preußisch Eylau, am 19. September
Neubert, Maria, geb. **Block**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 14. September
Pyko, Paul, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 14. September
Schwarten, Erna, geb. **Althöfer**, aus Buschfelde, Kreis Ebenrode, am 18. September
von Sparr-Harenberg, Gräfin Ellen-Edith, geb. **Schneider**, aus Lyck, am 17. September
Weißpflog, Erna, geb. **Bresinski**, aus Hellmahnen, Kreis Lyck, am 14. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Blumhagen, Waltraut, geb. **Paukstat**, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 17. September
Domnick, Walter, aus Rummau-Ost, Kreis Ortelsburg, am 17. September
Gollub, Kurt, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 14. September
Fandrich, Hans, aus Partheinen und Mükühnen, Kreis Heiligenbeil, am 18. September
Hohenstein, Friedrich, aus Gilgenburg, Kreis Osterode, am 18. September
Kownatzki, Willi, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 15. September
Lehmann, Paul, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 20. September
Malingriaux, Ingeborg, geb. **Ebner**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 16. September
Sack, Rudolf, aus Schneiderende, Kreis Elchniederung, am 20. September
Tischmann, Artur, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 20. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Alex, Ruth, geb. **Weichler**, aus Neidenburg, am 16. September
Blank, Horst, aus Doblienen, Kreis Elchniederung, am 19. September
Fabian, Reinhold, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 19. September
Hinkle, Lore, geb. **Szeimies**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 15. September
Rämer, Gertraut, geb. **Jebramek**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 15. September
Rothgänger, Herbert, aus Neumühl, Kreis Wehlau, am 18. September
Seils, Christel, geb. **Saunus**, aus Schneiderende, Kreis Elchniederung, am 20. September
Thimm, Gertrud, geb. **Krupka**, aus Neuhof, Kreis Neidenburg, am 18. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bleck, Hanna, aus Lyck, am 14. September
Dabow, Waltraud, aus Rostken, Kreis Lyck, am 15. September
Dudda, Gert, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. September
Ehlert, Christel, geb. **Milewski**, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 18. September
Friedrich, Kurt, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 15. September
Gildemeister, Helga, geb. **Skilandat**, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 18. September

Kleefeldt, Ursula, aus Lyck, am 17. September
Knübel, Ursula, geb. **Neumann**, aus Ortelsburg, am 16. September
Krach, Dora, geb. **Masuhr**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 20. September
Müller, Erich, aus Kurrenberg, Kreis Elchniederung, am 18. September
Popp, Erna, geb. **Schlesinger**, aus Weidlacken, Kreis Wehlau, am 17. September
Stelbe, Ruth, geb. **Klimmek**, aus Gollen, Kreis Lyck, am 16. September
Thiele, Lydia, geb. **Schipper**, aus Kraukeln, Kreis Lötzen, am 18. September
Weinberg, Martha, geb. **Tholen**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 16. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Fuchs, Hildegard, geb. **Fuchs**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 18. September
Gollan, Paul, aus Neudims, Kirchspiel Bischofsburg, Kreis Rößel, am 28. August
Grell, Ilse, geb. **Kristant**, aus Fischhausen, am 18. September
Greschkowiak, Ursula, geb. **Fröhlian**, aus Kutzen, Kreis Lyck, am 20. September
Haupt, Annelore, geb. **Bauer**, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 17. September
Joch, Eva-Maria, geb. **Breitmoser**, aus Ebenrode, am 14. September
Kaminski, Marta, geb. **Kaminski**, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 19. September
Koch, Eva-Maria, geb. **Glowatz**, aus Lyck, Mackensenstraße 11, am 15. September
Machovsky, Irmgard, geb. **Gronau**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 16. September
Rosinski, Heinz, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 20. September
Schmidt, Arno, aus Groß Marienwalde, Kreis Elchniederung, am 20. September
Schöne, Margarete, geb. **Laupichler**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 20. September
Wagenführ, Lieselotte, geb. **Gerull**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 18. September
Werner, Ernst, aus Windkeim, Klein Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 14. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Auge, Sieglinde, geb. **Dörfer**, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 17. September
Bleich, Irmgard, geb. **Baust**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 18. September
Bloch, Anneliese, geb. **Sawitzki**, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 16. September
Dycek, Lianne, geb. **Lasser**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 15. September
Fahrenson, Klaus, aus Langmichels, Kreis Gerdauen, am 15. September
Gehrmann, Werner, aus Lyck, am 18. September
Hardt, Inge, geb. **Abel**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 20. September
Heibutzki, Horst, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 16. September
Lewitzki, Klaus, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 19. September
Mackiewicz, Kurt, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 18. September
Michaelis, Axel, aus Schareiken, Kreis Treuburg, und aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 18. September
Müller, Edelgard, geb. **Kowalski**, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 15. September
Nowitzki, Dieter, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 19. September
Pawelski, Horst, aus Balten, Kreis Elchniederung, am 16. September
Peters, Helga, geb. **Frisch**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 17. September
Petschulat, Walter, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 17. September
Podchul, Marian, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 15. September
Purwin, Flora, geb. **Richter**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 14. September
Schantowski, Herbert, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 16. September
Schwarz, Maria, geb. **Kays**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 14. September
Sodies, Helmtraut, geb. **Grünke**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 19. September
Stange, Siegfried, aus Grünwald, Kreis Heiligenbeil, am 18. September
Sukowski, Kurt, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 15. September
Waldner, Irmgard, geb. **Kuwert**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 19. September
Weber, Hartmut, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 16. September
Westphal, Günter, aus Hainau, Kreis Ebenrode, am 17. September

Willamowius, Irmgard, aus Pojerstieten, Kreis Fischhausen, am 16. September
Wisbar, Siegfried, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 19. September
Wohlgemuth, Helga, geb. **Kugland**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 18. September

ZUM 75. GEBURTSTAG

Ellwanger, Irmtraut, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 18. September
Filter, Dorothea, geb. **Hundsdörfer**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 20. September
Jodat, Dr. Kurt, aus Dorf Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 15. September
Kruska, Helga, geb. **Pampuch**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 16. September
Kurz, Dr. Renate, aus Preußisch Eylau, am 18. September
Mai, Uwe, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 15. September
Neumann, Frank, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 18. September
Petrosch, Klaus, aus Allgau, Kreis Elchniederung, am 19. September
Pustan, Hans-Georg, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 17. September
Scheffler, Jürgen, aus Treuburg, am 7. September
Vogt, Dietlind, geb. **Goewe**, aus Lötzen, am 19. September



Thiel, Udo, aus Gut Strauben, Kreis Heiligenbeil, und Ehegattin Cäcilie, geb. Mackensen, am 20. September

Zusendungen für Ausgabe 39

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 39/2018 (Erstverkaufstag: 28. September) bis spätestens Mittwoch, 19. September an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, z. Hd. Frau Christiane Rinser-Schrut, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

TERMINE DER LO

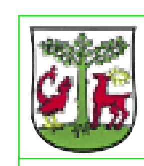
2018

14. bis 16. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
2. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
3. bis 4. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal
12. bis 15. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



BRAUNSBERG

Kreisvertreterin: Manuela Begett, Virchowstraße 46, 44536 Lünen, Tel.: (02306) 21236, E-Mail: manuela.begett@t-online.de. Stellvertretender Kreisvertreter: Ferdinand Schrade. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, Frau Jostenmeier, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Heimatkreistreffen

Münster – Sonnabend, 29., ab 15 Uhr, und 30. September, Johanniter-Akademie, Weißenburgstraße 60–64, 48151 Münster: Jahreskreistreffen der Kreisgemeinschaft Braunsberg, am

Sonnabend, 29. September,
15 Uhr: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Begrüßung, Tätigkeitsbericht der Kreisvertreterin Manuela Begett, Kassenbericht der Schatzmeisterin Gertrud Arendt, Bericht der Kassenprüfer, Aussprache zu den Berichten, Verschiedenes, ab 18 Uhr: gemeinsames Abendessen; 19 Uhr: Begegnungen, Gespräche, geselliges Beisammensein.

Sonntag, 30. September
8.30 Uhr: Gottesdienst in der Heilig-Geist-Kirche, 10.30 Uhr: festliche Stunde in der Johanniter-Akademie, mit Festvortrag von Dr. Christopher Spatz „Nur der Himmel blieb derselbe – Ostpreußens Hungerkinder“, Empfang durch die Patenstadt Münster, gemeinsames Mittagessen, Ausblick auf die weitere Arbeit – Ausklang des Tages.

Zimmerreservierung direkt bei der Johanniter-Akademie, Ansprechpartnerin: Frau Schwarze, Telefon (0251) 97230145, E-Mail: gaestehaus@johanniter.de.



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Westerfeld 1, 24992 Janneby. Stellvertretender Vorsitzender: Uwe Nietzelt, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg. Familienforschung: Heidrun Meller, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg, Telefon (03447) 8966021, E-Mail: H.Meller@t-online.de, Internet: www.kreis-fischhausen.de. Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, Postfach 1732, 25407 Pinneberg, Telefon (03447) 8966746.

Heimattreffen

Pinneberg – Sonnabend, 15., bis Sonntag, 16. September, Hotel Cap Polonio, Fahltskamp 48, 25421 Pinneberg: Heimattreffen. Am Sonntag findet das Kreistreffen im Museum der Kreisgemeinschaft, Fahltskamp 30, seine Fortsetzung. Am Sonntag führen wir unser Treffen ebenfalls ab

9.30 Uhr im Samland-Museum weiter. Das komplette Programm finden Sie in unserem aktuellen Heimatbrief „Unser schönes Samland“ vom Herbst 2018 sowie im Internet unter www.kreis-fischhausen.de.



INSTERBURG – Stadt und Land

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Mitgliederversammlung

Krefeld – Sonnabend, 29. September, ab 10 Uhr, Gemeindesaal der Friedenskirche: Mitgliederversammlung und 66. Jahreshaupttreffen.

Programm: 10 bis 12. Uhr: Mitgliederversammlung (nicht öffentlich) der Kreisgemeinschaft Insterburg und Land e.V. im Gemeindesaal der Friedenskirche, 47799 Krefeld, Luisenplatz, 12.30 Uhr: Öffnung des kleinen Gemeindesaals der Friedenskirche, 47799 Krefeld, Luisenplatz 1. www.friedenskirche-krefeld.de, 13 Uhr: Mittagessen im kleinen Gemeindesaal der Evangelischen Friedenskirche, 14 Uhr: Begrüßung, anschließend gemütliches Beisammensein mit Kaffee und Kuchen, die Unterhaltung können Sie gerne mit Ihren spontanen Beiträgen untermalen. (Änderungen vorbehalten.) Bitte bei der Geschäftsstelle anmelden.

Einladung zur Mitgliederversammlung (nicht öffentlich) der Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e.V., Sonnabend, 29. September, von 10 bis 12.30 Uhr, Gemeindesaal der Friedenskirche, Luisenplatz 1, 47799 Krefeld.

Tagesordnung
TOP 1 Begrüßung, Eröffnung und Totenehrung,
TOP 2 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, Übernahme der Protokollführung,
TOP 3 Feststellung der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder und Feststellung der Beschlussfähigkeit,
TOP 4 Wahl des Versammlungsleiters,
TOP 5 Genehmigung der Tagesordnung,
TOP 6 Genehmigung des Sitzungsprotokolls der 65. Jahreshauptversammlung der Mitglieder und Genehmigung der Ratsversammlung vom 8. September 2017,
TOP 7 Bericht des Vorsitzenden über das Geschäftsjahr 2017,
TOP 8 Bericht der Kassen- und Rechnungsprüfung für das Geschäftsjahr 2017,
TOP 9 Aussprache über den Bericht des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2017,
TOP 10 Antrag auf Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2017,
TOP 11 Genehmigung des Haushaltsvoranschlages für das Geschäftsjahr 2019,
TOP 12 Wahl des Kassenprüfers,
TOP 13 Anträge (Vereinsmitglieder können bis spätestens eine Woche vor dem Tag der Mitgliederversammlung schriftlich unter Angabe der Gründe beantragen, weitere Tagesordnungspunkte und / oder Anträge auf die Tagesordnung zu setzen),
TOP 14 Verschiedenes, anstehende Wahlen 2019 (Änderungen der Tagesordnung bleiben vorbehalten).

Das Sitzungsprotokoll der 65. Jahreshauptversammlung der Mitglieder und der Ratsversammlung vom 8. September 2017 sowie der Haushaltsvoranschlag für das Geschäftsjahr 2019 liegen zur Einsichtnahme am Tag der Versammlung aus. Wir bitten um rechtzeitige Anmeldung in der Geschäftsstelle. *Der Vorstand – Reiner Buslaps, Jürgen Böhlke und Andreas Heiser*

Heimatgruppe

Köln – Mittwoch, 26. September, Gaststätte Zirkel, Braunstraße 20, Köln-Braunsfeld (Haltestelle Aachener Straße/Maarweg): Treffen.

Sachsen – Sonnabend, 22. September, 14 Uhr, DRK-Begegnungsstätte, Eschenweg 60, 08060 Zwickau (Ortsteil Marienthal): Jubiläumsfeier mit großem Programm zu, 25-jährigen Bestehen der Gruppe. Anfragen an Kurt Klaus, Mühlweg 10, 09387 Pfaffenhain, Telefon (037296) 17661.

Schwerin – Mittwoch, 19. September, 12 Uhr, Gaststätte Kaktus, Dreescher Köpmarkt: Treffen.



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

Stadtgemeinschaft

Sonnabend, 22. September, 11-17 Uhr, Ehemaliges Museum Stadt Königsberg, Fürstenstraße 14, 47051 Duisburg: Treffen der Stadtgemeinschaft.



LÖTZEN

Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: dieter.arno.milewski@osnanet.de. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Neuer Vorstand

Auf der Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Lötzen e.V. am 25. August in Neumünster wurde der Erweiterte Vorstand neu gewählt. Er setzt sich zusammen aus sieben Personen, die aus ihrer Mitte zum 1. Vorsitzenden Dieter Arno Milewski (75) wählten. Er hat das Amt seit Mitte Januar kommissarisch ausgeübt; er war bereits fast vier Jahre Stellvertreter des 1. Vorsitzenden. Als 2. Vorsitzende wurde Petra-Kathrin Karpowski (53) neu gewählt. Die Position des Schatzmeisters hat auch in dieser Wahlperiode Bernd Sawatzki (55) inne. Die vier Beisitzer sind Ute Eichler (63), Manfred E. Fritsche (66), Ulrich Babel (71) und Dieter Staack (66). Auf der Position des „Nachrükkers“ befindet sich Manfred Tyminski (70). – Ute Eichler wird weiterhin das Lötzener Kreisarchiv und den Sammlungsbestand des Lötzener Heimatmuseums betreuen, Manfred E. Fritsche ist als Redakteur des Lötzener Heimatbriefes tätig. Es wurden von der Mitgliederversammlung zwei Kassenprüfer neu gewählt: Klaus Richter (69) und Rainer Müller (64).

Märchen von Arndt

Neumünster – Sonnabend, 15. September, 15.30 Uhr, Lötzener Museum, Sudetenlandstraße 18 h: Das Museum zeigt die Ausstellung „Die Elche sind da“. Ab 15.30 Uhr wird die Märchenerzählerin Angelika Rischer „Von Prinzessin Svanwithe, sieben bunten Mäusen und von dem Rattenkönig Birlibi“ von Ernst Moritz Arndt erzählen (Eintritt frei).



MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin; Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Stellv. Kreisvertreterin Monika Buddych, Op de Dümmer 32, 45772 Marl/Westf., Telefon (02365) 691690. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Heimatkreistreffen

Bad Nenndorf – Sonnabend, 15., und Sonntag, 16. September, Grandhotel Esplanade, L'Orangerie, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf: Treffen des Kreises Mohrungen, Lippitzer und Koltenеyer. Zimmerbuchungen bei Familie Pittack unter Telefon (05723) 798110 oder per E-Mail: kontakt @hotel-esplanade.de.

Wir laden alle Kreis Mohrunger Landsleute, deren Nachkommen, Heimatfreunde, die „Jungen Liebstädter“, Lippitzer, Kolteneyer sowie Schlobitter und Prökelwitzer ganz herzlich ein.

Programm:
Sonnabend, 15. September,
10.30 Uhr: Beginn der ersten Sitzung des 9. Kreistages im Sitzungsraum Hotel Esplanade mit Neuwahl des Vorstandes und der Kreisausschussmitglieder laut Satzung. Die schriftlichen Einladungen sind mit den entsprechenden Tagesordnungspunkten versandt worden. Diese Sitzung ist öffentlich,
13 Uhr: Einlass in die Veranstaltungsräume mit Eröffnung der Ausstellung „Mein Bernstein erzählt seine Geschichte“,
ab 19.30 Uhr: gemütliches Beisammensein mit Musik, Tanz kulturellen Einlagen und Überraschungen.
Sonntag, 16. September,
9.30 Uhr: Besuch des Agnes-Miegel-Denkmals mit Blumenniederlegung,
10.30 Uhr: Feierstunde, gemeinsamer Gesang „Land der dunklen Wälder...“, Begrüßung der Teilnehmer, Vorstellung des neugewählten Vorstandes, Grußworte der Ehrengäste, Geistliches Wort, Totenehrung, gemeinsamer Gesang „Großer Gott wir loben dich...“, Festrede „Das Paradies“, Ehrungen, Kindertrachtengruppe erfreut uns mit ihren Tänzen, Schlussworte, danach singen wir die 3. Strophe des Deutschlandliedes,
14.30 Uhr: Mitgliederversammlung.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de. Stellvertreter: Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal - Börry, Telefon (0171) 7086334.

Neuer Vorstand

Unser diesjähriges Heimattreffen in Helmstedt fand bei schönstem Spätsommerwetter statt. Von der Lesung der Marguerite Kollo über ihren Vater Willi sowie auch Großvater Walter Kollo (letzterer ist bekanntlich einer der berühmten Söhne Neidenburgs), war die überschaubare Besucherzahl sehr angetan. Auch das Singen des Ostpreußenliedes und des Deutschlandliedes mit musikalischer Begleitung von Frau Kollo waren beeindruckend.

Am Vortag des Treffens fand die übliche Kreistagssitzung statt. Alle Punkte der Tagesordnung wurden ausführlich abgehandelt und dem Vorstand Entlastung erteilt. Letztmalig fand diese Sitzung unter der Leitung des bisherigen ersten Vorsitzenden Jürgen Szepanek statt. Dieser stellte fest, dass die Kreisgemeinschaft durch eine immer umsichtige Führung der Amtsgeschäfte auf einem soliden Fundament steht und für die Zukunft gut gerüstet ist.

Nach einer kurzen Pause fand der zweite Teil – die konstituierende Sitzung des neuen Kreistages statt. Nach unserer Satzung musste in diesem Jahr wieder neu gewählt werden. Als ältestes Mitglied des Kreistages (das noch ältere Mitglied Jürgen Kowalek war leider erkrankt) leitete der nun nicht mehr für ein Vorstandsamt kandidierende Kreisvertreter Jürgen Szepanek die Wahlen. Zum neuen Vorsitzenden (Kreisvertreter) wurde der bisherige erste Stellvertreter Hans-Ulrich Pokraka gewählt. Dessen Stellvertreter ist nun Frank Jork. Der neue Schriftleiter heißt Wilfried Brandt und der bewährte Schatzmeister Lutz Knief wurde wiedergewählt. Diese vier Herren bilden den neuen Vorstand für die Zeit von 2018 bis 2022. Nachstehend werden alphabetisch die fünfzehn Kreistagsmitglieder mit ihren Tätigkeitsfeldern aufgeführt:

Ruth Bahr (Mitgliedergratulationen), Dr. Irmtraud Sigrid Bießner (Bildarchiv Ostpreußen Städte Neidenburg und Soldau), Wilfried Brandt (Schriftleiter), Günther Ernst (Revisor), Marion Haedge (Revisorin), Martin Hennig (Internetbeauftragter und Bildarchiv Ostpreußen Dörfer des Kreises Neidenburg), Ulrich Hoffmann (Betreuung Heimatstube und stellv. Revisor), Frank Jork (Protokollführer), Reinhard Kayss (Familienforschung),

Gisela Klima-Axmann (Bruderhilfebeauftragte und stellv. Protokollführerin), Lutz Knief (Schatzmeister), Jürgen Kowalek (Korrekturlesen Heimatbrief). Gisela Merchel (Mitgliederdatenverwalterin), Hans-Ulrich Pokraka (Verbindung zur Landsmannschaft Ostpreußen, Veranstaltungen, Auskünfte, Koordination), Jürgen Szepanek (Versand von Dorfakten, DVDs, Landkarten und Stadtplänen).

Um die Heimatstube kümmern sich nach wie vor der Kreisälteste Gerhard Toffel sowie Ulrich Hoffmann und Herfried Jobski.
Jürgen Szepanek



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Stellvertretender Vorsitzender: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau. Geschäftsführerin: Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck. Internet: www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

Heimatkreistreffen

Herne – Sonntag, 16. September, ab 9 Uhr, Kulturzentrum, Willi-Pohlmannplatz 1, Herne: Haupttreffen der Kreisgemeinschaft Ortelsburg findet wieder im gewohnten zeitlichen Rahmen am 3. Sonntag im September statt:

Die Feierstunde beginnt um 11.30 Uhr. Den musikalischen Rahmen gestaltet die Bläsergemeinschaft der evangelischen Pauluskirche Gelsenkirchen.

Die Ortelsburger Heimatstube ist Sonnabend bis Montag, 15. sowie am 16. und am 17. September, in der Zeit von 10 bis 15 Uhr geöffnet und Besucher sind herzlich willkommen.

Wolfskinder

Eine der größten menschlichen Katastrophen nach dem Zweiten Weltkrieg spielte sich im nörd-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

lichen Ostpreußen ab: Über 100 000 Menschen starben an Seuchen und Unterernährung. Allein blieben Kinder: Ohne Eltern, ohne Familie, ohne ein Dach über dem Kopf. Ohne ein Zuhause waren sie auf sich alleine gestellt.

Dr. Christopher Spatz hat mehr als 50 von diesen Menschen im Erwachsenenalter interviewt und mit seinem Buch „Nur der Himmel blieb derselbe. Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben“ ein beeindruckendes Dokument vorgelegt.

Aus seinem Buch und seinen Gesprächen mit den Wolfskindern wird Spatz zum Auftakt des diesjährigen Hauptkreistreffens unserer Kreisgemeinschaft referieren. Diese Lesung wird in Zusammenarbeit mit der Martin-Opitz-Bibliothek durchgeführt. Freitag, 14. September, 18 Uhr, Martin-Opitz-Bibliothek (barrierefrei) Berliner Platz 5, 44623 Herne. Eintritt frei! Auch Nichtmitglieder und Gäste sind willkommen.



OSTERODE

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Mo. 14-17 Uhr, Do. 14–17 Uhr.

Hauptkreistreffen

Osterode am Harz – Sonnabend, 15. September, 10.15 bis 11.15 Uhr, Stadthalle, Osterode am Harz: Mitgliederversammlung. Hiermit lade ich zu der im Rahmen des Hauptkreistreffens stattfindenden Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen ein.

Tagesordnung:

1. Begrüßung, 2. Genehmigung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 16. September 2017, 3. Jahresbericht des Kreisvertreters, 4. Jahresrechnung 2017, 5. Bericht der Kassenprüfer, 6. Genehmigung des Jahresberichtes des Kreisvertreters und der Jahresrechnung, 7. Entlastung des Vorstandes, 8. Abberufung von Klaus Masuhr aus dem Vorstand der Kreisgemeinschaft Osterode (KGO), 9. Wahl neuer Vorstandsmitglieder KGO, 10. Verschiedenes.

PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, Telefon: (02103) 64759 oder Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net

Kreistreffen

Verden – Sonnabend, 15, bis Sonntag, 16. September, Niedersachsenhalle, Lindhooper Straße 92, Verden: Kreistreffen.

Bis zum Preußisch Eylauer Heimatmuseum im Verdener Kreishaus ist es von der Niedersachsenhalle aus nur ein kurzer Weg. Das Museum ist am Sonnabend von 9.30 bis 15 Uhr und am Sonntag von 9 bis 10.30 Uhr geöffnet und über den Haupteingang zu erreichen. Der weitere Weg ist ausgeschildert. Am Sonntag bieten wir eine Führung an.

Vorträge werden diese beiden Tage begleiten. Dr. Christopher Spatz wird über die Zeit nach dem Krieg und deren Auswirkungen für die vielen dort alleingebliebenen Kinder sprechen „Nur der Himmel blieb derselbe – Ostpreußens Hungerkinder“. Für Interessierte an Familienforschung wird Dr. Biesert Fragen beantworten und Hilfestellungen geben.

Sie können Freunde und alte Bekannte treffen, es wird genügend Zeit bleiben zum „Plachandern“ und sich zu erinnern. Wir werden zusammen die vertrauten Lieder aus unserer Heimat singen. Für das leibliche Wohl ist mit typischem ostpreußischen Blechkuchen nachmittags und einem Essen am Abend gesorgt.

Am Sonntag wird Pfarrer Herrmann aus Verden die Andacht während der Feierstunde halten, und wir gedenken zusammen derer, die von uns gegangen sind.

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft freut sich, Sie in Verden zu treffen und herzlich zu begrüßen.

Falls Sie noch keine Unterkunft haben: Die Tourist-Information Verden hilft Ihnen (04231-12345).

Evelyn v. Borries



RÖSSEL

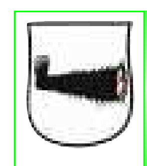
Kreisvertreter: Egbert Neubauer, Nordparkweg 29, 41462 Neuss, Telefon (02131) 569408. E-Mail: Kreisgemeinschaft-Roessel@gmx.de. Stellv. Kreisvertreter Ernst Grünheidt, Schatzmeister Siegfried Schrade, Schriftführerin Waltraud Wiemer, Archivarin/Karteiführerin Ursula Schlempe.

Hauptkreistreffen

Neuss – Freitag, 14. September, ab 16 Uhr, und Sonnabend, 15. September, ab 12 Uhr (10 Uhr: Gottesdienst), Aula, Berufsbildungszentrum, Hammfelddamm 2, 41460 Neuss: Hauptkreistreffen. Freitag, 14. September, ab 16 Uhr: 1. Begrüßung der Mitglieder, 2. Bericht des Kreisvertreters E. Neubauer, 3. Berichte der Mitglieder des Kreisausschusses und der Redaktion (RHB), 4. Gedenken der Verstorbenen, 5. Jahresrechnung 2017, 6. Bericht der Rechnungsprüfer, 7. Entlastung des Vorstands, 8. Haushalt 2018,

9. Anträge der Mitglieder. Anträge zur Tagesordnung bitte bis zum 11. September an den Kreisvertreter Egbert Neubauer, Nordparkweg 29, 41462 Neuss, 10. Verschiedenes.

Sonnabend, 15. September, ab 10 Uhr: Heilige Messe mit Pastor Thorsten Neudenberger, Kirche Immaculata der Augustinerinnen, Augustinusstraße 46, 41464 Neuss. Ab 12 Uhr: Feierstunde mit Grußwort, Tombola und ab 17 Uhr mit dem „Musikduo“.



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Bruderhilfe

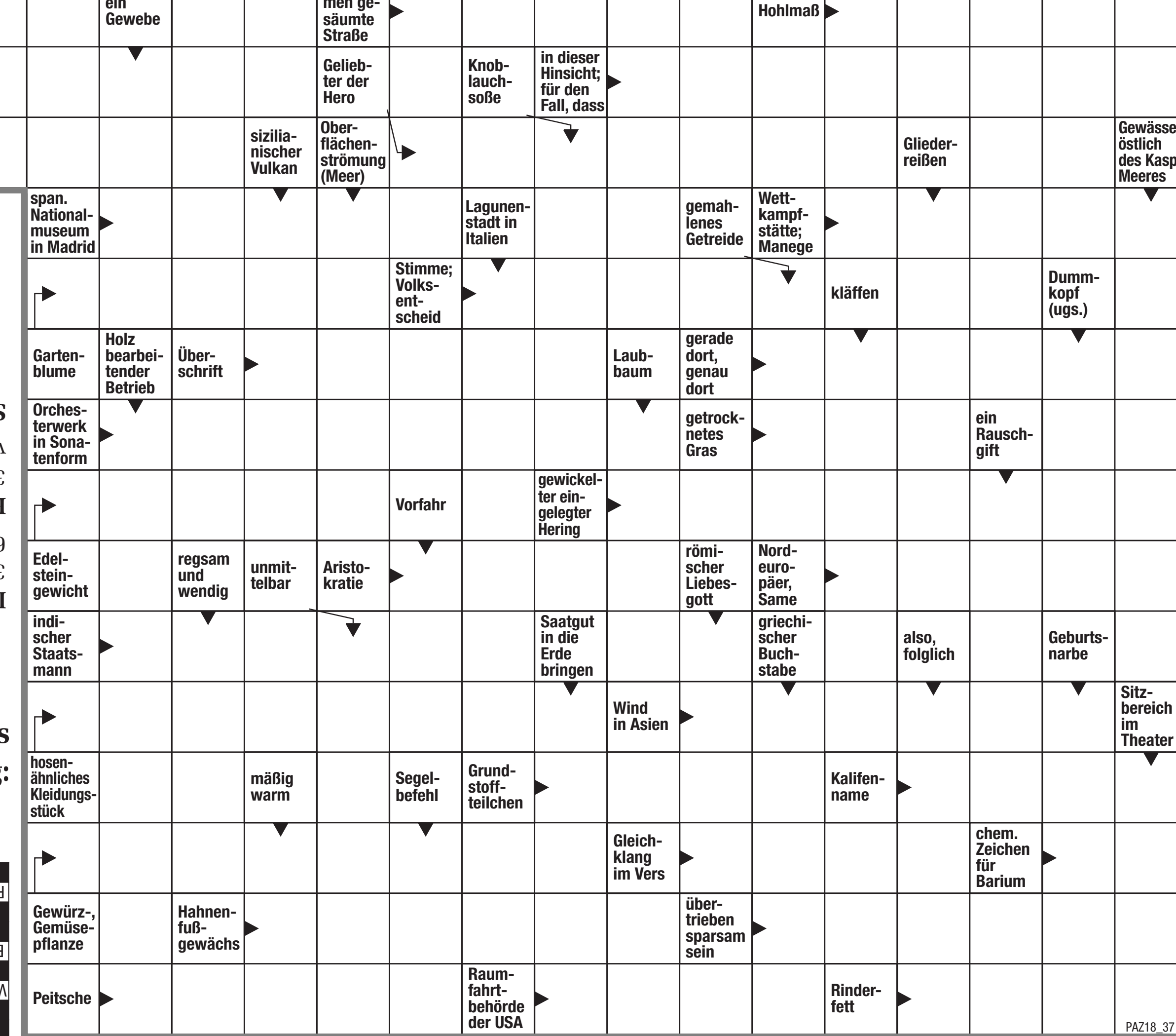
Der Vorgang der Auszahlung der Bruderhilfe hat sich im Laufe der Jahre stetig verändert. In früheren Jahren ist der Gesamtbetrag durch einen Kurier der Kreisgemeinschaft Sensburg an den Vorstand des Vereins „Bärentatze“ übergeben worden. Dieser hat laut vorbereiteten Listen die festgesetzten Beträge an die durch den dortigen Vorstand eingestuften Bedürftigen ausgehändigt. Zunächst ist diesem Vorgang nicht weitere Aufmerksamkeit geschenkt worden. Er hatte sich bewährt, und unsere Kreisgemeinschaft hat es weniger Anstrengung gekostet. Aufs Ganze gesehen haben wir dabei leider versäumt, die „Richtlinien für die Bruderhilfe der Landsmannschaft Ostpreußen“ gänzlich einzuhalten. Aufgabe jeder Kreisgemeinschaft ist es, dass sie die Mittel in Ostpreußen vor Ort selbst ausbezahlt. Einem aufmerksamen Betrachter war die seinerzeitige Praxis der Auszahlung in Sensburg stets ein wenig suspekt. Es bot sich dabei folgendes Bild: Im ersten Raum des Sensburger Vereins zahlten die Beitragssäumigen ihren jährlichen Jahresbetrag in polnischer Währung in Höhe von 25 und später 30 Zloty ein. In einem weiteren Zimmer erfolgte daraufhin die Auszahlung der humanitären Gabe „Bruderhilfe“ in Valuta der BRD. Diese „zweifelhafte Wechselstube“, wie sie ironisch benannt wurde, existiert mittlerweile nicht mehr.

Seit 2015 reisen beauftragte Vertreter der Kreisgemeinschaft dorthin und zahlen die Hilfe den Bedürftigen vor Ort, oft sogar in ihrer unmittelbaren Nähe aus, wodurch ihnen teilweise eine längere Fahrt erspart bleibt. Das bedeutet natürlich, dass die Empfänger zuvor persönlich aus unserer Geschäftsstelle in Remscheid dazu schriftlich eingeladen werden und Informationen über den gesamten Ablauf erhalten. Eine Änderung, die jährlich eintritt, ist die Anzahl der Landsleute auf den erstellten Bruderhilfelisten. Sie verringert sich ständig abwärts. So werden auch die Beträge, die von der LO fließen, im Laufe der Jahre geringer, weil das

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17



Sensburg: Dankbarkeit für Bruderhilfe Bild: privat



Sudoku

			8		9			
9	3						6	8
	7		5		2		4	
8		1				6		5
		5		9		7		
7		6				3		4
	5		7		3		2	
4	8						5	3
			1		8			

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

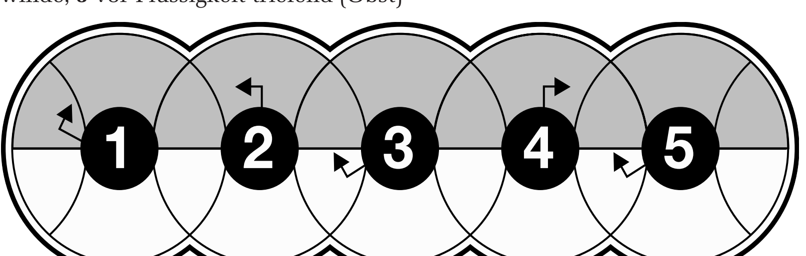
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei spanische Männervornamen.

1 Stadt an der Mosel
2 franz. Schriftsteller (Honoré de)
3 Beduinenmantel
4 unfair spielen (Sport)
5 Ringergriff
6 Versehen, Irrtum (lateinisch)

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für gewinnbringend, günstig.

1 Randgebiet einer größeren Stadt, **2** starkes Schiffstau, **3** Handwerker, **4** Seilwinde, **5** vor Flüssigkeit triefend (Obst)



So ist's richtig:



Diagonalrätsel: 1. Cochem, 2. Balzac, 3. Burnus, 4. foulen, 5. Nelson, 6. Lapsus – Carlos, Manuel

Kreiskette: 1. Vorort, 2. Trosse, 3. Seiler, 4. Haspel, 5. saftig – vorteilhaft

Sudoku:

5	1	4	8	6	9	2	3	7
9	3	2	4	1	7	5	6	8
6	7	8	5	3	2	9	4	1
8	2	1	3	7	4	6	9	5
3	4	5	6	9	1	7	8	2
7	9	6	2	8	5	3	1	4
1	5	9	7	4	3	8	2	6
4	8	7	9	2	6	1	5	3
2	9	3	1	5	8	4	7	6

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

Spendenaufkommen die gewünschte Höhe nicht mehr erreicht. Für das laufende Kalenderjahr mussten die Beträge der „Bruderhilfe“, die zunächst den Kreisgemeinschaften zugestellt werden, um 1/3 gekürzt werden. Von dieser Maßnahme betroffen musste auch unsere Kreisgemeinschaft ausgehen. Es bestand bei uns jedoch die Möglichkeit, die zugeteilte Bruderhilfe um ein Fünftel aus Mitteln der eigenen Finanzen aufzustocken. Die Überraschung war daher groß, als unsere deutschen Landsleute am Ort der Auszahlung einen Fünfzig-Euro-Schein in die Hand gedrückt bekamen.

Die Verantwortung für die Auszahlung dieser humanitären Hilfe im Kreis Sensburg lag in diesem Jahr in den Händen von drei Mitgliedern des Kreisausschusses unserer Kreisgemeinschaft. Klaus Schütz übernahm die Aufgabe für seinen Heimatbereich Peitschendorf. Gerhard Zielinski und Manfred Buchholz oblag dieser Auftrag in Sensburg und den Außenstellen Nikolaiken, Weißenburg und Sorquitten. Das eingangs erwähnte Verfahren der Bruderhilfe erfuhr einen weiteren Wandel. Die inzwischen sich meist im hohen Alter befindlichen Bedürftigen sind kaum noch in der Lage, ihren Anteil selbst abzuholen. Sie sind gebrechlich und zum Teil bettlägerig geworden. Eine Abholung per Vollmacht durch Angehörige oder Bekannte ist nicht immer gegeben oder wird einfach in einzelnen Fällen durch Altersvergesslichkeit nicht genutzt.

Diese geschilderten Gegebenheiten bekamen wir zur Genüge zu spüren. An mehreren Tagen war das zweiköpfige Team in den Dörfern der genannten Außenstellen, oft auch auf staubigen Feld- und Waldwegen unterwegs, um die Bruderhilfe in den Häusern zu überbringen. Am Abend, bei der Betrachtung des Fahrzeugs, konnte der Eindruck entstehen, wir hätten ein Stück der Sahara durchquert. Die Dürre des diesjährigen Sommers zeigte bereits während unseres dortigen Aufenthalts im Juni ihre Auswirkungen.

Bei diesen Begegnungen ging es nicht nur um die erteilte Hilfe in Form einer neuen orangefarbenen Banknote, die sie freudig in der Hand hielten und manchmal auch bestaunten, weil ein solcher Geldschein noch nie zuvor bei ihnen im Umlauf war. Vielmehr war hier in erster Linie der Besuch aus Deutschland gefragt.

Und so stellt sich die Situation dar: Alleinstehende Menschen erfahren plötzlich, dass da Leute vor Ihnen stehen, die mit Ihnen Deutsch sprechen, die von weither angereist sind, ihretwegen gekommen sind, sie in ihrem Abseits gefunden haben und jetzt zum Ausdruck bringen, dass Landsleute, die einst hier lebten, ihre Heimat verlassen mussten, nach unzähligen Jahren mit einer kleinen Gabe die Verbindung hierher nicht abreißen lassen.

Diesen Menschen zu zeigen, ihr seid nicht vergessen, ist enorm wichtig. Ihnen sollte zukünftig unsere besondere Aufmerksamkeit gelten. Unser Besuchsdienst wird eine rapide Erweiterung erfahren, und die „Bruderhilfe“ mündet in diese Aufgabe. Mit einer sehr aktiven Mitarbeiterin einer benachbarten Kreisgemeinschaft tauschten wir uns am Rande eines Telefongesprächs über dieses Thema aus. Wir fragten uns, ob die „Bruderhilfe“ in der bisherigen Form zukünftig so beibehalten werden sollte.

Aufgabe unserer Kreisgemeinschaft, bezüglich der „Bruderhilfe“, bleibt laut Richtlinien der LO die humanitäre Betreuung deutscher Landsleute in Ostpreußen. Darin sieht die Kreisgemeinschaft Sensburg ihren Auftrag, auch im erweiterten Besuchsdienst der Bruderhilfe, den Bedürftigen, den sich loyal zum Deutschtum Bekennenden, die in der Sensburger Heimat verblieben sind, humanitäre Betreuung zu leisten.

Manfred Buchholz

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Montag, 17., bis Montag, 24. September: Fahrt zum Ostpreußentreffen nach Rostock. – Sonnabend, 15. September, 14 Uhr, Hotel Wartburg, Langestraße 49, Stuttgart: Landesdelegiertentagung. – Sonnabend, 15. September, 14 Uhr, Hotel Wartburg, Langestraße 49, Stuttgart: Landeskulturtagung. – Sonntag, 16. September, 9 Uhr, Hotel Wartburg, Langestraße 49, Stuttgart: Landesfrauentagung, nach dem „Wort zum Sonntag“ von Irma Barraud folgen die Berichte der kulturellen Frauenarbeit in Baden-Württemberg. Gemeinsames Mittagessen um 12.30 Uhr, anschließend ab 14 Uhr, Stuttgarter Liederhalle: Tag der Heimat. Unter dem Motto „Unrechtsdekrete beseitigen – Europa zusammenführen“ spricht Festredner: Guido Wolf MdL, Minister für Justiz und Europa. Im Foyer der Liederhalle werden sich die Landsmannschaften präsentieren. Auch wir Ostpreußen und die Westpreußen sind dabei. Das kulturelle Rahmenprogramm wird von heimatlichen Sing, Tanz- und Instrumentalgruppen gestaltet. Bitte bringen Sie Ihr Ost- oder Westpreußenkleid beziehungsweise Weste mit, damit wir als Ost- und Westpreußengruppe in Tracht beim Einmarsch der Trachtenträger teilnehmen können. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen.

Programm

Sonnabend, 15. September

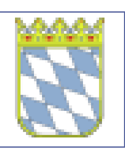
14 Uhr: Isabelle Kusari, Mezzosopranistin, „Preußen mit Liedern, Gedichten und Hymnen...“.

Frau Kusari wird alle Monarchen historisch, poetisch und musikalisch präsentieren, darunter Friedrich Wilhelm von Hohenzollern, der Große Kurfürst - Friedrich I., erster König von Preußen – Friedrich Wilhelm I., genannt der Soldatenkönig – Friedrich II., genannt der Große – Friedrich Wilhelm II. – Friedrich Wilhelm III. – Friedrich Wilhelm IV. – Wilhelm I. – Wilhelm II.,

16.30 Uhr: Uta Lüttich: „Heinz Sielmann (2. Juni 1917 – 6. Oktober 2006) Ein Leben für die Natur, mit der Kamera um die ganze Welt“,

Ostpreußenlied, Deutschlandlied (3. Strophe).

Ludwigsburg – Dienstag, 18. September, 15 Uhr, Krauthof, Beihingerstraße 27: Stammtisch.



Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 22. September, 15 Uhr, Orangerie: Wir lesen aus Geschichten aus „So zärtlich war Suleyken“ von Siegfried Lenz.

Bamberg – Mittwoch, 19. September, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße, Bamberg: Monatstreffen.

Landshut – Dienstag, 18. September, 12 Uhr, Hotel Gasthof Insel: Mittagessen „Königsberger Klopse“.

Nürnberg – Dienstag, 25. September, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nbg.-Langwasser, Ende der U1 gegenüber: Reiseberichte vom Besuch der Heimat Ostpreußen vom Sommer 2018. Gäste willkommen.

Berlin

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPEN



Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

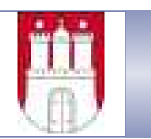


Königsberg – Freitag, 21. September, 14 Uhr, Johann–Georg–Stuben–Straße 10, 10709 Berlin-Halensee. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.





Heilsberg, Rößel – Sonnabend, 29. September, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte „Maria Rimkus Haus“, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Erntedankfeier. Anfragen: Erika Hackbarth, Telefon (033762)40137, für Rößel Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.

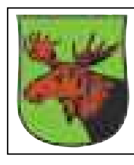


Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Sonntag, 16. September, 15 Uhr, Gemeindehaus (Bachsaal), Hauptkirche St. Michaelis, Krayenkamp, 20459 Hamburg (S1, S3 – Stadthausbrücke; U3 – Rödingsmarkt; Buslinie 6 und 37 – Haltestelle Michaeliskirche): Tag der Heimat 2018 des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg, Der Tag der Heimat findet statt unter dem Motto „Unrechtsdekrete beseitigen – Europa zusammenführen“. Im Vorprogramm tritt die Musikgruppe „Im Herzen Jung“ unter der Leitung von Viktor Diehl auf; nach dem Fahnengruß läuft Programm der Chor „Abendklang 2001“ unter der Leitung von Lilia Berschin. Die Festrede hält Johannes Kahrs, MdB (SPD). Es folgen Renate Reetz mit einem „Donauschwäbischen Intermezzo“ und die „Vierländer Trachtengruppe“ unter Leitung von Sabine Schmidt. Das Schlusswort hält Dieter Neumann, Vorsitzender der Landsmannschaft Westpreußen. Moderation: Peter Voß. Einlass ab 14 Uhr. Eintritt: 3 Euro. Nach der Veranstaltung findet ein Kaffeetrinken im Haus der Heimat, Teilfeld 8, statt. – Sonntag, 23. September: Das Kulturreferat lädt herzlich ein zur Fahrt nach Elmshorn zum ostpreußischen Theater Dittchenbühne. Nach dem gemeinsamen Kaffeetrinken sehen wir uns das Schauspiel „Die Reise nach Tilsit“ von Hermann Sudermann an. Abfahrten des Busses: 13 Uhr: Meckelfeld, Höpenstraße. 88, Bushaltestelle Waldquelle, 13.15 Uhr: Harburg-Hauptbahnhof, 14 Uhr: Kirchenallee – am Hamburger Hauptbahnhof. 18.30 Uhr: Rückfahrt über Kirchenallee und Harburg nach Meckelfeld. Im Gesamtpreis von 30 Euro pro Person enthalten: Fahrt im modernen Reisebus, ein Fläschchen Bärenfang während der Hinfahrt, Kaffee und Kuchen mit einem Bärenfang im Festsaal der Dittchenbühne, Theateraufführung. Anmeldung bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520 und (0172) 9209151, E-Mail: walter.bridszuhn@gmx.de.

KREISGRUPPEN



Elchniederung – Dienstag, 25. September, 14 Uhr, Berenberg-Gossler-Haus, Niendorfer Kirchenweg 17, Hamburg-Niendorf: Treffen der Gruppe zum fröhlichen Beisammensein mit Kaffeetafel zum Herbstbeginn und mit Erinnerungen an den Erntedank in der Heimat. Gäste sind immer herzlich willkommen. Nähere Auskunft bei Helga Bergner, Telefon (040) 5226122.



Osterode – Sonnabend, 29. September, 14 Uhr, Magnolienzimmer, Restaurant Riebeling, Fuhlsbüttler Straße 755, Hamburg-Ohlsdorf: Herbstfest. Wir begrüßen den Herbst mit Liedern und Gedichten. Gäste sind willkommen.



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 15. September: Treffen zum Thema „Beginn der ‚Berliner Luftbrücke‘ vor 70 Jahren“. Der letzte Zeitzeuge Siegfried Kugies berichtet, wie er als Eisenbahner vor 70 Jahren daran beteiligt war.

Nach unserer unfreiwillig verlängerten Sommerpause wird es mit Sicherheit ein sehr informativer und interessanter Vortrag werden.

Wir freuen uns auf ein gesundes und erholtes Wiedersehen und hoffen auf eine zahlreiche Teilnahme bei unserer Veranstaltung. Auch Gäste sind immer herzlich willkommen.

Eine gute Besserung und baldige Genesung wünschen wir allen Kranken und hoffen auf ein Wiedersehen bei unseren nächsten Treffen.

Bericht – Zum Tag der Heimat, der unter dem Motto „Unrechtsdekrete beseitigen-Europa zusammenführen“ stand, trafen sich am 1. September der Kreisverband Darmstadt-Stadt und Landkreis Darmstadt-Dieburg mit seinen Landsmannschaften im Bund der Vertriebenen (BdV).

Auf dem Waldfriedhof in Darmstadt legten Mitglieder der Verbände, teilweise gekleidet in Landestracht, Kränze nieder, um an Flucht, Vertreibung und als Zeichen der Verbundenheit mit den Betroffenen zu erinnern und ihrer zu gedenken.

Nach den begrüßenden Worten und der Ansprache der Kreis-Vorsitzenden des BDV Kreisverband Darmstadt-Dieburg, sprachen ein Mitglied des Europaparlamentes, der Oberbürgermeister von Darmstadt, und ein Vertreter der evangelischen Kirche gedenkende Worte zum Thema des Tages, und von Flucht und Vertreibung während und nach den schlimmen Kriegsjahren, und das heute immer noch weltweit ein existentes nicht endendes Problem ist. Alle Redner an der Gedenkfeier haben ihre Wurzeln aus den Vertriebenen-Gebieten.

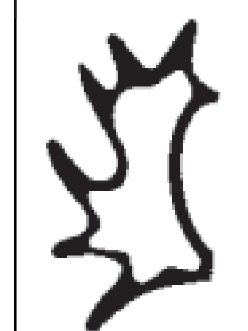
Der evangelische Posaunenchor Groß-Bieberau sorgte für die musikalische Umrahmung der Gedenkfeier. Bei diesen Feierlichkeiten waren Schlesier, Sudetendeutsche sowie die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen und Personen aus anderen Vertreibungsgebieten zugegen.

Dillenburg – Bei der letzten Monatsversammlung am 29. August brachte Lothar Hoffmann nach dem gemeinsamen Kaffeetrinken zunächst eine Rückbesinnung auf die Versammlung im Juni, in der er über August Kopisch und sein Gedicht „Die Heinzelmännchen von Köln“ gesprochen hatte. Von August Kopisch gibt es noch andere erzählende Gedichte wie „Der Schneiderjunge von Krippstedt“. Der Schneiderjunge wird zum Helden der Stadt: Er hat dem Bürgermeister die Zunge herausgestreckt und wird dafür in den Turm gesteckt. Während er gefangen ist, bricht ein Gewitter aus und der Blitz schlägt in den Turm ein. Der fängt daraufhin Feuer und die ganze Stadt droht abzubrennen. Als das Turmdach schon brennt und alle Bürger der Stadt mit Feuereimern Wasser herbeischleppen – denn die einzige Feuerspritze ist kaputt –, da klettert der freche Schneiderjunge aus einem Turmfenster und löscht mit seiner Mütze die schon brennende Turmspitze. Der Bür-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Neuer Ostpreußenkalender

Ostpreußens einzigartige Schönheit hat schon immer bedeutende Maler angelockt. Masuren mit seinen unzähligen Seen gehört natürlich dazu. So ist es nicht verwunderlich, dass neben Naturliebhabern auch Künstler sich in diese Landschaft verliebt haben. Ausgewählte Werke solcher Maler, die sich von Ostpreußen faszinieren und inspirieren ließen, sind jährlich in den exklusiven Kalendern des Dortmunder Verlages „type art satz & grafik“ zu sehen. Das gilt natürlich auch für 2019. „Masuren als Malerlandschaft“ lautet das Thema des neuen Kalenders in dem Format: 50 x 35 Zentimeter. Er kann bis zum 30. September inklusive Versand zum Vorzugspreis von 21,50 Euro bestellt werden (später 23,70 Euro). Zu erhalten ist der Kalender bei „type art satz & grafik“, Südrandweg 15, 44139 Dortmund, Telefon (0231) 5573780, Fax (0231) 55737820, E-Mail: info@typeart-dortmund.de.



Erich Gindler: Bunkenmühle am Schillingsee Bild: type art

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

germeister lobt ihn dafür und verspricht, die Feuerspritze reparieren zu lassen.

Lothar Hoffmann berichtete von dem in Danzig geborenen Kaufmannssohn Robert Reinick (1805–1832). Von ihm stammt auch das Gedicht „Der schlafende Apfel“, das viele von uns mitsprechen konnten, da sie es einmal in der Schule gelernt hatten: „Im Baum, im grünen Bettchen, hoch oben sich ein Apfel wiegt. Er hat so rote Bäckchen, man sieht, dass er im Schlafe liegt. Ein Kind steht unterm Baume...“.Das Kind möchte den Apfel aufwecken. Es versucht es erst selber – der Apfel rührt sich nicht. Es bittet die Sonne, dann einen Vogel, den Apfel zu wecken. Der aber rührt sich nicht. Erst der Wind schafft es mit Blasen, den Apfel aufzuwecken. Er fällt dem Kind in die Schürze und das bedankt sich höflich.

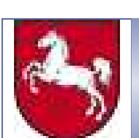
Genauso erlebnisreich sind die Erzählungen über den Berggeist Rübezahl. Rübezahl ist der Geist des Riesengebirges, eine der bekanntesten Gegenden Schlesiens. (Reinick war nach Breslau gezogen, der Hauptstadt Schlesiens). Das Riesengebirge ist ein 37 Kilometer langer Gebirgskamm an der schlesisch-böhmischen Grenze, dessen höchste Erhebung die Schneekoppe mit 1603 Meter ist. Dort haust Rübezahl.

Lothar Hoffmann las die Sage des schlesischen Heimatdichters Hemann Gebhardt (1889–1959) über die Entstehung des Namens „Rübezahl“: Der Berggeist entführt die junge Prinzessin Emma, in die er sich verliebt hat, in sein Zauberreich. Damit sie sich in seinem Palast nicht langweilt, verwandelt er Rüben in Spielgefährtinnen für Emma. Da die Rüben aber schnell runzlig werden, muss er ständig für Nachschub sorgen, also immer neue Rüben anpflanzen. Eines Tages bittet ihn Emma, die Rüben auf dem Feld zu zählen. Dieser muss immer wieder von vorn anfangen, weil er sich bei 728262 Rüben so oft verzählt, dass Emma in der Zwischenzeit fliehen kann. Kein Wunder also, dass er wütend wird, wenn man ihn „Rübezahl“ oder „Rübenzähler“ ruft.

In Reinicks Geschichte „Rübezahls Mittagstisch“ wird die Schönheit der Landschaft beschrieben. Ein „Ewiger“ Student, der behauptet, sich auszukennen, führt eine Wandergesellschaft an, verirrt sich aber und ruft Rübezahl zu Hilfe. Der führt den Angeber und seine Gesellschaft aber ganz woanders hin, als sie wollten.

Zum Schluss las Hoffmann noch Reinicks Geschichte „Die Wolke“ vor. Der Wolke werden menschliche Züge angedichtet weil sie durch ihr Wasser, das sie als Regen ausschüttet, den Menschen hilft. *Ingrid Nowakiewitsch*

Wiesbaden – Sonntag, 16. September, 11 Uhr, Rotunde, Schloss Biebrich, Wiesbaden: Zentraler Tag der Heimat 2018 und Hessischer Gedenktag mit Festredner Bernard Gaida. – Donnerstag, 20. September, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Serviert wird Falscher Hase. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 14. September bei Helga Kukwa unter Telefon 373521. – Sonntag, 29. September, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35, 65185 Wiesbaden: Monatstreffen „Feier des Erntedankfestes“. Wer durch Geld- und/oder Sachspenden mithelfen möchte, den Erntetisch zu bereichern und zu verschönern, teilt dies bitte Helga Kukwa, Telefon 373521, mit. Allen Geld- und Sachspendern herzlichen Dank.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Osnabrück – Dienstag, 18. September, 16.30 Uhr, Hotel Novum, Blumenhaller Weg 152: Kegeln. – Freitag, 21. September, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Sonnabend, 22. September, 14 Uhr, evangelisches Gemeindehaus Willich-Anrath, Jakob-Krebs-Straße 121: zentrale Zusammenkunft der Vertriebenen für den Kreis Viersen aus Anlass des Tages der Heimat (siehe unter Viersen).

Düsseldorf – Freitag, 14. September, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtischtreffen. – Sonnabend, 15. September, 11 Uhr, Infostand Düsseldorfer Hauptbahnhof: Wandertreffen. – Mittwoch, 19. September, 15 Uhr, GHH: Bücher im Gespräch „Georgien“. – Donnerstag, 20. September, 18 Uhr, Raum 412, GHH: Offenes Singen. – Freitag, 21. September, 19 Uhr, GHH: Ausstellungseröffnung „Rebellion im Dorf – Düsseldorf 1968“, läuft bis 2. November. – Donnerstag, 27. September, 19 Uhr, GHH: Vortrag „Zum 75. Todestag von Alexander Schmorell“.

Lippe – Mittwoch, 19. September, 15 Uhr, Kleiner Festsaal, Stadthalle Detmold: Herbstveranstaltung mit einem Gedichtvortrag von Christel Mörchel, einem Diavortrag von Klaus Blattgerste und einem Vortrag in ostpreußischer Mundart von Christel Schrei. – Mittwoch, 26. September, 8 Uhr, Abfahrt Kronenplatz, Detmold, und 8.20 Uhr, Bahnhof, Lemgo: Fahrt zum Ostpreußischen Landesmuseum nach Lüneburg. Das Museum hat in den letzten beiden Jahren einen Erweiterungsbau erhalten und wurde am 25. August mit neuer Dauerausstellung wiedereröffnet.

Die Landsmannschaft Ostpreußen Kreisgruppe Lippe hat sich einen der ersten möglichen Termine für die Besichtigung der neuen Dauerausstellung gesichert. Vor Ort werden wir durch den Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums, Dr. Joachim Mähnert, begrüßt werden.

Programm

8 Uhr: Abfahrt in Detmold Kronenplatz,

8.20 Uhr: Zusteigemöglichkeit in Lemgo Bahnhof,

12 bis 13 Uhr: Mittagspause in der Kronengaststätte, direkt am Landesmuseum, nach Ankunft in Lüneburg,

13 bis 15 Uhr: Besichtigung des Ostpreußischen Landesmuseums mit Führung,

15 bis 16 Uhr: Freizeit,

16 Uhr: Rückfahrt,

19.40 Uhr: Ankunft in Lemgo Bahnhof, 20 Uhr: Ankunft in Detmold Kronenplatz.

Die Anmeldung zu der Fahrt erfolgt ausschließlich durch die Überweisung des Teilnehmerbeitrages in Höhe von 30 Euro auf das Konto der Kreisgruppe IBAN DE32476501300002001063. Unter Verwendungszweck muss unbedingt das Stichwort „Landesmuseum“ und der Name des oder der Teilnehmer angegeben werden. Mit Eingang des Teilnehmerbeitrages ist die Anmeldung verbindlich. Anmeldungen können nur bis zum 20 September vorgenommen werden. Sollte es mehr Anmeldungen als Plätze geben, ist die Reihenfolge der Anmeldung (Überweisung) maßgeblich.

Das Mittagessen in der Kronengaststätte neben dem Landesmuseum erfolgt auf eigene Kosten und ist im Teilnehmerbeitrag nicht enthalten.

Der Besuch des wiedereröffneten Ostpreußischen Landesmuseums ist sicher ein besonderes Erlebnis und fast ein „Muss“ für jeden Ostpreußen und jeden Freund Ostpreußens. Der Kreisvorstand würde sich über eine rege Beteiligung sehr freuen.

Neuss – Sonntag, 30. September, 14 Uhr (Beginn 15 Uhr), Marienhaus, Kapitelstraße 36: Erntedankfest der Ostpreußen mit Gedichten, Liedern und Tanz unter der Erntekrone.

Schwelm – Sonntag, 23. September, 14.30 Uhr (15 Uhr Beginn), Kolpinghaus: Tag der Heimat.

Viersen – Sonnabend, 22. September, 14 Uhr, evangelisches Gemeindehaus Willich-Anrath, Jakob-Krebs-Straße 121: Tag der Heimat. Programm: 14 Uhr, Gottesdienst; 15 Uhr, gemeinsame Kaffeetafel; 16 Uhr, Gedenkstunde mit Grußwort des Kreises Viersen. Es wirken mit: „de Leddschwesweäver“ Anrath unter der Leitung von Christoph Carlhoff und Friedrich Kluth (Mundart), Else Tresp (Gedicht), Mandolinen- und Gitarrenorchester Schiefbahn unter der Leitung von Jochen Haas, Begrüßung durch Jürgen Zauner und das Schlusswort hält Hartmut Perske. – Sonnabend, 6. Oktober, 15 Uhr, „Dülkener Hof“, Lange Straße 54: Erntedankveranstaltung. Auch in diesem Jahr wird für Ihr leibliches Wohlbefinden in bewährter Weise gesorgt. Der Unkostenbeitrag beträgt für Kaffee, Kuchen und ein Garantielos 7,50 Euro pro Person. Spenden für unsere Erntedankverlosung werden vom 1. bis zum 5. Oktober erbeten (An der Hees 15). Bitte bringen Sie Freunde und Bekannte mit. Jeder zusätzliche Gast sichert das zukünftige Fortbestehen unserer Gruppe und ist bei uns herzlich willkommen!



RHEINLAND-PFALZ

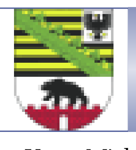
BdV – Sonntag, 16. September, ab 10.30 Uhr, Bürgersaal der Stadt Germersheim, Stadthaus, Kolpingplatz 3: Tag der Heimat mit Tobias Meyer (BdV), Alexander Schweitzer (Vorsitzender der SPD-Landesfraktion) und Wolfgang Thüne.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 22. September, Sachsenstraße 3: Erntedankfest nach ostpreußischer Art. – Mittwoch, 3., bis Donnerstag, 4. Oktober: Fahrt der Gerhard-Hauptmann-Oberschüler zum Haus der Heimat nach Reichenbach.

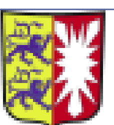


SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Dienstag, 25. September, 14 Uhr: Busfahrt zum Ostpreußischen Landesmuseum nach Lüneburg.

Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 759950.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Flensburg – Freitag, 21. September, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafé, Mathildenstraße 22, Flensburg: Kaffeetafel mit anschließenden Gesprächen.

Uetersen – Freitag, 14. September: Busfahrt nach Lüneburg, Besuch des neugestalteten Ostpreußischen Landesmuseums mit Deutschbaltischer Abteilung, Heiligengeiststraße 38, Lüneburg.

Kreismuseum Prinzeßhof

Itzehoe – Bis zum 14. Oktober ist im Prinzeßhof die Ausstellung „Steh fest, o Turm, jahrtausendlang! Die Itzehoer Bismarcksäule im Wandel der Zeit“ zu sehen. Kreismuseum Prinzeßhof, Kirchenstraße 20, 25524 Itzehoe, Telefon (04821) 64068, Internet: www.kreismuseum-prinzesshof.de.

Fachtagung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn, Telefon (0228) 915120, veranstaltet eine staats- und völkerrechtliche Fachtagung: Der Erste Weltkrieg und seine Folgen für das Zusammenleben der Völker in Mittel- und Ostmitteleuropa, Teil III, Königswinter, Arbeitnehmer-Zentrum, 4. und 5. Oktober.

Die Fachtagung findet statt im Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK), Johannes-Albers-Allee 3, 53639 Königswinter, Telefon (02223) 730, Fax (02223) 73111, E-Mail: info@azk.de, Internet: www.azk.de.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

»Wir vergessen unsere Wurzeln nicht«

Der polnische Präsident zeigt sich beim Wahlkampf im geteilten Görlitz geschichtsbewusst

Am 6. September sang die Musikgruppe Grenzland (Pogranicze) aus dem polnischen Teil der Neißestadt Görlitz [Zgorzelec] zur Begrüßung des polnischen Präsidenten Andrzej Duda: „Es singt dir nun ein fremder Wind, begeistert eine schöne Welt, doch dein Herz hat Sehnsucht. Weit weg von hier blieb dein Haus und dort ist es am schönsten. Dort blühen unter polnischem Himmel heimatliche Blumen in deren Duft und Schönheit Polen verborgen ist“. Was für Polen selbstverständlich ist – eben das Oberhaupt mit patriotischen Liedern zu begrüßen – löst bei Deutschen zumindest Verwunderung aus. „Man müsse sich mal vorstellen: Präsident Steinmeier besucht zum Beispiel Königswinter oder Vechta und ein Vertriebenenchor singt dabei Heimatlieder“, lächelte der Görlitzer Matthias Wehnert, der den Besuch des Präsidenten fotografisch dokumentierte.

Polen steht vor Kommunalwahlen, und die Politiker sind auf Wählerfang unterwegs. „Wenn das polnische Staatsoberhaupt unsere Nachbarstadt besucht, sollte man es sich zumindest anschauen“, so Wehnert.

„Andrzej Duda“ skandierten die polnischen Görlitzer, als der Präsident den Parkplatz neben dem Polizei- und Landratsamtsgebäude betritt. Hier, neben der einstigen Kleist-Kaserne, schwenkten Kinder und Erwachsene polnischen Fahnen und Schüler in Galakleidung (weiße Bluse oder Hemd und dunkle Stoffhose oder Rock), Pfadfinder in Uniformen sowie viele Ältere sangen zur Begrüßung „Hoch soll er leben“ und dann die polnische Hymne.

Gastgeberin war Landrätin Urszula Ciupak. Sie betonte, dass man es von Görlitz aus näher nach Prag, Berlin oder Pressburg als nach Warschau habe und deshalb stolz auf den hohen Besuch sei. „Wir befinden uns hier in der Oberlausitz, wo vor 1000 Jahren Boleslaus der Tapfere (Boleslaw Chobry) im unweit gelegenen Bautzen Frieden mit Kaiser Heinrich II. schloss und damit dieses Land an Polen angeschlossen wurde“, so Ciupak. Sie erinnerte, dass nach Kriegsende Menschen aus vielen Teilen Polens in die „wiedergewonnenen Gebiete“ kamen. „Wir vergessen unsere Wurzeln nicht, diese Erinnerung ist der Grundstock unserer Identität und des Bewusstseins woher wir stammen und wer wir sind“, so Ciupak.

Präsident Duda war sich ebenfalls bewusst, wo er zu Besuch war. Er erinnerte sich, als er zum ersten Mal 2009 über die Altstadtbrücke in den deutschen Teil der Stadt ging und welche Gefühle dies in ihm weckte: „Man konnte einfach so rüber gehen, ohne dass man kontrolliert wurde. Ich habe daraufhin meine Ehefrau Agata zwei Mal hierher gebracht, denn ich wollte ihr den Ort zeigen, wo so stark das Herz des vereinten Europas schlägt und wo dieses so sichtbar ist. Und wer sich noch an Zeiten erinnert als es den eisernen Vorhang gab, als hier eine Grenze war und man kein Pass bekommen konnte, der schätzt die Veränderung und was erreicht wurde“, so Duda. Auch der Präsident ging auf die Herkunft der Bewohner ein und sagte: „Ihr seid unter Zwang aus den polnischen Ostgebieten hierhergekommen, aus der Umgebung von Tarnopol, Lemberg, Stryj, Stanislau, habt dort Eure Häuser und die vertraute Heimat verlassen, aber Ihr habt etwas mitgebracht: das Polentum, eure Kultur und den Arbeitsethos, unseren Glauben – all das, was wirklich wichtig ist, was überdauert und das Überleben in einem Land, das früher anderen gehörte, erst ermöglicht“.



Zu Besuch im polnischen Teil von Görlitz [Zgorzelec]: Präsident Andrzej Duda
Bild: C. W. Wagner

Erwartungsgemäß spulte Duda auch das Wahlprogramm der Regierungspartei ab und erntete dafür von den Wohlgesinnten Applaus und den Widersachern Buhrufe.

„Ich habe nicht viel verstanden, aber die Versammelten haben mir bereitwillig erklärt, wer zum Beispiel die Bannerträger auf der Bühne waren oder wer auftrat. Die Menschen freuten sich, dass sich auch deutsche Görlitzer für den Besuch des polnischen Oberhauptes interessieren“, berichtete Wehnert, dem seine polnischen Pressekollegen sogar Platz auf der Medientribüne machten.

Chris W. Wagner

Schloss Lekow – ein Refugium und Kleinod

Historie, Ferien, Kultur, traumhafte Landschaft und der 90. Geburtstag des Malers Werner Sinapius

Der letzte Herr v. Lekow auf Lekow, Landrat Johann Georg Friedrich, starb ebenda am 7. Sept. 1823 ohne Nachkommen. Lekow war inzwischen durch die Neuordnung Europas auf dem Wiener Kongress der preußischen Provinz Pommern zugeschlagen worden, wurde aber noch vom Provinzialständischen Verband Brandenburgs verwaltet. Erst mit Inkrafttreten der „Neuen Provinzialordnung“ Preußens am 1. Jan. 1876 gehörte Lekow wie der Kreis Schivelbein auch verwaltungstechnisch zu Pommern.

Der älteste der vier Söhne von des Landrats Neffen Carl Christian aus dessen Ehe mit der Gräfin Antoinette v. Mostowska, nämlich Julius Leopold v. Lekow, erbte das Gut. Allerdings war er durch seinen Stiefvater, den Freiherrn Michael v. Stosch, bereits mit einem Gute in Schlesien ausgestattet worden, so dass er sich 1828 zum Verkauf von Lekow mit allen dazugehörigen Gütern entschloss.

Auch die übrigen Brüder v. Lekow waren vom Freiherrn v. Stosch mit umfangreichen Gütern in Schlesien und in Ostpreußen ausgestattet worden.

Das Gut Lekow, durch geschickte Heiratspolitik auf rund 6000 ha angewachsen, wurde anlässlich der Veräußerung in kleinere Einheiten zerlegt. Beim Schloss blieben nur Kunow, Teschenbusch und Boltenhagen, die vom Erwerber bereits 1845 an Konrad Karl Gerhard Cleve weiterverkauft wurden.

Dessen Sohn Anton Cleve (1851-1911) folgte den Zeichen der Zeit mit Investitionen in den industriellen Sektor: Eine Ziegelei wurde errichtet, und bald ragte der hohe Schlot einer Dampfstärkefabrik 50 m vor dem Schloss in den Himmel (beide Anlagen wurden 1976 abgerissen). Die heute noch vorhandenen Wirtschaftsgebäude, unter anderem ein kunstvoller Getreidespeicher, wurden ebenfalls in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert errichtet.

Nach dem Preußenschlag des Reichskanzlers Franz v. Papen sorgte dessen Regierung als Sparmaßnahme am 1. Okt. 1932 für die Auflösung des Kreises Schivelbein und dessen Aufgehen im neuen Kreis Belgard-Schivelbein.

Der Zweite Weltkrieg hatte Lekow nur kurz berührt: Die Korpsgruppe v. Tettau war in einer Stärke von noch über 10.000 Mann im Bereich Schivelbein-Bad Polzin von russischen Kräften eingeschlossen gewesen und folgte am Abend des 4.3.1945 dem Durchbruchsbefehl. Die dazugehörigen Divisionen „Pommernland“ und „Holstein“ sowie die 15. (lettische) SS-Division bewegten sich auf dem Weg zum Oderbrückenkopf Dievenow am 5.3.1945 bei starkem Schneetreiben durch Lekow, während die Russen weiter südlich die Straße nach Regenwalde besetzt hielten und den kürzesten Weg zur Oder versperrten. Seit dem 20.3.1945 war die Oder endgültig neue Frontlinie.

Am 3.3.1945 unternahm der Herr auf Lekow, Justus Cleve, einen späten Treckversuch, kehrte aber am 14.3.1945 zurück. Im verlassenen Schloss war derweil die Kommandantur der polnischen Nationalarmee (Armia Krajowa = AK) eingezogen, denn die Russen quartierten sich lieber in Gütern mit Alkoholbrennerei ein. Die meisten Räume dienten zunächst als Lazarett.

Justus Cleve wurde von der polnischen Militäradministration sofort als Gutsverwalter eingesetzt und in der Folge gegen sowjetische Intervention verteidigt.

Der Zeitzeuge Stefan Kuchta, *1926, seit 1943 Mitglied der zunächst im Untergrund tätigen AK, kam als Unteroffizier und Ordonanz des Hauptmanns Czaja zu Ostern 1945 nach Lekow. Er berichtet, dass die junge Frau Cecilie Cleve einmal von russischen Soldaten entführt worden sei und dass dank seines Einsatzes ihr Aufenthaltsort in Meseritz ermittelt werden konnte. Hauptmann Czaja habe dann ihre Herausgabe bei den Russen durchsetzen können. Als am 30.6.1945 der Ausweisungsbefehl kam, brachte Stefan Kuchta das Ehepaar Cleve in deren bester geschlossenen Kutsche nach Schivelbein zum Bahnhof.

Schloss und Gut Lekow unterstanden noch bis 1948 der polnischen Militäradministration, dann trat der erste zivile Gutsverwalter, Langer mit Namen, seinen Dienst an; Lekows Wälder wurden der staatlichen Forstwirtschaft eingegliedert.

Seit 1954 gelang dem neuen Verwalter Antoni Siwiński eine straffe Führung – nicht nur in der Landwirtschaft, der Dampfstärkefabrik und der Ziegelei, sondern auch im Park mit schönen Wegen und vielen Blumenrabatten. Dort, wo heute an der Boltenhagener Straße die Neubaublocks stehen, wurde damals Gemüse angebaut zum Verkauf auf dem Schivelbeiner Markt. Auch der deutsche Friedhof war in unberührtem Zustand.

1964 wurde Siwiński abgelöst von dem überzeugten Kommunisten Józef Kępka. Dieser ließ die historischen Gebäude und den Park bewusst vernachlässigen, die Dampfstärkefabrik wurde nicht mehr gewartet, verfiel und wurde schließlich abgerissen, die Trocknungshalle der Ziegelei brannte ab, woraufhin auch dieses Werk stillgelegt wurde und verfiel. An der Boltenhagener Straße wurden unter Kępka moderne Stallanlagen aus Fertigbetonteilen errichtet. Er ließ es zu, dass sich ein Dorfbewohner einen Kohlenschuppen aus deutschen Grabsteinen baute. Allerdings brachte der Schuppen keine Freude: die Kohlen verschwanden immer daraus, so dass die Steine schließlich verkauft wurden.

Solange Hinterpommern deutsches Reichsgebiet unter polnischer Verwaltung war, riskierte man hier keine größeren Investitionen, und erst seit der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages vom 14. Nov. 1990 liegt Lekow völkerrechtlich verbindlich im Polnischen Staatsgebiet. Allerdings brachte die gleichzeitige Umstellung von Planauf Marktwirtschaft neue Probleme.

Der letzte staatliche Verwalter Zygmunt Lachoski mühte sich vergeblich, Gut Lekow den neuen Gegebenheiten anzupassen: 1992 wurde es privatisiert und von der norwegischen Gesellschaft Polrol, heute Polfarm, übernommen. Die neue Führung rationalisierte alsbald die Viehwirtschaft hinweg, entließ 95 % der Landarbeiter, und an den Wirtschafts- und Verwaltungsgebäuden hatte niemand mehr Interesse. Nun erst begann die zügige Demontage von Schloss und Umgebung durch die plötzlich arbeitslose lokale Bevölkerung, und bis 1995 waren sämtliche Gebäude zu Ruinen, der Park zur Mülldeponie verkommen.

In dem Jahr wurde Gotthard Sinapius, der auf langjährige Erfahrung im Bereich Denkmalrestaurierung zurückblickt, von polnischer Seite auf die Erhaltenswürdigkeit des Schlosses Lekow hingewiesen, und die polnischen Behörden leisteten in der Folge in zuvorkommender Weise administrative, wenngleich keine finanzielle Unterstützung. Seitdem bemühen sich die Familie Sinapius, Königswinter, und die privat finanzierte deutsche Stiftung Philocultura um die Wiederherstellung und Unterhaltung von Schloss- und Parkanlage, die heute nur noch ein Denkmal deutschen Kulturschaffens im Grenzgebiet von Neumark und Pommern ist, ohne dass sie eine ökonomische Funktion erfüllte. Da, wo einst brandenburgische und preußische Politik gestaltet wurde, sei heute ein Hort der Erinnerung, der in seiner pränationalen Größe auch zu supranationaler Verständigung beitragen mag.

Die Familie Sinapius erfüllt das Schloss mit Leben, sie hält sich zumeist in den Sommermonaten dort auf, es ist jedoch nicht nur ein Treffpunkt für die Familie. Man kann in Lekow Ferien machen, für kürzere oder längere Zeit dort wohnen. Geboten wird volle Verpflegung – zubereitet in der guten alten Gutsküche, dazu deutsche Weine und polnisches Bier.

Ein vielfältiges, interessantes Programm bietet die Möglichkeit, an Lesungen, Musik, Tanz, Führungen in Schloss, Park und Dorf, Spielen, Ausflügen teilzunehmen.

Aber auch Rückzug und Ruhe, in der wunderbaren pommerschen Landschaft, Schwimmen und Rudern sind möglich – einfach mal die Seele baumeln lassen. Außerdem werden Tages- oder Nachmittagsprogramme für Gruppen angeboten. Für einen Aufenthalt sind besonders die Monate Juni bis September/Oktober geeignet. So gibt es z.B. in diesem Oktober ein Konzert in der Lekower Dorfkirche (Orgel, Flöte, Trompete, Gesang) mit anschließendem Buffet im Schloss.

In diesem Jahr wurde das traditionelle große Sommerkonzert im Flügelsaal zusammen mit dem 90. Geburtstag des Seniors, dem Maler Werner Sinapius, begangen. Einer der Gäste schreibt dazu ganz begeistert: Hinterpommern zeigte sich von seiner schönsten blauweißen Seite, sonnenbeschienen und mit den Störchen, als wir die letzte Juliwoche in Lekow ankamen. Dort haben gerade Vertreter des polnischen Naturschutzes die größte Douglasie Pommerns im Schlosspark gefunden und ausgemessen – beeindruckend!. In Park und Schloss waren schon viele der Hausgäste eingetroffen und überall gab es Begegnungen und Gespräche im Vorfeld des Festtages.

Am 28. Juli war dann der große Tag angebrochen. Nach dem gemeinsamen Frühstück wurde Werner Sinapius von der überwiegend deutschen Hausgemeinschaft, Familie und Freunde, geehrt. Der jetzt 90-jährige Künstler, ganz Grandseigneur, ist ein weißhaariger vitaler, stets gesprächsbereiter und kommunikativer Mensch. Als Landschaftsmaler ist er bis heute aktiv. In der Woche vor seinem Geburtstag entstanden zwei hinreißende Aquarelle und ein großes Werk ist in Arbeit. Ein bemerkenswerter Mann.

Überwältigend war der Abend des Geburtstages, und zwar in vielerlei Hinsicht. Abends gab es im großen, stilvoll eingerichteten Festsaal ein wunderbares Konzert mit dem Titel „333 Jahre J. S.. Bach“. Beim anschließenden ausgezeichneten Buffet und bei netten Gesprächen klang der Abend aus, selbst die Sprachbarriere wurde gemeistert, sodass viele neue Kontakte entstanden.

Am Sonntag versammelten sich die Hausgäste, Deutsche und Polen, evangelische und katholische Christen, zum Gottesdienst in der Schlosskapelle St. Kiliar zu den Engeln. Die junge Pfarrerin, auch ein Mitglied der Schlossfamilie, sprach zum Thema Dankbarkeit und Gemeinschaft. Anschließend wurde gemeinsam das Abendmahl gefeiert. Ein berührender Abschluss eines ereignisreichen Wochenendes.

Schloss Lekow in Hinterpommern – ein Schloss voller Leben aus Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Es lädt ein, auch einmal reinzuschauen.

Für einen Besuch -ist immer eine Anfrage/Anmeldung erforderlich, am besten per Mail: Sinapius@schloss-lekow.de oder unter 02223-24932 (D) oder 0048-693721010 (Pl). www.schloss-lekow.de

Gotthard Sinapius

Fotos: Stiftung Philocultura

Die Gartenseite des Schlosses



Der Ballsaal



Der Lekower See am Gutspark



Heimattreffen der Schneidemühler

Manfred Dosdall: Heimat ist auch dort, wo man andere achtet und selbst geachtet wird

Am letzten August-Wochenende treffen sich die Schneidemühler traditionsgemäß in der Patenstadt Cuxhaven. Im letzten Jahr konnte das 60. Jubiläum begangen werden, unter Beteiligung von Gästen aus dem jetzt polnischen Pila und einer Abordnung der deutschen Minderheit. Daher stand in diesem Jahr das „Kleine“ Treffen an.

Im Haus der Volkshochschule, in dem auch die Heimatstube mit Bibliothek untergebracht ist, kam man zusammen. Die Besucherzahlen können – wie überall bei den Heimattreffen – lange nicht mehr an die früheren Zahlen anknüpfen. Dennoch bietet gerade dieses Treffen die Möglichkeit des Austausches zwischen den Zeitzeugen und der nachfolgenden Generation.

In der Mitgliederversammlung, die im Cuxhavener Rathaus durchgeführt wurde, berichten der stellvertretende Vorsitzende Horst Vahldieck und der Schriftleiter des „Schneidemühler Heimatbrief“ Manfred Dosdall von guten Kontakten zu den polnischen Freunden und zur Deutschen Sozio-Kulturellen Gesellschaft der deutschen Minderheit. Leider gelang es nicht, einen neuen Vorsitzenden für das Amt zu gewinnen, so bleibt es derzeit beim Stellv. Vorsitzenden Horst Vahldick. Zum Kulturreferenten wurde Prof. Dr. med. Paul Nowacki gewählt. Im kommenden Jahr soll entschieden werden, ob der Heimatkreis überhaupt noch einen Kulturreferenten braucht. Der Schatzmeisterin Rosemarie Pohl wurde Entlastung der Kasse erteilt und für ihre Arbeit gedankt. Die sinkende Zahl der Heimatbriefbezieher macht Sorgen, doch, da die Spendenbereitschaft gut ist, soll es bei dem bisherigen Preis für das Jahresabo bleiben.



Vor dem Labiauer Museum in Otterndorf

Rosemarie Pohl berichtet, dass sie derzeit viele Anfragen zu dem Thema Ahnenforschung bekommt, auch nach bestimmten Orten, Straßen und Häusern im einstigen Schneidemühl. Die Problematik dabei ist, dass wir als Verein nirgendwo zu finden sind, das muss dringend geändert werden.

Im weiteren Programm standen das gemütliche Beisammensein, der Kulturabend mit Auftritt des Cuxhavener Shantychores und das Gedenken am Vertriebenenstein am Schneidemühlplatz auf dem Programm.

Durch den im Jahr 2017 entstandenen Kontakt zur Kreisgemeinschaft Labiau/Ostpreußen fand in diesem Jahr ein Besuch im Labiauer Museum „Torhaus Otterndorf“ statt mit anschließendem Rundgang in der über 800-jährigen Stadt.

Schneidemühler und Labiauer – Arbeit für die Heimat. BS

(Foto: R. Pohl)

Ursache mit Wirkung vertauscht

Zu: Die Geduld geht zu Ende (Nr. 35)

Was sind das aktuell nur für besorgniserregende Entwicklungen in Chemnitz und Dresden? Sowohl das eine, als auch das andere Extrem ist nicht stumm hinzunehmen, sondern zu verurteilen.

Ich versuche, Ursachen für diese Entwicklungen zu ergründen und komme zu der Überzeugung, dass sowohl seitens der Landes- als auch der Bundespolitik Kausalketten manipuliert und dem Bürger als „Wahrheit“ dargeboten werden – schlichtweg werden nämlich Ursache und Wirkung einer situationsbezogenen Entwicklung vertauscht:

Der Bevölkerung wird seit 2015 eine Migrationspolitik „übergestülpt“, ohne sie dazu angehört zu haben und ohne zunächst an irgendwelche Konsequenzen oder gar auftretende Widersprüche zu denken oder diese gedanklich offen zuzulassen. Immer mehr Menschen in Deutschland fühlen sich von dieser Politik überrumpelt. Toleranz weicht zunehmend Skepsis, Frust und Wut, und diese brechen sich ihren Weg.

Besonders betroffen macht es, wenn auftretende Konflikte, Diskussionen oder auch Übergriffe auf Frauen und Mädchen durch einzelne Migranten dann brutal „gelöst“ werden. Die Hemmschwelle dafür scheint bei einigen Einwanderern sehr niedrig zu liegen. Mein ehrliches Mitgefühl gilt allen dadurch Verängstigten, Verletzten, Opfern oder trauernden Hinterbliebenen.

Durch derartige Ereignisse verursacht, ist es verständlich, dass des Volkes Seele immer stärker aufkocht und sich sowohl Besorgnis und Angst, aber auch Frust und Wut Bahn brechen. Zahlreiche Bürger fühlen sich durch die Geschehnisse innerlich „mitverletzt“. Dies ist aber eine Wirkung und nicht die Ursache, wie man es den Bürgern seitens einiger Politiker gern glaubhaft machen möchte! Traut man sich seitens der dafür Verantwortlichen nicht, eigene Fehleinschätzungen von Entwicklungen zuzugeben? Ehrliche Politik sähe anders aus. Erst die Messerattacke in Chemnitz löste in Sachsen die aktuellen Proteste besorgter Bürger sowie rechtsorientierter und rechtsradikaler Teilnehmer aus, und nicht umgekehrt.

Dass dann auch noch zahlreiche Polizisten zur Sicherung von Recht und Ordnung und zur Vermeidung von Zusammenstößen unterschiedlich orientierter Gruppierungen eingesetzt werden müssen, um die Folgen von Kausalmanipulationen „auszubaden“, ist da schon politisch scheinheilig. Da helfen auch nicht gezielt gestreute Beispiele erfolgreicher Integration von Migranten, um zu beruhigen.

Viele Bürger spüren zunehmend „im Bauch“ ihre Ohnmacht gegenüber der politisch zugelassenen Einwanderungslawine. Das machte sie anfänglich skeptisch und dann, durch Ereignisse wie Messerstechereien, entrüstet und wütend einerseits, verängstigt und Vertrauen in den Staat verlierend andererseits.

Der Zulauf nach Rechts in Deutschland ist doch nicht primär von diesen polarisierten Zeitgenossen selbst verursacht. Er ist das Ergebnis der Politik der etablierten Parteien, die den Sorgen, Ängsten, Problemen und dem Erleben vieler Bürger im Zusammenhang mit der Migrationsbewegung nicht wirklich erfolgreich und psychologisch sinnvoll begegnet.

Angesichts von Belästigungen, eskalierenden Gewaltsituationen, Vergewaltigungen und Messerattacken durch einen Teil der Migranten fehlt den Bürgern dafür zunehmend die staatsbürgerliche Vorstellungskraft und Toleranz.

Dr. Jürgen Kaatz, Wittstock



Was Marx dazu wohl gedacht hätte? Nach dem mutmaßlichen Mord an einem Chemnitzer durch Ausländer protestierten an der Karl-Marx-Statue aufgebrachte Bürger, die von Bundespolitikern zuvor als „Mob“ diffamiert wurden Bild: Imago

Bei Chemnitz wird der Bogen überspannt

Zu: Die Geduld geht zu Ende (Nr. 35)

Als Gipfel der Macht gilt, wenn jene Leute, die einen Missstand mitverursacht und gefördert haben, ihn zu beklagen beginnen, wenn seine Folgen unübersehbar offenkundig werden. Das große Stöhnen und Wehklagen hebt schon an. Hörbar ist das an den Aufrufen und Aufforderungen hoher Politiker (mit Hilfe williger Medien) an jeden einzelnen, nun selbst gegen Warner und Mahner – die angeblichen „Rechtsradikalen“ – vorzugehen.

Und das geht dann so: Bundesjustizministerin Katarina Barley warnt vor einer sich verschärfenden Missachtung des Rechtsstaates, wenn Bürger an Demos oder Protestveranstaltungen teilnehmen. Dort grassiere der „Mob“.

Oder so: Unionsfraktionschef Volker Kauder fordert einen härteren Umgang mit der AfD. Deren Wähler müsse man die Frage stellen: „Schämen Sie sich nicht, einer solchen Partei die Stimme zu geben?“

Oder: Zu den Ereignissen in Chemnitz verfasst ein Journalist einer norddeutschen Tageszeitung seinen Kommentar. In dem erscheint fünfmal das Wort „Mob“. Er fordert zum „Aufstehen“ auf. Der Mord auf offener Straße findet in dieser „Information“ keine Erwähnung.

Oder: Die rechtswidrige Blockade einer nicht verbotenen Demonstration oder Versammlung wird zur „Zivilcourage“, ohne Hinweis auf die Strafbarkeit nach § 21 des Versammlungsgesetzes.

Zur Erinnerung: Im Januar 2015 gab es den Schulterschluss gegen den Terror in Paris mit der CDU-Vorsitzenden Merkel und vielen Staats- und Regierungschefs – sie marschierten in vorderster Reihe. Im September 2018 verlief ein Schweigemarsch für einen Toten in Chemnitz mit Vertretern der „Alternativen“ – ebenfalls in der ersten Reihe. Das ist jetzt ein Fall für den Verfassungsschutz?

Die Politik betreibt mit den etablierten Medien eine seichte Manipulation, die selten direktes Lügen ist – jedoch ebenso häufig von Wahrheit und Offenheit weit entfernt ihren Meinungskampf vollzieht. Das Ziel könnte sein: Volksverdummung. Soll diese zur Methode werden? Wenn die all die Wahrheiten, die sich die Bürger nur hinter vorgehaltener Hand zu sagen trauen, ans Tageslicht kämen, würde ein Sturm der Entrüstung durchs Land ziehen. Wer den Bogen überspannt, bricht ihn.

Karl-Heinz Rieger, Kiel

Dienstpflicht auch für Drückeberger

Zu: Dünnes Eis (Nr. 32)

Die Wiedereinführung der Wehrpflicht, verbunden mit einem sozialen Dienstjahr für alle, die keinen Wehrdienst leisten, ist eine gute Idee. Mich erinnert dies aber auch an die Zeit bis 1945, wo HJ und BDM zum Dienst verpflichtet wurden. Auch in der ehemaligen DDR gab es einen „Volksdienst“. Wenn heute in der Bundesrepublik so ein „Dienst für die Gesellschaft“ wieder eingeführt werden sollte, dann bitte aber so, dass alle daran beteiligt werden und sich niemand drücken kann, auch nicht mit Geldzahlungen des Herrn Papa. Die Ableistung des Gesellschaftsdienstes muss eine Voraussetzung für die Zulassung zum Studium sein und als Lehrzeit auf eine spätere Berufsausbildung angerechnet werden.

Weitere Voraussetzung ist eine gerechte Entlohnung. Daraus folgt auch, dass zukünftig niemand mehr Abgeordneter werden kann, der diesen Gesellschaftsdienst verweigert und nicht nachweisen kann.

Dieter Kassenbeck, Sylt

Nullzinspolitik bringt Vorteile

Zu: Lautlose Enteignung (Nr. 34)

Der Verfasser des Artikels nennt unter anderem die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank als Ursache des schrumpfenden Vermögens der Bundesbürger. Meiner Ansicht nach sind nicht die Zinsen das Problem, sondern die Inflation. Das Vermögen schrumpft auch bei höheren Zinsen, wenn die Inflation über der Höhe der Zinsen liegt. Von der Nullzinspolitik profitiert der Steuerzahler, weil der Staat für seine Schulden keine Zinsen zu zahlen braucht. Ich meine, die Nullzinspolitik hat mehr Vorteile als Nachteile, und ich halte sie keineswegs für unanständig.

Gerhard Wagner, Ratingen

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Auf dem Lieferwagen der See

Wie eine Schifffahrt durch den Bauernhof – Mit dem Stralsunder Küstenmotorschiff »Fredo« von der See zu den Flüssen

„Kümonauten" nennen sie sich, die beiden Kapitäne Willem und Bernd Blanck. Mit ihrem schmukken 1829-Tonnen-Küstenmotorschiff pendeln sie wöchentlich zwischen Nord- und Ostsee. Hin und wieder auch in den Heimathafen Stralsund, dessen Namen „MS Fredo" als einziger Frachter am Heck führt.

Luken dicht! Abendstimmung über dem Sund, als sich um 17.20 Uhr die Arme der Ziegelgrabenbrücke in die Höhe recken. Mit 1660 Tonnen vorpommerschem Getreide macht sich der 83-Meter-Frachter auf den Weg nach Oldenburg in Oldenburg. 341 Seemeilen sind das, die in rund 50 Stunden zu bewältigen sind.

Die Brüder Willem und Bernd Blanck, beide Eigner, Kapitäne und Maschinisten mit Firmensitz am Stralsunder Langendorfer Berg, sind zufrieden: „Hat ja wieder bestens geklappt, das Laden in Stralsund!" Die markante Silhouette der Hansestadt schrumpft im Kielwasser der Ostansteuerung. Die Ostsee gibt sich sanft.

Der Kurs ist hinter Kap Arkona direkt abgesetzt auf die Südspitze der Insel Fehmarn. „Wir können schon mal außerhalb der Schifffahrtsroute fahren", erklärt Willem Blanck, „das spart Zeit, Sprit und letztlich Geld."

Manchmal werden auch Danzig und Königsberg angesteuert. „Wir würden gern mal mehr von Ostpreußen sehen", sagt Willem, „aber dazu reicht die Zeit einfach nicht". Wenn man zuvor ein Visum beantragt hat – möglichst mit zeitlichem Spielraum –, dann kann man sich vom Pregel-Kai auf den Weg machen in die Stadt Königsberg. Während der Frachter lädt, bleibt genügend Zeit für die beiden Passagiere, sich in der ehemaligen Haupt- und Residenzstadt umzusehen.

Zurück an Bord. Auslaufen Pregel und Seekanal abwärts. Irgendwann hinter Pillau mit Lotsenabgabe Captains Dinner wie jeden Abend in der kleinen Messe. Der philippinische Matrose mit dem urdeutschen Namen Wilhelm hat das Abendbrot vorbereitet: cold cut oder kalte Küche mit allerlei Aufschnitt. Alkohol ist – aus Sicherheitsgründen – verpönt.

Um Mitternacht blitzt das Leuchtfeuer von Hela durch das Bullauge in die kleine, aber gemütliche Kammer. Der 700-PS-Diesel grummelt schlaffördernd und sorgt für rund 11 Knoten „Tempo". „Völlig genug", meint Bernd, der die Sechs-Stunden-Wache von seinem Bruder bis zum nächsten Morgen übernommen hat, „denn wir haben keine Eile, mehr geht sowieso nicht." So entschleunigt nähern sich die beiden Passagiere, in süße Träume gewiegt, am übernächsten Tag der schleswig-holsteinischen Küste.

Keine Lotsenübernahme am Kieler Leuchtturm, denn die beiden „Kümonauten" aus Leidenschaft haben sich nach vielen Nord-Ostsee-Kanal-Passagen und Prüfung – insgesamt rund 1500 pro Kapitän – frei gefahren.

Die Holtenauer Schleuse zeigt wie so oft rot. Warten ist angesagt. Aber dann schiebt der Konvoi endlich los – rund 98 Kilometer mit Westkurs, mitten durch Wälder, Felder, Wiesen und Weiden. „Wir sind jetzt im Graben", grinst Willem, „der Hochsee-Autobahn zwischen Ost- und Nordsee". Die deutsche Flagge am Heck wie bei „Fredo", übrigens dem einzigen Frachter aus Mecklenburg-Vorpommern mit Schwarz-Rot-Gold, sieht man hier selten. Mehrfach muss in den Weichen gestoppt werden, um tiefgehenden Schiffen auf Gegenkurs Vorrang zu geben.



Kümonautenblick: Mit Hilfe von Radar auf der Brücke wird die „Fredo" durch den Nord-Ostsee-Kanal navigiert — Bild: Schmidt-Walther

Nach rund neun Stunden machen die drei Matrosen in Brunsbüttel fest. „Die Tide ist gegen uns", erklärt Willem, „da machen wir lieber jetzt Feierabend." Alle sind müde, wir von vielen Gucken. Früh um sechs grummelt es wieder im Keller, „Fredo" erzittert, nimmt problemlos die Schleuse und steckt seine Nase mit dem roten Stralsunder Wappen in die Unterelbe. Die Fahrt an Cuxhaven vorbei mit seiner Alten Liebe wird von der aufgehenden Sonne vergoldet. Bei einem Pott Kaffee gibt es einen gemütlichen Schnack auf der Brücke, dem Kommunikationszentrum des Schiffes. Dort ist man, wie auch im blitzblanken Maschinenraum, jederzeit willkommen. „Fredo" biegt nach zwei Stunden bei Elbe I nach Backbord in die Weser ab. Der Schwell des Starkwindes vom Vortag bringt sie zum Tanzen.

Der Stralsunder Marinemaler und Mitpassagier Thomas Quatsling freut sich: „Endlich Seefahrt!" Querab vom Containerterminal Bremerhaven fühlt man sich neben den 350-Meter-Riesen ganz klein. „Mit denen möchte ich nicht tauschen", sind sich beide Kapitäne einig, die von Kindesbeinen an mit Vatern Kümo gefahren sind.

Irgendwann taucht die Kirchturmspitze von Elsfleth an Steuerbord auf. „Fredo" dreht jetzt von der Weser in die kleine Hunte, passiert die Seefahrtsschule und den Großsegler „Großherzogin Elisabeth". Die Eisenbahn- und die Straßenbrücke signalisieren über Funk freie Fahrt. „Dann schaffen wir es ja heute noch nach Hause", freuen sich Bernd und Willem auf den geplanten Grillabend, „aber ohne Güllegeruch in der Nase". Düngende Bauern auf den Weiden links und rechts sorgen dafür. „Das ist wie Seefahrt durch den Bauernhof", lacht Thomas und denkt schon an sein nächstes Bild: die von der untergehenden Sonne vergoldeten Flussschlingen der Hunte mit der wedelnden „Fredo" darin.

Vor dem Oldenburger Großsilo noch ein knappes Drehmanöver im Dunkeln auf dem Teller mit maximal zwei Meter Uferabstand. Ein Schauspiel für Seh-Leute am Ufer. „Wenn du das hier jede Woche machst", meint Bernd gelassen, „ist das ein Kinderspiel". Rückwärts geht es an den Stau, „nicht in den Stau", schiebt Willem nach, „so heißt die Straße am Kai, und das macht uns kein Auto nach".

Per Kran werden die beiden Autos, die vor der Brücke in schützenden Alu-Garagen geparkt haben, auf die Pier gesetzt. „Und Tschüß bis zum nächsten Mal!", verabschieden sich die beiden Kapitäne ins wohl verdiente Wochenende mit ihren Familien.

Peer Schmidt-Walther

Exklusives Prinzenheim

Vorhang auf für neue Konferenzen – Potsdamer Schloss Cecilienhof strahlt wieder wie neu

Vor 73 Jahren fand hier die Potsdamer Konferenz statt. Damals, im Sommer 1945, besiegelten Stalin, Truman und Churchill in Schloss Cecilienhof mit einem gemeinsamen Abkommen das weitere Schicksal Europas, insbesondere das von Deutschland. Mit dem im Innenhof auf einem Rasen angelegten roten Stern aus Blumen erinnerte die DDR an die historische Bedeutung dieses Ortes

Jetzt präsentiert sich das letzte von den Hohenzollern errichtete Schloss im neuen Glanz. Denn die 2014 begonnene Hüllensanierung des Schlosses ist abgeschlossen, wie die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) bekannt gab. Zudem präsentieren sich Schlossräume mit einem neuen Beleuchtungskonzept, wurden bauzeitliche Wand- und Deckenfassungen restauriert und die technische Infrastruktur erneuert. Dank der großzügigen Unterstützung in Höhe von 150 000 Euro durch die Freunde der Preußischen Schlösser und Gärten e. V. konnten auch die zum Schloss gehörenden Außenanlagen des Prinzenhofs und des angrenzenden Blumengartens denkmalgerecht wiederhergestellt werden.

Möglich wurden die umfangreichen Baumaßnahmen im Inneren und an der Gebäudehülle des Schlosses durch das Sonderinvestitionsprogramm für die preußischen Schlösser und Gärten, das der Bund sowie die Länder Brandenburg und Berlin für die Jahre 2008 bis 2017 zur Rettung bedeutender Denkmäler der Berliner und Potsdamer Schlösserlandschaft aufgelegt hatten. Die Bruttogesamtbaukosten beliefen sich auf zirka 9,7 Millionen Euro.

Die Sanierung des von 1913 bis 1917 für das kaiserlichen Kronprinzenpaar Wilhelm und Cecilie errichteten Schlosses, das eine riesige Dachlandschaft mit 40 Schornsteinen besitzt, war eines der größten Projekte im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms und eine besondere Herausforderung, da die Arbeiten bei laufendem Besucherbetrieb durchgeführt werden mussten. In den besucherstarken Monaten teilten sich bis zu 1200 Gäste die engen Hofdurchfahrten und Flure täglich mit 15 bis 20 Baufirmen.



Blick in den Ehrenhof von Schloss Cecilienhof — Bild: SPSG

Während Besuchergruppen aus aller Welt die Konferenzhalle besichtigten, wurden 360 000 Dachziegel der „englischen Biberschwanzdeckung" geborgen, gesäubert und mit vorpatiniertem Ergänzungsmaterial wieder neu verlegt. Ebenso erfolgte die Abstrahlung, Reinigung und Dekontaminierung der durch die chemische Holz- und Brandschutzbehandlung der 1960er Jahre geschädigten Holzoberflächen sowie das Neuverlegen von 50 000 Metern Dachlatten. Der historische Dachstuhl konnte so zu 98 Prozent erhalten werden.

Die Fassade ist aus einem „Materialmix" aus Natursteinmauerwerk, Eichenfachwerk-Ziegelsichtmauerwerk und Putzflächen gestaltet und damit einzigartig unter den Schlössern der SPSG. Alle Oberflächen wurden gereinigt, Fehlstellen ergänzt und das Mauerwerk neu verfugt. Dafür wurden unter anderem 100 000 Mauerziegel im traditionellen Brandverfahren hergestellt. Der in der Vergangenheit „einheitsgrau" gewordene Fassadenputz erstrahlt nun wieder in den Originalfarbtönen Ocker-Gelb-Beige.

Trotz der eher traditionell wirkenden und handwerklich gestalteten Fassaden ist Cecilienhof seinerzeit ein modernes Haus gewesen. Es gab von Anfang an sogar eine Zentralheizung. Modern waren auch die 550 Stahlfenster mit ihrer Bleiverglasung. Im Zuge der Sanierung wurden nun sämtliche Fenster sorgfältig demontiert, sandgestrahlt und mit einem Korrosionsschutz versehen.

100 Jahre nach seiner Errichtung ist Cecilienhof wieder als Gesamtkunstwerk zu erleben. Es wäre auch wieder ein idealer Konferenzort, nur würde man sich dann bessere Ergebnisse wünschen.

H. Tews

Weitere Informationen zum Sanierungsprojekt Cecilienhof sind der kürzlich erschienen Publikation „Zwischen Welt und Erbe – 10 Jahre Masterplan für die preußischen Schlösser und Gärten" zu entnehmen (Michael Imhof Verlag, 272 Seiten, 310 Abbildungen, 29,95 Euro).

Ein Schnuppertörn

Kreuzfahrt am Pier beim Elbfest Hamburg

Unter dem Motto „Hafenbekenntnisse" lädt das „Elbfest.Hamburg" 22. und 23. September dazu ein, das vielfältige maritime Erbe der Hansestadt zu erleben. Liebevoll restaurierte Schiffe, hochwertige Kulinarik und stimmungsvolle künstlerische Beiträge sorgen für eine inspirierende Atmosphäre. Crewmitglieder laden zu Gesprächen und Vorführungen ein, vermitteln ihre Leidenschaft und werben um frisches Engagement für ihre „alten Pötte".

Zentraler Veranstaltungsort ist der Sandtorhafen in der Hamburger Hafencity, wo Gesangskünstler, nostalgische Hafenfilme beim spätsommerlichen Freilichtkino an der Wasserkante sowie Stelzenläufer für Unterhaltung sorgen. Auf den Schiffen werden Führungen und Mitmach-Aktionen geboten, auf der Pontonanlage und an Land bieten Infostände, Gastronomie und Händler ein hochwertiges Angebot. Wer sich über die Geschichte der Hafencity und der Speicherstadt informieren möchte, kann an beiden Tagen auch an Sonderführungen teilnehmen.

Mit dem historischen Dampfeisbrecher „Elbe" oder einer Barkasse kann man kostenfrei vom Sandtorhöft ins Hafenmuseum Hamburg an den 50er-Schuppen übersetzen. Hier gibt es noch nie gezeigte Schätze der aus New York als Museumsschiff für das geplante Hafenmuseum übergeholten Viermastbark „Peking" zu sehen – vom fliegenden Fisch bis zum Petroleummotor. Auf dem Wasser heißt es „open ship", und der Helmtaucher steigt in die Elbe. Im Museumshafen Oevelgönne, dem dritten maritimen Veranstaltungsort, dreht sich alles um Dampfschiffe in Betrieb, die auch zu kurzen Schnuppertörns einladen. Live zu erleben sind dabei die frisch sanierte Dampfbarkasse „Otto Lauffer" und der mächtige Dampfeisbrecher „Stettin". Und auch hier erwartet die Gäste viel flotte Musik.

Wer schon immer an einer Stippvisite auf einem Kreuzfahrtschiff interessiert war, kann am Sonnabend auf dem Megaliner „MSC Magnifica" am Cruise Terminal Altona an Bord gehen. Während eines vier bis fünfstündigen Rundgangs erhalten die Besucher exklusive Einblicke und können sich in aller Ruhe ein Bild von allen Bereichen des Kreuzfahrtschiffes machen.

Höhepunkt und Abschluss des Elbfests ist die Parade von rund 50 Traditionsschiffen am Sonntagnachmittag: Um 15 Uhr startet die Flotte zwischen der Spitze des Hansahöfts und der Elbphilharmonie, fährt an den Landungsbrücken vorbei in Richtung Blankenese. Etwa auf Höhe des Museumshafens Oevelgönne begrüßt die Flotte schließlich die „Cap San Diego", die von einer Tagesfahrt in den Hamburger Hafen zurückkehrt.

H. Tews

Internet: www.elbfest.hamburg

Warnung vor einer totalitären Weltwährung

Der „Handelsblatt“-Autor Norbert Häring hat mit „Schönes Neues Geld“ ein alarmierendes Buch geschrieben. Anspielend auf Aldous Huxleys Science-Fiction-Roman „Schöne neue Welt“ legt Häring darin offen, wie und warum Dunkelmänner und -frauen diskret und weitgehend jeder Kontrolle entzogen, Strippen ziehen und Netzwerke knüpfen, um das dem Menschen seit Jahrtausenden geläufige Bargeld weltweit abzuschaffen. Mit zahllosen Quellenangaben gerüstet und spannend wie ein Krimi zu lesen, beschreibt Häring eine unheimliche Agenda und zeichnet dabei das Bild einer Demokratie, die längst Züge einer Plutokratie angenommen hat.

Es treten auf: eine „Besser-als-Bargeld“-Allianz und zahllose andere „Initiativen“ die sich hinter kryptischen Buchstabenkombinationen verbergen und scheinbar neutrale Empfehlungen aussprechen. Anschließend treten „Experten“ in Aktion, die diese Empfehlungen gefällig „wissenschaftlich“ unterfüttern, um damit wiederum Regierende zu veranlassen, diese umzusetzen, immer diskret am Parlament vorbei. Finanziert wird dieser Spuk von den bekannten großen Globalisten: PayPal, Visa, Amazon, die Bill-Gates-Stiftung, Vodafone und wie sie alle heißen.

Die Abschaffung des Bargeldes ist das Geschäft der Zukunft, wohlklingend verkauft als „finanzielle Inklusion“. Das klingt nach Unterstützung behinderter Menschen und ist doch nichts weniger als das. Mit den Ärmsten der Armen, etwa in Kenia, Malawi oder Indien wurde das Projekt begonnen. Denn hier ist der Widerstand gering und „Erfolge“ stellen sich schneller ein. In Kenia etwa betreibt Safaricom ein äußerst lukratives Unternehmen, das Telefonie, SMS und mobile Gelddienste (M-Pesa) bei teilweise exorbitant hohen Gebühren kombiniert. Unendlich komplexes Kleingedrucktes erschwert einen Ausstieg aus den Verträgen – und das bei flächendeckendem Analphabetentum. Gekoppelt ist diese „Inklusion“ mit Mikrokrediten, die vor einigen Jahren als Mittel zur Armutsbekämpfung entwickelt wurden, sich mit Wucherzinsen verbunden jedoch zu einer Ausplünderung der Armen in der Dritten Welt ins Gegenteil verkehrt haben.

Abschaffung des Bargelds in armen Ländern erfolgt

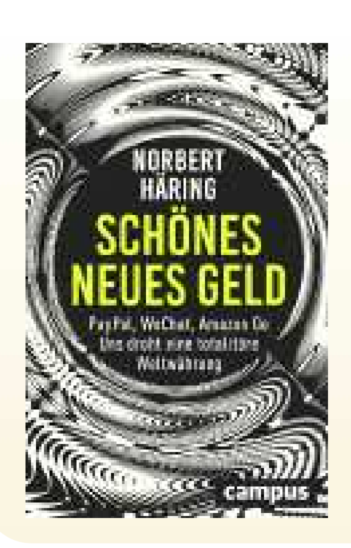
Die Gewinne von Safaricom gehen nach England zu Vodafone, der Muttergesellschaft. Doch Häring legt noch eine weitere brisante Dimension der Bargeldabschaffung offen, die Verbindung mit biometrischer Datenerfassung. Irisaid ist hier der führende neue Akteur, gefolgt von zahlreichen weiteren „Goldgräbern“. In den großen Asylsucherlagern hat man bereits die Praxis eingeführt, Nahrungsmittel nur gegen Vermessung der Augeniris auszuhändigen, um damit – so heißt es – den Alkoholkonsum zu unterbinden.

Ein echter Coup d'état gegen die eigene Bevölkerung ging in Indien über die Bühne. Ein Land, in dem 98 Prozent der Geschäfte mit Bargeld abgewickelt wurden, musste unter chaotischen Begleiterscheinungen mit einer plötzlichen weitgehenden Bargeldlosigkeit zurechtkommen. Auch hier ist das Projekt auf unheimliche Weise gepaart mit biometrischer Erfassung. Als Totschlagargument gegen das Bargeld werden dabei vermeintliche Freiräume für Kriminalität und Terrorismus genannt – ohne stichhaltige Nachweise. So hat Großbritanniens Ex-Premier David Cameron über die Akteure dieses Feldzugs gegen das Bargeld, die erwähnten sich philanthropisch gebenden, dabei klandestin agierenden „Initiativen“ verlautet, ihre größte Stärke sei „die Macht der Nichtformalität“.

Während armen Ländern mit schlechten Bewertungen und Kürzungen der Entwicklungshilfe gedroht werden kann, gestaltet sich das Vorgehen in der ersten Welt schwieriger. Bargeld und Bankguthaben werden allgemein als gleichrangig angesehen. Daher ist nur schlecht vermittelbar, dass der Geldeigentümer und Kontoinhaber drei Tage warten muss, um über größere Beträge von seinem Konto zu verfügen. Ist er doch, wohlgemerkt, Gläubiger der Bank und nicht umgekehrt. Zu seinem großen Erstaunen kann man hierzu bei Häring erfahren, dass Banken bei drohenden Höchststrafen angehalten sind, keinerlei Auskunft über diese geradezu abenteuerlichen Hintergründe zu geben.

Schließlich thematisiert Häring noch aktuelle chinesische Entwicklungen, die unheimlich an den Film „Fahrenheit 451“ des französischen Filmemachers François Truffaut denken lassen. Im Film bleibt der Feuerwehrmann Guy Montag, ein heimlicher Leser verbotener Bücher, an der Stange auf dem Weg zum Löschfahrzeug hängen. In China werden Unbotmäßige mit Pranger-Sozialstrafen bloßgestellt, indem sie etwa nur noch Regionalzug fahren dürfen oder bei Verkehrssünden ihr Konterfei nebst Namen und Abbuchungsbeleg der Strafe auf öffentlichen Bildschirmen sehen.

Auch in Bitcoin und ähnlichen Kryptowährungen sollten wir, folgt man Häring, wenig Hoffnung setzen. Eine neue Weltwährung, kombiniert mit dem durch die Datenkrake Amazon gespeicherten Wissen von Milliarden Konsumenten, eliminiert am Ende jede Privatheit. All das sollte uns zu denken geben und davon abhalten, an der Kasse das nächste Mal wieder selbstsicher „mit Karte“ zu sagen. *Lars Keiser*



***Norbert Häring: „Schönes neues Geld. PayPal, WeChat, Amazon Go – Uns droht eine totalitäre Weltwährung“**, Campus Verlag, Frankfurt am Main 2018, broschiert, 256 Seiten, 19,95 Euro*

Das größte Tier der Erde

Ulla Lachauer begibt sich auf die Reise und nimmt ihre Leser mit. Überall liest man vom Bienensterben, wie wichtig die Biene für unsere Nahrung ist, aber in wessen Obhut stehen sie? Wer sind die Imker?

„Ein großes Rätsel für mich war die Beziehung zwischen Imker und Bienen.“ So wie mit einem Hund, einer Katze oder einer Kuhn kann man mit Bienen nicht umgehen. Auch Interaktion zwischen Tier und Mensch war für Lachauer zwischen Imker und Biene nicht vorstellbar. „Aber das war ein Irrtum! Da die Bienen inzwischen durch Züchtung friedfertiger geworden sind und Imker oft ohne Schutzkleidung arbeiten können, findet eine permanente Begegnung statt. Nicht mit der einzelnen Biene, sondern mit dem Bien, das Gegenüber ist ein Gesamtorganismus.“ So kann ein Bien sich bei der Nahrungssuche auf bis zu fünf Kilometer ausdehnen und am Abend auf wenige Quadratzentimeter schrumpfen.

Ihr Buch „Von Bienen und Menschen“ ist kein Sachbuch, aber gewährt dem Leser interessante Einblicke in die Kunst der Imkerei, Rezepte mit Honig und in die Geschichte, und zwar anhand von 14 Begegnungen mit Imkern aus unterschiedlichen Regionen, die zu unterschiedlichen Zeiten lebten, und zeigt eindrücklich, dass Krieg, Pestizide, Flucht, Schädlinge, Subventionierung sich auch auf Bienen auswirken.

Lachauer startet und endet ihre Imkerporträtsammlung mit Galina in Trakehnen. Die Bienen und der Honig haben ihr das Leben erleichtert, denn Honig war Handelswahre und ist es noch heute. Durch Höhlenmalereien weiß man, dass Honig schon lange von Menschen konsumiert wird, wie man im Bienenkundemuseum Münstertal im Schwarzwald erfahren kann.

Das Buch weist eine Landkarte auf, anhand der der Leser schnell nachvollziehen kann, wo sich die Autorin gerade befindet, ein kleines Glossar mit den wichtigsten Begriffen zur Imkerkunde und das Lesebändchen steigern die Lesefreude noch. *CRS*

Ulla Lachauer ist bis 18. Oktober auf Lesereise. Terminauswahl: 18. September, 20 Uhr, Katharinenkirche, Hamburg; 21. September, 20.15 Uhr, Buchhandlung Hugendubel, Rostock; 17. Oktober, 18.30 Uhr, Ostpreußisches Landesmuseum, Lüneburg.



***Ulla Lachauer: „Von Bienen und Menschen“**, Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 2018, Hardcover mit Schutzumschlag, 383 Seiten, 22 Euro*

Rückblick auf ein bewegtes Leben

In seinem Buch „Gezeiten des Glücks und der Hoffnung“ blickt Helmut A. Rehfeld heiter bis nachdenklich zurück auf sein Leben im Westen Deutschlands seit 1948. Bereits 2005 veröffentlichte er seine Kindheitserinnerungen unter dem Titel „Wege, die du gehen musst ... Eine Jugend in Ostpreußen“. In seinem zweiten autobiografischen Band skizziert der 1936 in Tapiau, Kreis Wehlau, geborene Autor in zahlreichen Anekdoten zunächst schwerpunktmäßig seinen beruflichen Werdegang. Danach steht, wie könnte es anders sein, Privates im Mittelpunkt. Dass er Sinn für Poesie hat, stellt er mit einigen selbst gedichteten Reimversen unter Beweis.

Unbeschwerte Nachkriegsjahre im Fischerdorf Gilge

Nach den überstandenen Gefahren bei Kriegsende verlebte Rehfeld mit seiner Mutter und der jüngeren Schwester einige herrlich unbeschwerte Jahre im Fischerdorf Gilge, wo die Großmutter ein Häuschen besaß. Zu seinem Kummer wurden sie im April 1948 von den Russen aus Ostpreußen ausgewiesen, weil sie keine Polen werden wollten.

Dank der Hilfe des Roten Kreuzes gab es noch im selben Jahr in Thüringen und im badischen Oberscheidental ein Wiedersehen mit dem Vater und seiner älteren Schwester, die Anfang 1945 in der Menschenmenge der Vertriebenen plötzlich verschwunden war.

In Mannheim ließ sich Rehfeld zum Kraftfahrzeughandwerker ausbilden. Nach dem Umzug zur Familie seiner Verlobten nach Bremerhaven fand er eine Anstellung in einer US-Kraftfahrzeugwerkstatt. Während er bei seinem nächsten Arbeitgeber Felten & Guillaume Elektromotoren zusammenbaute, studierte er in Bremen auf dem zweiten Bildungsweg Maschinenbau.

Das führte ihn 1966 zu Opel in Rüsselsheim, wo er in der Produktentwicklung und Konstruktion tätig war. Im Zuge der Krise des Autobauers trat er 1996 wie viele andere Mitarbeiter vorzeitig in den Ruhestand. Bühnenauftritte mit einer Egerländer Musik- und Tanzgruppe, die Schriftstellerei und Reisen in das Königsberger Gebiet wurden anschließend zum Quell seiner Lebensfreude.

Rehfeld war seit 2009 verwitwet und ist in zweiter Ehe verheiratet. Er glaubt, dass alle wichtigen Ereignisse im Leben durch schicksalhafte Fügung eintreten. In seinem Fall habe das Eingreifen anderer Menschen mehrfach eine entscheidende Rolle gespielt.

So wollte ihn kurz nach Kriegsende ein kinderloses russisches Ehepaar adoptieren. Der Mann war Offizier. Obwohl das Angebot in der damaligen Zeit durchaus eine Überlegung wert erschien, kam für seine Mutter nichts anderes als eine Ablehnung in Frage.

1969 erfuhr der Autor von einem Cousin aus den USA, der zu Besuch bei seinen Eltern in Offenburg weilte, dass sein Onkel in Amerika ihn vor einigen Jahren zum Erben seiner Firma bestimmt hatte: „Wenn Amerika nicht Krieg gegen Vietnam geführt hätte, dann wärest du wohl amerikanischer Staatsbürger geworden!“

Nach Ende bei Opel auf Reisen in die Heimat

Sein Vater, der Bruder des Onkels, hatte jedoch abgewinkt, ohne ihn davon in Kenntnis zu setzen. Denn als US-Bürger hätte Rehfeld wahrscheinlich als Soldat für die Amerikaner in den Vietnamkrieg ziehen müssen. Das wollte der Vater nicht, und es wäre auch wirklich nicht sein Ding gewesen, resümiert der Autor. *Dagmar Jestrzemski*

***Helmut A. Rehfeld: „Gezeiten des Glücks und der Hoffnung. Resümee eines Ostpreußen“**, TRIGAVerlag, Gelnhausen 2017, broschiert, 116 Seiten, 12,80 Euro*

Flucht und Vertreibung wissenschaftlich

Flüchtling bleibt man ein Leben lang, hat die Autorin Gudrun Wolter einmal über die Vertreibungen von 1945 geschrieben. In der Tat weiß man, dass das Trauma von Flucht und Vertreibung in den betroffenen Familien auch Jahrzehnte später noch tief sitzt und sich in unterschiedlichen Formen auf die jüngeren Generationen „vererbt“. Die Erinnerung kann dabei von krankmachendem Heimweh bis zu freundlicher Rückbesinnung und Dank für ein neues Zuhause reichen.

Welche Bedeutung haben ehemalige Herkunftsorte für ältere deutsche Heimatvertriebene, hat die Autorin Eileen Goller gefragt. Ihre groß angelegte Untersuchung wurde im Jahr 2013 von der Tiroler Landesuniversität im österreichischen Hall zur Promotion angenommen. Der auf Medizin, Psychotherapie und Pflege spezialisierte Mabuse-Verlag hat jetzt ihre Untersuchung publiziert.

Die Autorin ist nach eigenen Worten durch ihre heimatvertriebene Großmutter, die aus dem pommerschen Gutzmin, Kreis Schlawe, stammte, auf dieses Thema gekommen. Ihr schien naheliegend, dass, wenn aller Besitz verloren ist, die frühere Heimat zum Fluchtpunkt der Erinnerung wird. Sie hat nach einer umfangreichen Abklärung der hier infrage kommenden Disziplinen wie Soziologie, Psychologie, Biologie, Gerontologie und andere ein dreistufiges Forschungsdesign entwickelt.

In einem ersten Schritt hat sie einen älteren Vertriebenen, der ebenfalls aus Gutzmin stammt, direkt auf einer Reise in die Heimat begleitet. Im zweiten Schritt hat sie 16 Interviews mit Frauen und Männern geführt, die aus allen Vertreibungsgebieten, von Ostpreußen und Pommern über Schlesien bis hinunter ins Donauschwäbische, stammen. In einem dritten Schritt hat sie zahlreiche Medien der Vertriebenen, darunter auch Ausgaben dieser Zeitung, ausgewertet. Auszüge aus ihrem Reisetagebuch und eine anschauliche Bebilderung zum alten Heimatort heute beschließen das Buch.

Interviews der Befragten nur verkürzt erzählt

Die hohen Erwartungen, die sich angesichts des Titels und des Forschungsdesigns einstellen, erfüllen sich zumindest für Leser, die mehr inhaltliche Aussagen der Betroffenen erwartet hätten, freilich nur zum Teil. Vermutlich für eine Dissertation unerlässlich, diskutiert die Autorin in großer Ausführlichkeit die verwendeten Forschungsansätze und einzelne Autoren, die sie herangezogen hat.

Zum eigentlichen Thema, nämlich die Reise mit dem älteren Herrn und die 16 Interviews, kommt sie erst in der Mitte des Buches. Und auch hier bleibt es bei den Interviews weitgehend abstrakt. Dabei verraten Bemerkungen, wonach die einzelnen Befragten geweint oder mit stockender Stimme gesprochen hätten, wie emotional aufwühlend das Thema doch ist. Ähnliche Publikationen haben in solchen Fällen die Interviews wenigstens zum Teil mit abgedruckt. Das ist hier unterblieben, und so wird dem Buch für den nichtwissenschaftlichen Leser viel an „Würze“ genommen. Das ist schade angesichts des großen Engagements, mit dem die Autorin ihr Thema angegangen ist. Man möchte sie ermutigen, vielleicht in einem zweiten Buch noch stärker die Betroffenen zu Wort kommen zu lassen.

Immerhin zeigt das Buch, wie sehr Flucht und Vertreibung – in der Literatur werden beide Begriffe offenbar synonym verwendet – nach wie vor ein Thema der Forschung und wie ergiebig es auch für ganz unterschiedliche Fragestellungen ist. Ob sich daraus, wie die Autorin und ihr Doktorvater sagen, auch Anregungen für die Bearbeitung der gegenwärtigen Flüchtlingskrise ableiten lassen, ist schwer zu beantworten. Der Verlust der Heimat traumatisiert überall. *Dirk Klose*

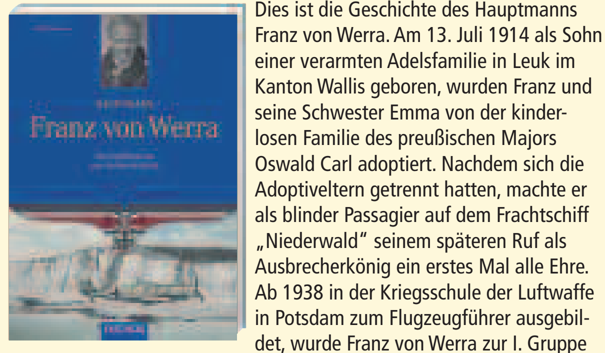
***Eileen Goller: Fern der Heimat. Zur Bedeutung von Heimat und Ort im Lebensverlauf alternder Heimatvertriebener“**, Mabuse Verlag, Frankfurt am Main 2018, gebunden, 328 Seiten, 42,95 Euro*



Franz Kurowski und Gottfried Tornau (Großformat 24 x 30 cm)

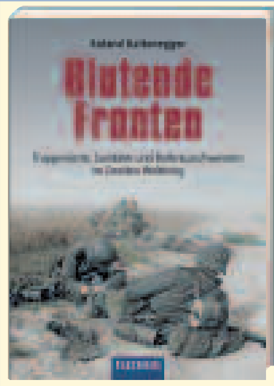
Sturmgeschütze - „Die Panzer der Infanterie"

Die dramatische Geschichte einer Waffengattung 1939–1945



Zu den erfolgreichsten Waffen des deutschen Heeres von 1939 bis 1945 zählten die deutschen Sturmgeschütze. An den Schwerpunkten des Kampfes zur unmittelbaren Unterstützung der Infanterie eingesetzt, wurden sie zum gefürchteten Gegner feindlicher Panzerverbände. Feuerkraft und Beweglichkeit in Verbindung mit geringer Fahrzeughöhe und starker Frontpanzerung waren die wesentlichen Merkmale dieser Waffe, die beim Gegner besonders gefürchtet waren. In Wort und Bild haben die beiden Autoren Franz Kurowski und Gottfried Tornau in mühevoller Kleinarbeit diese einmalige Dokumentation geschaffen, die ein umfassendes Bild von der Wirkung und dem Einsatz der Sturmartillerie vermittelt und von den Männern berichtet, die diese Waffe zum Erfolg geführt haben. Packende Kampfschilderungen basierend auf den Kriegstagebüchern der Verbände sowie Kampfberichte von Angehörigen der Sturmgeschützwaffe sowie über 420 Fotos und Lagekarten machen dieses Werk zu einem Standardwerk über die Sturmartillerie. Die Bild- und Textdokumentation der Träger des Ritterkreuzes des Eisernen Kreuzes und höherer Stufen dieser Waffengattung rundet dieses Werk ab. 400 Seiten

Nr. P 540078 **Gebunden mit farbigem Überzug** **24,95 €**



Roland Kaltenegger

Blutende Fronten

Truppenärzte, Sanitäter und Rotkreuzschwestern im Zweiten Weltkrieg

384 Seiten/Gebunden

Nr. P 540075 **16,95 €**

Dieses Buch ist alles andere als ein Heldenepos, wie man es tausendfach über den Krieg kennt. Es geht hier auch nicht um die großen Schlachterfolge und Siege der Generalität, sondern um die stumme Pflichterfüllung von Menschen, die der Krieg schicksalhaft zusammengewürfelt hat. In diesem Werk geht es in erster Linie um die Darstellung der leidenden Frontsoldaten und der permanent überforderten Truppenärzte und Sanitäter sowie um das Leben der Rotkreuzschwestern im Inferno des Schlachtgetümmels, um ihr persönliches Schicksal, ihre Ängste, Sorgen und Nöte; aber auch um die Gewissensqualen und Sehnsüchte am Rande der menschlichen Existenz; um den Tod auf dem Schlachtfeld, wenn sich Mann gegen Mann unausweichlich gegenüberstehen.



Hans-Joachim Röll/Thomas Wende

In der Hölle der Atlantikschlacht – Die Feindfahrten des Wachoffiziers Rudi Walther auf U 87, U 256 und U 92 1942–1945

Dies ist die Geschichte von Oberleutnant zur See Rudolf Walther. Am 30. Juni 1922 in Dohna, Sachsen, geboren, trat er am 1. Oktober 1940 als Seeoffiziersanwärter in die Kriegsmarine ein. Nach seiner Grundausbildung, gefolgt von der praktischen Bordausbildung auf dem Zerstörer Z 24 wurde er auf U 87 kommandiert, mit dem er an zwei Feindfahrten unter Kapitänleutnant Joachim Berger teilnahm, die ihn vom Nordatlantik bis zur Neufundlandbank und Nova Scotia führten. Als I. Wachoffizier auf U 256, eines der wenigen U-Boote, die zu einem Flak-U-Boot umgebaut worden waren und das unter dem Kommando von Werner Brauel stand, erlebte er die Hölle der Atlantikschlacht der Jahre 1943 und 1944. Schon längst waren die deutschen Unterseeboote vom Jäger zum Gejagten geworden. Mit Beginn der Invasion am 6. Juni 1944 stand auch U 256 am Gegner, wurde allerdings durch Bombentreffer derart beschädigt, dass es zurück zum Stützpunkt musste. Die Besatzung von U 256 übernahm U 92 in Brest und Rudolf Walther war wiederum als I. Wachoffizier mit an Bord. Im Januar 1945 folgte ein Kommandantenlehrgang in Danzig und die Kommandierung auf U 3011, einem Boot vom Typ XXI, des zu dieser Zeit wohl modernsten U-Bootes der Welt. 368 S.

Nr. P 540093 **Gebunden** **19,95 €**



Roland Kaltenegger (384 S.)

Die Todesinseln des Ionischen Meeres

Das Drama von Korfu und Kefalonia in Dokumenten und Zeitzeugenberichten 1943–1944

227 S/W-Abb.

384 Seiten/ Gebunden

Nr. P 540070 **16,95 €**

Nach dem Sturz des italienischen Diktators Mussolini wurde der deutschen Führung bewusst, dass in Italien ein Seitenwechsel bevorstand. Aus diesem Grunde erließ das Oberkommando der Wehrmacht Richtlinien und Befehle, die sich mit der Entwaffnung des italienischen Heeres durch deutsche Truppen und mit der Rückeroberung von italienisch besetzten Inseln im Ionischen Meer befassten. Bei der Rückeroberung von Korfu kam es zu keinen allzu großen Kampfhandlungen. Im Gegensatz dazu nahmen die Ereignisse auf der benachbarten Insel Kefalonia einen viel dramatischeren, ja tragischen Verlauf. Die Regierung in Rom hatte kurz zuvor einen Waffenstillstand mit den Alliierten geschlossen. Die Deutschen verlangten die Kapitulation der Italiener auf Kefalonia. Als diese sich weigerten, kam es zu Erschießungen von über 4.000 italienischen Soldaten nach Ende der Kampfhandlungen.



Volkmar Kühn (Großformat 24 x 30 cm)

Deutsche Fallschirmjäger im Zweiten Weltkrieg

Grüne Teufel im Sprungeinsatz und Erdkampf 1935–1945

Das Absetzten einer Armee aus der Luft war ein Novum in der Kriegsgeschichte. Namen wie Eben Emael, Rotterdam, Norwegen, Kreta, El Alamein, Tunis, Sizilien, Normandie, Bretagne, und nicht zu vergessen, Monte Cassino, der Einsatz der „Brandenburger"-Fallschirmjäger in Jugoslawien oder die Ardennenoffensive sind mit der Geschichte der deutschen Fallschirmjäger eng verbunden. In der Gluthitze Afrikas standen deutsche Fallschirmjäger ebenso im Einsatz wie in den Eiswüsten Russlands. In Wort und Bild erzählt Volkmar Kühn die Geschichte der deutschen Fallschirmtruppe von ihren Anfängen im Jahr 1935 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1945. Dieses Werk bezeugt den Opfergang dieser Elitetruppe anhand von Kriegstagebüchern der Verbände, Tagebüchern von deren Führern und Hunderte von Berichten von Fallschirmjägern aller Dienstgrade – vom Fallschirmschützen bis zum Oberbefehlshaber der deutschen Fallschirmtruppe. In den Kapiteln spiegeln sich die oft kampfentscheidenden Taten tapferer Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften wider. Packende Kampfberichte und über 370 Fotos und Lagekarten machen dieses Werk zu einem Standardwerk über die deutsche Fallschirmtruppe. 320 Seiten

Nr. P 540077 **Gebunden mit farbigem Überzug** **24,95 €**



Dipl.-Ing. Helmut Schneider (Herausgeber)

Erinnerungen an das Panzerregiment 4 und die Tigerabteilung 507

Das Panzerregiment 4 und die schwere Panzerabteilung 507 an den Brennpunkten der Front in Ost und West

In der vorliegenden Chronik wird die dramatische Geschichte des Panzerregiments 4 und der schweren Panzerabteilung 507 primär anhand von Kriegstagebüchern und Erlebnisberichten ehemaliger Abteilungsangehöriger nachvollzogen. Ob Kommandant, Fahrer, Schütze oder Funker – hautnah erlebt der Leser aus der Perspektive des einzelnen Soldaten die Kampfeinsätze. Neben den einschlägigen Gefechtsschilderungen kommen jedoch die heiteren Momente des Soldatenlebens sowie die Erfahrungen von Kameradschaft und Gefangenschaft nicht zu kurz. Nicht zuletzt das größtenteils bisher noch unveröffentlichte Bildmaterial, machen die Chronik der schweren Panzerabteilung 507 zu einem authentischen und einzigartigen Stück Militärgeschichte. 433 S/W-Abbildungen, 336 Seiten im Großformat 24 x 30 cm

Nr. P 540076 **Gebunden mit Schutzumschlag** **39,95 €**



Ralf Schumann

Hauptmann Franz von Werra

Vom Jagdfliegerass zum Ausbrecherkönig

157 S/W-Abbildungen.

160 Seiten.

Nr. P 540069 **9,95 €**

Dies ist die Geschichte des Hauptmanns Franz von Werra. Am 13. Juli 1914 als Sohn einer verarmten Adelsfamilie in Leuk im Kanton Wallis geboren, wurden Franz und seine Schwester Emma von der kinderlosen Familie des preußischen Majors Oswald Carl adoptiert. Nachdem sich die Adoptiveltern getrennt hatten, machte er als blinder Passagier auf dem Frachtschiff „Niederwald" seinem späteren Ruf als Ausbrecherkönig sein erstes Mal alle Ehre. Ab 1938 in der Kriegsschule der Luftwaffe in Potsdam zum Flugzeugführer ausgebildet, wurde Franz von Werra zur I. Gruppe des Jagdgeschwaders 1 nach Ostpreußen versetzt und nahm am Polenfeldzug teil. Bei der Luftschlacht über England wurde er am 5. September 1940 südlich von London selbst abgeschossen und geriet in britische, dann kanadische Kriegsgefangenschaft aus der ihm die Flucht nach Deutschland gelang.



Franz Kurowski

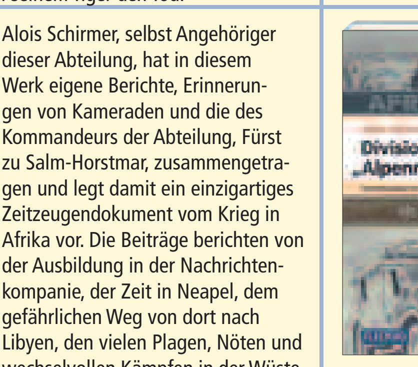
Feldwebel Kurt Knispel

Der erfolgreichste Panzerschütze und Panzerkommandant des Zweiten Weltkriegs

160 Seiten/Gebunden

Nr. P 575734 **Geb.** **9,95 €**

Dies ist die Geschichte von Kurt Knispel, dem wohl erfolgreichsten Panzerschützen und Panzerkommandanten des Zweiten Weltkriegs. Mit über 160 Panzerabschüssen stand Kurt Knispel an der Spitze der Panzerasse, und doch ist nur sehr wenig über ihn bekannt. Als Tigerkommandant bei der schweren Panzerabteilung 503 stand er mit Panzerkommandanten wie Oberfeldwebel Rondorf und Feldwebel Heinz Gärtner an den Brennpunkten des Krieges im Einsatz. Im Kaukasus, an der russischen Nordfront, bei der Operation Zitadelle, im Kessel von Tscherkassy und vielen anderen kriegsentscheidenden Schlachten als Feuerwehr eingesetzt, kämpfte er mit seiner Abteilung gegen einen oft übermächtigen Gegner. Am 29. April 1945 wenige Tage vor Ende des Krieges fand Kurt Knispel mit seiner Besatzung in seinem Tiger den Tod.



Christian Tilitzki

Alltag in Ostpreußen 1940–1945

Die geheimen Lageberichte der Königsberger Justiz

56 S/W-Abb. 324 Seiten

Nr. P 1083 Gebunden 14,95 €

Die Königsberger Gerichtslageberichte gestatten für die Zeit von 1940–1945 Einblick in eine vielschichtige Lebenswelt, wie sie bislang aus der isolierten Perspektive von Trauer und Sehnsucht nicht wahrgenommen werden konnte. Die Behördenchefs der Justiz waren angewiesen, die Reaktion der Bevölkerung auf außenpolitische und militärische Ereignisse zu beobachten und zweimonatlich darüber einen Bericht zu verfassen. 53 Berichte von Gerichtspräsidenten, Oberstaats- und Generalstaatsanwälten und weiterer hochgestellter juristischer Amtsträger sind in diesem Werk versammelt und geben ein beeindruckendes Bild der Stimmungen in dieser Zeit.

Armin Böttger

Im Panzer – Ich habe überlebt

Stationen und Impressionen des Lebensweges eines Panzersoldaten der deutschen Wehrmacht

In diesem Buch schildert Armin Böttger, wie er als namenloser Soldat nach manchen Umwegen quer durch Europa in vielen Schlachten und Gefechten an der zurückweichenden Ostfront als Funker in einem Panzer der 12. Schwadron, Panzerregiment 24 der 24. Panzerdivision das Kriegsgeschehen miterlebte. Er überlebte den Krieg trotz einer schweren Verwundung, die er sich beim Abschuss seines Panzers zugezogen hatte, und die Flucht aus Ostpreußen über das zugefrorene Haff. Dabei fotografierte er immer wieder – zum Teil bereits Farbfotografien! Diese Bilder und der authentische Zeitzeugenbericht aus der Sicht eines einfachen Soldaden sind ein zeitgeschichtlicher Beitrag von frappierender Relevanz. 360 Abbildungen. 352 Seiten

Nr. P 540017 **Gebunden** **19,95 €**



Alois Schirmer (Hrsg.)

Mit der 90. leichten Afrikadivision in Rommels Heer

Chronik u. Erlebnisberichte von Angehörigen der Nachrichtenkompanie/-abteilung 190

Gebunden/296 Seiten

Nr. P 540009 **14,95 €**

Alois Schirmer, selbst Angehöriger dieser Abteilung, hat in diesem Werk eigene Berichte, Erinnerungen von Kameraden und die des Kommandeurs der Abteilung, Fürst zu Salm-Horstmar, zusammengetragen und legt damit ein einzigartiges Zeitzeugendokument vom Krieg in Afrika vor. Die Beiträge berichten von der Ausbildung in der Nachrichtenkompanie, der Zeit in Neapel, dem gefährlichen Weg von dort nach Libyen, den vielen Plagen, Nöten und wechselvollen Kämpfen in der Wüste bis hin zu den letzten Tagen vor der Kapitulation. Neben den authentischen Erlebnisberichten enthält das Werk die Chronik der Abteilung von ihrer Aufstellung bis zu ihrem Untergang sowie zahlreiche bisher unveröffentlichte Bilddokumente.

Alois Schirmer (Hrsg.)

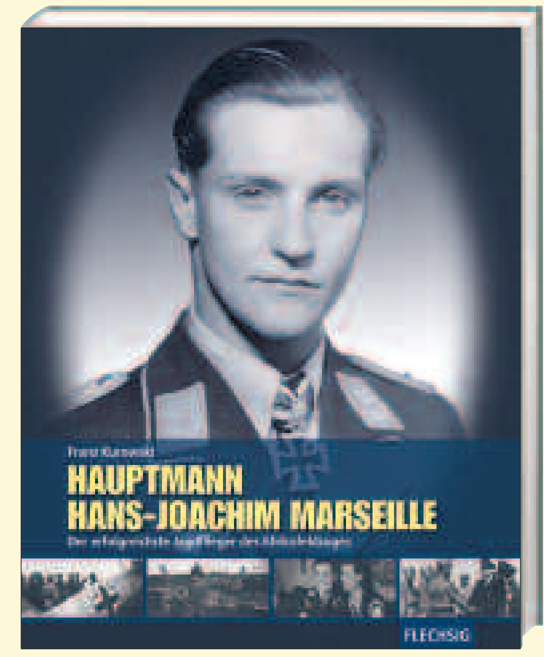
Division z.b.V. Afrika – „Alpenrose ruft Enzian"

Nachrichtensoldaten der 90. leichten Afrikadivision berichten

Gebunden mit farbigem Überzug. 280 Seiten/Gebunden

Nr. P 540010 **14,95 €**

Als Divisionsnachrichtenkompanie z.b.V. Afrika zwischen Mitte Juli und Mitte August 1941 in Regensburg aufgestellt, begann ab Herbst die Verlegung nach Afrika. Die letzten Angehörigen der Kompanie trafen im Mai 1942 auf dem Gefechtsstand der 90. leichten Afrikadivsion ein, mit der die Divisionsnachrichtenkompanie, später Divisionsnachrichtenabteilung an allen Schlachten in Afrika teilnahm. Die Beiträge in diesem Werk berichten von der Ausbildung in der Nachrichtenkompanie bis hin zu den letzten Tagen vor der Kapitulation in Tunesien. Dieser Band ist die Fortsetzung des Buches „Mit der 90. leichten Afrikadivision in Rommels Heer" und wird fortgesetzt durch den 3. Band „Mit der 90. leichten Afrikadivision bis zum bitteren Ende".



Franz Kurowski

Hauptmann Hans-Joachim Marseille

Der erfolgreichste Jagdflieger des Afrikafeldzuges

Dies ist die Geschichte von Hauptmann Hans-Joachim Marseille, dem erfolgreichsten Jagdflieger des Afrikafeldzuges. Am 13. Dezember 1919 in Charlottenburg geboren, meldete sich Jochen, wie er von seinen Kameraden und Freunden genannt wurde, nach dem Abitur freiwillig zur Luftwaffe. Bereits während seiner Ausbildungszeit zeigte sich das herausragende Talent des Fliegervirtuosen, aber auch seine draufgängerische Art, durch die er mehrfach mit seinen Vorgesetzten in Konflikte geriet. Nach Kampfeinsätzen an der Kanalküste wurde er mit seinem Geschwader nach Afrika verlegt, wo sein kometenhafter Aufstieg begann. Ausgezeichnet mit den Brillanten zum Ritterkreuz mit Eichenlaub und Schwertern fand er nach 158 Luftsiegen auf einem Probeflug mit einer nagelneuen Me 109 den Tod. Die vorliegende überarbeitete Neuausgabe wurde durch viele bisher unveröffentlichte Fotos ergänzt. 287 S/W- und 22 farb. Abbildungen, Format 24 x 30 cm. 240 Seiten.

Nr. P 540066 **Gebunden mit Schutzumschlag** **24,95 €**



Günter K. Koschorrek

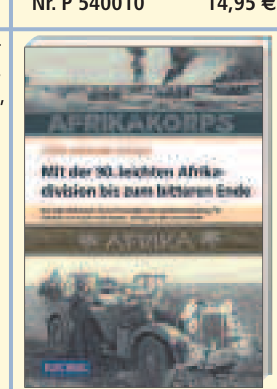
Vergiss die Zeit der Dornen nicht

Ein Soldat der 24. Panzerdivision erlebt die sowjetische Front und den Kampf um Stalingrad

341 Seiten/Gebunden

Nr. P 540016 **14,95 €**

Günter K. Koschorrek war nicht Heerführer, nicht Wissenschaftler oder Historiker, er hat in seinem Buch zusammengefasst, was er als einfacher Soldat im Grauen des Krieges täglich aufgeschrieben hat. Sein Erleben des Krieges war ein anderes als das in den Stäben oder Befehlsständen. Der Verfasser war 19 Jahre alt, als ihn der Krieg in seiner schlimmsten Phase einholte und ihn in seine unerbittliche Gewalt nahm. Er hatte zu gehorchen und nicht nach dem Warum zu fragen. Das NS-Regime, das seine Ziele gnadenlos verfolgte, hatte eine ganze Generation unter Eid und in die Pflicht genommen, ihre Ideale schändlich missbraucht. Der Autor berichtet über seine Erlebnisse tagebuchartig, ohne Umschweife und auf objektive Art und Weise und erreicht dadurch eine große Authentizität, die unter die Haut geht.



Alois Schirmer (Hrsg.)

Mit der 90. leichten Afrikadivision bis zum bitteren Ende

Gebunden mit farbigem Überzug. 336 Seiten

Nr. P 540055 **14,95 €**

Nachdem den alliierten Streitkräften Ende Oktober 1942 der entscheidende Durchbruch durch die El-Alamein-Stellung gelungen war, ordnete Rommel den Rückzug auf dem nordafrikanischen Kriegsschauplatz an. Als dem deutschen Afrikakorps nach schweren und entbehrungsreichen Kämpfen Munition und Nachschub ausgegangen waren, kapitulierte es am 12. Mai 1943 am Djebel Zaghuan in Tunesien. Vielseitig waren die Wege der ehemaligen Soldaten der Divisionsnachrichtenabteilung 190 in der 90. leichten Afrikadivision. Diejenigen, die nicht das Glück gehabt hatten, noch vor dem Ende des Afrikafeldzuges den Kriegsschauplatz zu verlassen, schauten in der Kriegsgefangenschaft einer ungewissen Zukunft entgegen. Einer von ihnen war Alois Schirmer.

Helmut Lindenblatt

Pommern 1945

Eines der letzten Kapitel in der Geschichte vom Untergang des Dritten Reiches

105 S/W-Abb. 404 Seiten

Nr. P 3010 Gebunden 14,95 €

Das Buch dokumentiert in einer einzigartigen Darstellung das letzte Jahr des 2. Weltkriegs in Pommern. Der Autor, Helmut Lindenblatt, hat über Jahre eine aufwändige Recherche unternommen, zahllose Korrespondenzen geführt, Fluchtberichte gesichtet, Archive durchstöbert und mit Zeitzeugen gesprochen. Daraus ist eine Dokumentation entstanden, die die schreckliche Chronologie des Krieges und den Untergang des Dritten Reiches festhält. Militärische und zivile Aspekte wurden gleichrangig miteinander verbunden und durch die ungewöhnliche Vielzahl der ausgewerteten Unterlagen gibt dieses Buch einen umfassenden Einblick in ein Stück Zeitgeschichte.



Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname ……………… Name ………………

Straße/Nr. ……………… Telefon ………………

PLZ/Ort ………………

Datum ……………… Unterschrift ………………

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN

Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de

Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Intensivtäter laufengelassen

Berlin – Berlin muss aufgegriffene jugendliche Intensivstraftäter laufen lassen, weil in dem Gebäude für Jugendarrest in Lichtenrade vorerst terrorverdächtige Moslems in Abschiebegewahrsam genommen werden müssen. Obwohl seit einem Jahr klar ist, dass die Gefährder in den bisherigen Jugendarrest-Bau umziehen werden, ist das neue Gefängnis für die jugendlichen Intensivtäter nicht rechtzeitig bezugsfertig geworden. *H.H.*

»Hitlergruß« vom RAF-Fan

Chemnitz – Einer der Männer, die auf der Demonstration in Chemnitz am 26. August den „Hitlergruß" gezeigt hatten, trägt eine Tätowierung mit dem Logo „RAF" der linksextremen Terrorgruppe „Rote Armee Fraktion" auf dem Handrücken. Augenzeugen sollen berichtet haben, dass der Verdächtige nach Abschluss der Kundgebungen friedlich mit linken „Gegendemonstranten" herumgestanden habe. *H.H.*

ZUR PERSON

Der deutsche Juncker

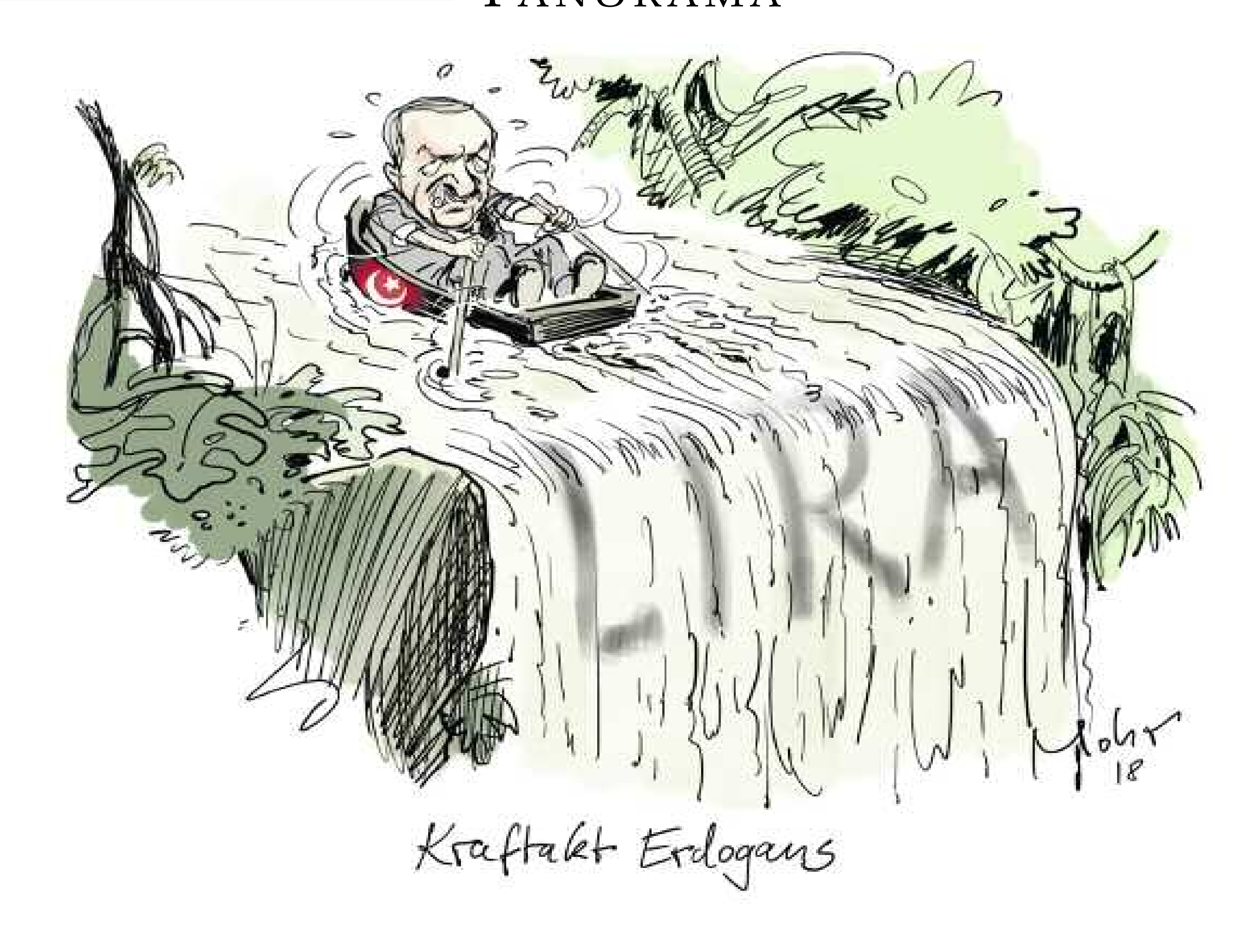
Der Sturz des Martin Schulz könnte für jeden Politiker eine Warnung sein, sich zu früh zu weit aus dem Fenster zu lehnen. Er wollte Kanzler werden, was nicht klappte, dann Außenminister, und als auch das danebenging, verlor er sogar den SPD-Vorsitz.

Manfred Weber wird mit seiner Kandidatur für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten auf der Hut sein müssen, um am Ende nicht auch als Verlierer dazustehen. Der CSU-Politiker hat als Erster angekündigt, sich für die Nachfolge von Jean-Claude Junker zu bewerben, der im Mai 2019 zu den Wahlen zum Kommissionschef nicht mehr antreten will. Als Vorsitzender der größten Fraktion im EU-Parlament, der der Europäischen Volkspartei (EVP), hat der 46-jährige Weber zwar gute Aussichten als zweiter Deutscher nach Walter Hallstein, der von 1958 bis 1967 an der Spitze der damaligen EWG stand, gewählt zu werden. Ein Automatismus ist das aber keineswegs. Die EU-Staats- und Regierungschefs sowie das Europaparlament müssen der Kandidatur zustimmen.


Bild: Nicole Maier

Von Merkel hat der aus der Gegend von Landshut stammende Niederbayer zwar ein zaghaftes, aber wenig enthusiastisches „Okay" erhalten. Wenn Weber EU-Chef wird, wird es aus Proporzgründen keinen zusätzlichen deutschen EZB-Chef geben. Bundesbankchef Jens Weidmann macht sich noch Hoffnung, 2019 Mario Draghi in der EZB abzulösen.

Und weil CSU-Vize Weber, der seit 2004 im EU-Parlament sitzt, gerne Ungarns Ministerpräsidenten Viktor Orbán hofiert, bekommt er Gegenwind von Frankreichs Staatspräsidenten Emmanuel Macron. Der Mann, der noch nie ein hohes politisches Amt bekleidet hat, wird noch viel Überzeugungsarbeit für seine Bewerbung zum Chef von über 32 000 EU-Mitarbeitern leisten müssen, damit er 2019 nicht mit völlig leeren Händen dasteht. *H. Tews*



Kraftakt Erdogans

Wehe, wer »System« sagt

Wie sich Gauland entlarvt hat oder auch nicht, was sich seit Kohl verändert hat, und warum sich Seehofer vorsehen sollte / Der satirische Wochenrückblick mit Hans Heckel

Woran können wir Verfassungsfeinde erkennen? Das ist derzeit die große Frage, wo doch alle (also zumindest alle, die von sich selber meinen, dass es auf sie ankommt) so laut wie möglich darüber nachdenken, ob man die AfD nicht vom Verfassungsschutz überwachen lassen müsste. Das mit der Teilnahme ausgewiesener Neonazis an AfD-Demos hilft dabei nicht sehr viel. Bei sowas kann jeder mitlaufen, der möchte. Deshalb regt es ebenfalls keinen auf, wenn bei linken Umzügen auch gewalttätige Linksextremisten marschieren und marodieren.

Da mussten wir was anderes finden und haben es auch schon ausgemacht: Der Gauland hat von „friedlicher Revolution" gesprochen gegen ein „System Merkel". Jetzt haben wir ihn! Wer die „Revolution" gegen ein „System" anzetteln will, der will den Umsturz, der greift nach der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, um sie zu zerstören. Erwischt!

Na ja, fast. Leider schimpfen Linke, auch demokratische, schon seit jeher auf das „System", nur dass es nicht „System Merkel" heißt, sondern „System der Ausbeutung", auch „neoliberales System" oder „System der Profitmaximierung" genannt wird. Und „Revolution"? Das Schlagwort ist dermaßen abgelutscht, dass Anfang des Monats die „Zeitung für kommunale Wirtschaft" sogar eine „Revolution für den Biomüll" fordern durfte, ohne sich lächerlich zu machen oder demnächst in irgendwelchen Geheimdienstberichten „Erwähnung" zu finden.

Reicht also alles nicht, verdammt. Was bedeutet „System" überhaupt? Wenn es um Politik geht, umweht das Wort der Ruch von etwas Stickigem, von Niederhalten der Opposition. Nur deshalb aber reagieren ausschließlich Machthaber, die aufs Niederhalten von Abweichlern aus sind, allergisch darauf, „System" genannt zu werden. Sie fühlen sich dadurch ertappt.

Wenn es das „System Merkel" (was immer das sein soll) unerträglich findet, als „System Merkel" gekennzeichnet zu werden, dann haben wir über das Wesen dieses „Systems" etwas dazugelernt. Andere „Systeme" konnten nämlich ganz selbstverständlich so genannt werden, ohne dass jemand „Verfassungsfeinde" witterte. Kostproben gefällig? Bitte sehr: „Das System Kohl" („Die Welt", 1997), „So funktioniert das System Kohl" („Focus Online", Februar 1998), „Das ‚System Kohl' endete im Moment seines Abschieds" („Die Zeit", 2002) und so weiter. Mit dem „System Kohl" waren der damalige Kanzler und dessen tiefe Verflechtungen in die Politik sowie die Medien (Erinnern Sie sich an Leo Kirch?) und viele andere Bereiche von Staat und Gesellschaft gemeint. Verblüffenderweise durften „Zeit", „Welt", „Focus" und zahllose andere Medien darüber schreiben, ohne dafür in den Senkel gestellt zu werden.

> Übers »System Kohl« durften wir immer meckern. Bei Merkel sollte man da vorsichtig sein

Heute dagegen lesen wir in einer großen Regionalzeitung: „Mit seiner (Gaulands) Forderung nach einer Abschaffung des ‚Systems Merkel', zu dem er Christdemokraten, aber auch ‚Leute aus anderen Parteien' und Vertreter von Medien und Presse zählt, attackiert er die Verfassung als Ganzes."

Da hat sich etwas verändert in den vergangenen 20 Jahren. Eine Attacke gegen die Regierungs- und Parteiführerin ist das Gleiche wie ein Angriff auf die „Verfassung als Ganzes". Das muss der Null-Acht-Fuffzehn-Wessi erst mal verdauen. Die Ossis müssen das nicht, sie erkennen bloß wieder, was sie schon ausgespien glaubten. Den Blick für diese Kleinigkeiten verlernt man eben nicht so schnell. Und wenn man das jugendliche Alter so vieler Demonstranten von Köthen bis Chemnitz betrachtet, möchte man meinen, dass sich die Sensibilität für „System"-Fragen sogar von einer Generation auf die nächste vererbt.

Aus der Ferne betrachtet könnten wir dies „gelebte demokratische Tradition" nennen. Aber das kommt im vorliegenden Fall natürlich gar nicht infrage. Demokratische Tradition? Das sind Ossis! Glücklicherweise geben uns die Neonazis, die sich zuverlässig ranschmeißen an die Demonstrationen und Schweigemärsche östlich der Werra, ausreichend Vorwand, das Ganze als braunen Mob zu entlarven, gegen den wir einen antifaschistischen Schutzwall der Demokraten bauen müssen, obwohl natürlich niemand von uns die Absicht hat, die Gesellschaft zu spalten.

Das heißt, eigentlich ist es ja schade um die Spaltung. Das wollen diese Sachsen eben nie kapieren. Die sind sogar stolz auf ihre „friedliche Revolution" von 1989. Die westdeutsche Medien-Elite war da ganz anderer Meinung: Erst interessierte einen der ganze Krempel mit der „Bürgerbewegung" einen feuchten Kehricht. Wir vertrauten auf die friedensstiftende Ewigkeit des SED-Regimes.

Als es im Sommer 1989 langsam heikel wurde, erfasste die westdeutschen Medien eine gewisse Nervosität, die in helle Panik gipfelte, als das erste Mal das Wort „Wiedervereinigung" von einem sächsischen Transparent winkte.

Das haben die linken Eliten der alten BRD den Ossis nie vergessen: Die haben uns „unsere" DDR weggenommen. Geschenke wie Merkel oder die PDS können niemals wettmachen, was die Kerle uns damit antaten. Das muss wissen, wer die Vernichtungsphantasien mancher Linker gegen Sachsen („Mauer drum und Napalm drauf") begreifen will. Man ist gekränkt! Und diese Kränkung kommt jetzt raus, wie Eiter aus einer alten, entzündeten Wunde. Also macht euch auf mehr gefasst da drüben!

Die AfD gäbe es ohne die Ossis vermutlich auch nicht mehr. Zumindest nicht so groß. Allerdings zieht man ja nun andere Saiten auf gegen diesen Trupp, nachdem alles gute und böse Zureden nicht geholfen hat.

Das gute Zureden bestand beispielsweise darin, der AfD dringend zu empfehlen, ihren Themenschwerpunkt doch mal woandershin zu legen als immer nur auf die Asylkrise. Die Rentendebatte wäre schließlich auch was Feines. Oder wie wär's mit der Digitalisierung im ländlichen Raum? Alles andere, nur nicht diese Asyldiskussion, so der Aufruf, der die AfD von allen Seiten erreichte.

Diese Empfehlungen waren wie der Ratschlag an die Alternativen, im Wettlauf um Stimmen von ihrem schnellsten Pferd abzusteigen und das Rennen auf einem lahmen Gaul fortzusetzen. Der gute Rat, lieber über die Rente zu reden ist so, als hätte man den Grünen nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima 2011 nahegelegt, nicht den Atomausstieg zu diskutieren, sondern die Reform der Bundeswehr in den Mittelpunkt zu stellen. Oder die Entwicklung der deutschen Hafenwirtschaft. Oder Ähnliches.

Was hätten die Grünen da wohl gesagt? „Das könnte euch so passen. Gerade jetzt, wo unser Leib- und Magenthema das ganze Land aufwühlt!"

Blöderweise hat auch die AfD den Braten gerochen und ihre Rentendebatte erst einmal auf die lange Bank geschoben. CSU-Chef Seehofer kontert trotzdem wacker gegen die AfD, wirkt dabei aber eher wackelig. Immer, wenn er eine feste Haltung einnehmen will, schleicht Merkel um seinen Stuhl herum, um daran zu rütteln.

In seiner Verzweiflung hat er die Asylproblematik als „Mutter aller politischen Probleme" ausgemacht. Armin Laschet kocht: „Das ist Saddam-Hussein-Sprache!", empört sich der nordrhein-westfälische CDU-Ministerpräsident. Wäre Seehofer nicht CSU-Chef, hätte Laschet sicher auch entdeckt, dass der „Mutter"-Satz als Diktatorensprache antidemokratisches Denken enthülle und mithin bloßlege, dass Seehofer kein Demokrat sei.

Jedenfalls hat sich der Bundesinnenminister mit dem Satz außerhalb des „Systems Merkel" gestellt. Sonst wäre ein so enger Vertrauter der CDU-Chefin, der Laschet ist, nicht dermaßen aufgeregt über den Satz. Seehofer sollte sich also vorsehen. Einmal mag ihm das „System" diesen Ausrutscher durchgehen lassen. Sollte der Bayer rückfällig werden, müsste man ihn wohl zum „Prüffall" für den Verfassungsschutz erklären.

MEINUNGEN

***Gabor Steingart**, Ex-Chefredakteur des „Handelsblatts" und zuvor 20 Jahre beim „Spiegel", erklärt in „Focus online" (5. September) den **Niedergang der SPD**:*

„Das untere Drittel der Einkommenspyramide, da wo früher Dosenbier getrunken, ‚Bild' gelesen und SPD gewählt wurde, hat sich nach rechts abgemeldet. Dosenbier und ‚Bild' sind geblieben. Die Rest-SPD hat sich im Lehrerzimmer verschanzt ... Das vorsätzliche Nichtverstehen der eigenen Klientel – der SPD-Stammwähler sagt dauernd Flüchtling, die SPD versteht unentwegt Rente – zahlt sich für die Partei nicht aus."

*Die erfundene **„Hetzjagd"** von Chemnitz ist für den Hauptstadtjournalisten **Robin Alexander** Anlass zu grundsätzlicher Selbstkritik. Dem Branchendienst „Meedia" (7. September) sagte er:*

„Unsere Aufgabe ist: Aufschreiben, was ist. Alles andere stört nur. Wenn Sie es unbedingt höher hängen möchten: Demokratie ist stark, wenn ihre Checks & Balances stark sind. Wenn Politiker und Journalisten sich einbilden, gemeinsam für oder gegen etwas zu kämpfen, ist das für unsere Aufgabe – um ein berühmtes Merkel-Wort aufzugreifen – nicht hilfreich".

***René Zeyer** blickt in der „Basler Zeitung" (5. September) auf die **hysterische Debatte** in Deutschland:*

„Wer in Chemnitz von einem Lynchmob spricht, weiß nicht, was ein Lynchmob ist. Wer jeden AfD-Wähler zum Nazi macht, weiß nicht, was ein Nazi ist. Wer Sarrazin zu einem Ideologen des rassenreinen Ariertums macht, hat keine Ahnung, was ein solcher Ideologe denkt, sagt und schreibt. Wer vorschnell ‚Nazi' ruft, ist genauso dumm wie der Idiot, der die Hand zum Hitlergruß erhebt."

***Susanne Gaschke** sucht in der „Welt" (10. September) nach Ursachen für die **„toxische Erregungsschleife"**, in der die Deutschen gefangen seien:*

„Man kam über die Jahre mit zu viel So-tun-als-ob durch. Mit geheuchelter Bürgerbeteiligung; mit Bevormundung, die nicht durch echtes Besserwissen gedeckt war. Kaputte Schulen, fadenscheinige Bildung, Wohnungsmarktexzesse; abscheuliche Bahnverbindungen, grundlos befristete Arbeitsverträge ... verwahrloste Stadtparks ... Dieses ... Land bleibt dramatisch unter seinen Möglichkeiten."

*Der Görlitzer Schriftsteller **Lukas Rietzschel** (Jahrgang 1994) sieht das Engagement von Künstlern bei dem **„Wir sind mehr"-Konzert** linker und linksextremer Musikgruppen in Chemnitz kritisch, wie er dem „Spiegel" (8. September) erklärt:*

„Ich fürchte, das trägt noch zur Spaltung bei. So ein solidarisches Zeichen der Zivilgesellschaft ist phantastisch. Allerdings bestätigt es den Eindruck der Enttäuschten, dass die Künstler nur das System unterstützen. Das rührt noch aus DDR-Zeiten her, da waren Künstler entweder regierungskonform oder oppositionell. Zudem bezweifle ich, dass der Slogan der Veranstalter ‚Wir sind mehr' stimmt, wenn ich mir einige Landstriche in Sachsen so ansehe."